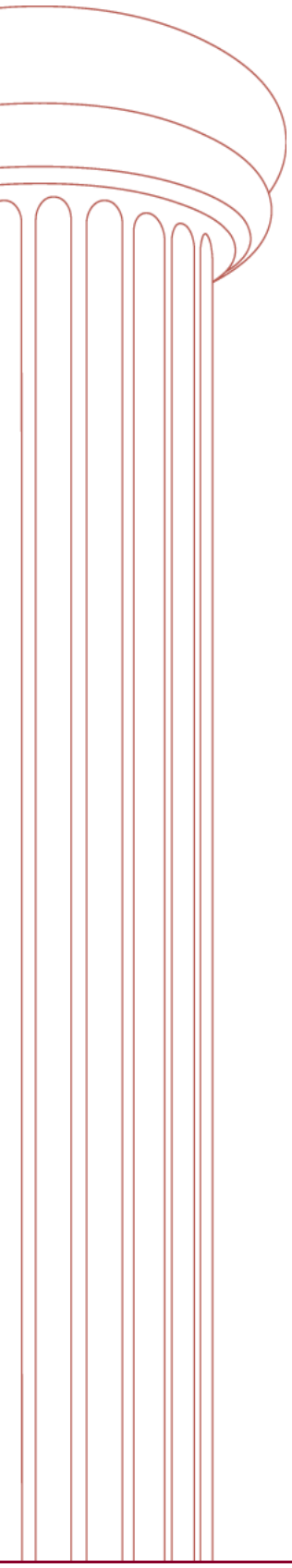
MAECENATA STIFTUNG



JAHRESBERICHT 2016

Inhaltsübersicht

Vorwort **7**

I. Aus der Arbeit der Stiftung **10**

II. Maecenata Stiftung **39**

III. Maecenata Institut **62**

IV. Transnational Giving **68**

V. Europa Bottom-Up **79**

VI. Tocqueville Forum **81**

VII. Maecenata Verlag **85**

VIII. Die engsten Partner **86**

Vorwort **7**

I. Aus der Arbeit der Stiftung **10**

Zivilgesellschaftliches Engagement 10
Zusammenarbeit Staat – Markt – Zivilgesellschaft im europäischen Vergleich 17
Being devout means being political: Churches become civil society through the refugee crisis 21
Engagementpolitik 23
Ist politische Mitgestaltung gemeinnützig? 26
Stiftungen in Ostdeutschland – Colloquium des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft 28
Der Staatsbürger: Eine Fiktion – Kollektivität im 21. Jahrhundert 30
Bücher zur Zukunft Europas: Auf der Matte 36

II. Maecenata Stiftung **39**

Organisation und Programme **39**

Stiftungstätigkeit **39**
Neuaufstellungsprozess 39
Leitsätze für die Stiftungsarbeit 40
Mitarbeit in der Humboldt-Viadrina Governance Platform 45
Mitgliedschaft im European Foundation Centre 45
Mitgliedschaft im Netzwerk Die Engagierten Europäer 45
Mitgliedschaft im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 46
Mitgliedschaft in der International Society for Third-Sector Research 46
Mitgliedschaft im Bündnis für Gemeinnützigkeit 46
Bundesverband Deutscher Stiftungen 47
Initiative Transparente Zivilgesellschaft 47
Global NPO Coalition on FATF 47
Kulturpolitik 48
Öffentlichkeitsarbeit 48

Handelnde Personen **49**
Stiftungsrat 49
Vorstand 49
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 49
Assoziierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und ehrenamtliche Mitarbeiter am Maecenata Institut 49
Fellows des Maecenata Instituts 49

Finanzbericht **50**
Übersicht der Einnahmen und Ausgaben 2016 50

Gesamtübersicht der laufenden Projekte **50**

Veranstaltungen **52**
Colloquium mit Svenja Stadler, MdB: Engagementpolitik 52
Podiumsdiskussion: Lebenssinn und Erbe – Eigentum, Gemeinwohl und Weitergabe als Lebenskunst 53
Podiumsdiskussion: A European Union without the United Kingdom? Possible Consequences of „Brexit“ 53
Podiumsdiskussion: Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen 53
Internationale Konferenz: International Society for Third Sector Research (ISTR) 54
Eröffnung des neuen Hauptstadtbüros 54
Internationale Tagung: Europe Bottom-Up – Civil Society as Political Culture? 54

Projektworkshop: Religious Communities and Civil Society in Europe 54
Auftakt-Workshop zum Tocqueville Forum 55
Informationsveranstaltung: Möglichkeiten und Grenzen transnationalen Spendens ... 55
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung: Trends der Zivilgesellschaftsforschung 55
Externe Vorträge, Moderationen und Podiumsdiskussionen (Auswahl) 55

Publikationen 57
MAECENATA SCHRIFTEN 57
OPUSCULA 57
OBSERVATORIUM 58
EUROPA BOTTOM-UP 58
MAECENATA NOTIZEN 59
ZIVILGESELLSCHAFT INFO 59
TRANSNATIONAL GIVING NEWSLETTER 59
MONOGRAPHIE 59
BEITRÄGE IN ZEITSCHRIFTEN, ZEITUNGEN UND ELEKTRONISCHEN MEDIEN (AUSWAHL) 59
BEITRÄGE IN SAMMELBÄNDEN 61
KOLUMNE: DER KRITISCHE BLICK 61

III. Maecenata Institut 62

Forschungsprojekte 2016 (Auswahl) 63
Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft in Europa 63
Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen 63
Folgeprojekt 1: Zivilgesellschaft und Kommunen – Lerneffekte für das Engagement in Krisen 64
Folgeprojekt 2: Engagiert in neuer Umgebung – Ermutigung und Ertüchtigung von geflüchteten Menschen zum Engagement 64
Publikationsprojekt ‚Handbuch Zivilgesellschaft' 64
Publikationsprojekt ‚Sparkassenstiftungen in Europa' 64
Publikationsprojekt ‚Stiftungsunternehmen in Theorie und Praxis' 65

Lehre 65
Forschungscollegium 65
Lehrtätigkeit an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 66
Lehrtätigkeit am Abbe-Institut für Stiftungswesen an der Universität Jena 66
Lehrtätigkeit an der Universität Leipzig 67
Lehrtätigkeit an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) und der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Berlin 67
Lehrtätigkeit an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) 67
Lehrtätigkeit an der Alice-Salomon-Hochschule / Evangelische Hochschule / Katholische Hochschule für Sozialwesen 67
Betreuung von Abschlussarbeiten 67

IV. Transnational Giving 68

Das Programm Transnational Giving (TG) 68

Das Netzwerk Transnational Giving Europe (TGE) 69

Das Programm Transnational Giving (TG) 2016 im Überblick 71
Spenden 71
Förderprojekte 72
Aufstellung der im Berichtsjahr aktiven Empfängerorganisationen im Ausland 73

V. Europa Bottom-Up **79**

VI. Tocqueville Forum **81**

Zivilgesellschaft Info **82**

Maecenata Bibliothek **84**

Datenbank Deutscher Stiftungen **84**

Intensivseminare **85**

VII. Maecenata Verlag **85**

VIII. Die engsten Partner **86**

Förderverein Zivilgesellschaftsforschung **86**

Quelle Innovationsstiftung **87**

VORWORT

Alles unter einem Dach! Schon 2015 wurde dieses Ziel angestrebt; 2016 wurde es erreicht. Die Programme der Stiftung – Maecenata Institut, Transnational Giving und Europa Bottom-Up – werden seit 2015 am gleichen Ort betreut. 2016 kam das neue Programm Tocqueville Forum dazu. Auch konnte die Maecenata Bibliothek „in den Schoß der Familie“ zurückkehren, als im September 2016 das neue Hauptstadtbüro der Stiftung eröffnet wurde. Dies spart nicht nur Geld, sondern setzt auch Synergie-Effekte frei und ermöglicht einer relativ kleinen Stiftung einen einheitlichen Auftritt. Der Ort ist die Metropole Berlin, Sitz von Bundestag und Bundesregierung ebenso wie von 20 Hochschulen, zahllosen Repräsentanzen und Verbänden, 158 Botschaften, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und einer unübersehbaren Zahl von kreativen Menschen. Hier über Zivilgesellschaft nachzudenken, zu forschen und zu sprechen, ergibt Sinn. Zudem können wir im eigenen Haus Colloquia und andere Veranstaltungen durchführen; Forschungscollegium, Tocqueville Forum und Förderverein Zivilgesellschaftsforschung können sich hier treffen und die Bibliothek ist wieder öffentlich zugänglich.

Die Maecenata Stiftung bleibt jedoch eine bayerische Stiftung. In München hat sie ihren Sitz, sie unterliegt der Rechtsaufsicht der Regierung von Oberbayern; in München kommen Stiftungsrat und Vorstand zu Sitzungen zusammen und fassen die für die Stiftung maßgeblichen Beschlüsse. Im Berichtsjahr gab es viel zu beraten und beschließen.

Zivilgesellschaft ist als Begriff und politische Kraft in der öffentlichen und medialen Diskussion angekommen. Es ist deutlich geworden, dass die Schaffung einer stabilen politischen Ordnung für das 21. Jahrhundert nur mit einer starken, unabhängigen Zivilgesellschaft gelingen kann. Jetzt kommt es darauf an, diese Entwicklung einerseits mit Sachkenntnis und Erfahrung wissenschaftlich und publizistisch zu begleiten. Darum bemühen wir uns als unabhängiger Think Tank, als außeruniversitäre Forschungseinrichtung und aktiver Projektträger. Andererseits gilt es, Zivilgesellschaft im Mainstream von Forschung und politischer Gestaltung wirksam und sichtbar werden zu lassen.

Im Berichtsjahr wurde deshalb das Programm Tocqueville Forum neu aufgenommen (siehe S. 81). Ausgangspunkt war zum einen die Erkenntnis, dass die seit 2012 laufenden Bemühungen, mit anderen Berliner Wissenschaftseinrichtungen ein Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung zu begründen, nicht erfolgreich sein würden. Kurz gesagt war das Desinteresse der in Frage kommenden Einrichtungen nicht zu überwinden. Zum anderen sollten aber auch einige Projekte, die sich über die Jahre im Maecenata Institut angesiedelt hatten, aber nicht unbedingt zur akademischen Forschung passten, eine neue organisatorische Heimat finden. Das Programm wurde im 1. Quartal konzipiert, im 2. Quartal offiziell begründet; im 3. Quartal wurden die nicht-akademischen Seminare, der Informationsdienst Zivilgesellschaft Info, die Maecenata Bibliothek und die Datenbanken dem Programm zugeordnet, und im 4. Quartal begann die Netzwerkarbeit.

Der Zustrom geflüchteter Menschen nach Deutschland ist nicht nur auf allen staatlichen Ebenen zu einem wichtigen Thema der Politik geworden. Auch die Wissenschaft hat sich des Themas angenommen. Mit Mitteln aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend konnte am Maecenata Institut ein erstes Begleitforschungsprojekt realisiert werden (siehe S. 63). Die Ergebnisse wurden im April 2016 in zwei Publikationen

vorgelegt. Im 2. Quartal wurde ein Weiterführungsprogramm mit sieben einzelnen Forschungsprojekten erarbeitet. Für zwei davon bewilligte die Röchling Stiftung im September 2016 die notwendigen Mittel.

Das 2015 begonnene mehrjährige Forschungsprojekt mit dem Titel Religious Communities and Civil Society in Europe wurde planmäßig fortgeführt. Nachdem der italienische Partner zu unserem Bedauern aus dem Projekt ausgeschieden war, gelang es im Berichtsjahr, einen Kollegen von der Päpstlichen Universität Gregoriana als neuen Partner zu gewinnen. Erste Zwischenergebnisse konnten auf der Konferenz der International Society for Third Sector Research im Juni in Stockholm vorgestellt werden.

Schließlich setzten im Berichtsjahr erste Überlegungen zur verstärkten Zusammenarbeit des Maecenata Instituts mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen ein. Auch wenn die Vorteile der Unabhängigkeit nicht zu übersehen sind, und die Benachteiligung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen bei der Gewährung von Drittmitteln weiter abnehmen, so können doch andererseits aus einer institutionalisierten Zusammenarbeit mit Hochschulen interessante Entwicklungsperspektiven entstehen.

Das Programm Transnational Giving (siehe S. 68), seit 2015 in Eigenregie durchgeführt, konnte organisatorisch konsolidiert werden. Den gestiegenen gesetzlichen Anforderungen an *due diligence* im Vorfeld, Abwicklung und Berichtswesen wurde durch entsprechende Maßnahmen Rechnung getragen. Der Spendeneingang stieg im Vergleich zum Vorjahr um rund 30 % auf 7.657.826,44 Euro. Insgesamt konnten 224 gemeinnützige Organisationen in 29 Ländern mit diesen Spenden unterstützt werden.

Im Programm Europa Bottom-Up (siehe S. 79) ging es zum einen um die Vorbereitung der dritten Konferenz zum Thema ‚Europa und das Mittelmeer' 2017. Außerdem fand im Oktober in Zusammenarbeit mit mehreren Partnern in Breslau im Rahmen von ‚Breslau – Kulturhauptstadt Europas 2017' eine Tagung mit dem Titel ‚Europe Bottom-Up: Civil Society as Political Culture?' statt. Die Ergebnisse wurden unter dem Titel ‚A Shrinking Space for Civil Society?' in der Schriftenreihe Europa Bottom-Up publiziert.

Die Neuaufstellung und Neugliederung ließen im Berichtsjahr auch eine Neuordnung der Publikationen notwendig erscheinen (siehe S. 57). Insgesamt gibt die Stiftung sieben Publikationsreihen heraus. Sie erfüllt damit ihren Auftrag, auch für eine Verbreitung von Nachrichten und Forschungsergebnissen sowie von Positionen zur Zivilgesellschaft und zum Stiftungswesen zu sorgen. Veröffentlichungen erfolgen im Wesentlichen in deutscher und englischer Sprache.

Schließlich erarbeitete und verabschiedete die Stiftung 2016 neue Leitlinien für ihre Stiftungsarbeit (siehe S. 40). In einem partizipativen Prozess mit den Organen der Stiftung einerseits und dem Mitarbeiterteam andererseits wurde reflektiert, nach welchen spezifischen Grundsätzen alle Programme der Stiftung ausgerichtet sein müssen. Die neuen Leitlinien sollen auch helfen, die vielen neuen Ideen, die in der Stiftung entwickelt oder von außen an die Stiftung herangetragen werden, auf ihre Kompatibilität mit dem Kern des Selbstverständnisses zu prüfen.

Der älteste Teil der Stiftung, das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, begeht 2017 sein 20-jähriges Bestehen. Die bis 2011 bestehende Beratungsgesellschaft Maecenata Management würde sogar auf 28 Jahre Arbeit zurückblicken können. Wenn sich in

dieser Zeit das Verständnis für die Bedeutung von selbstermächtigtem individuellen oder kollektivem Handeln für die Allgemeinheit positiv entwickelt hat, so ist dies, so meinen wir, auch ein wenig unseren Bemühungen zu danken. In diesem Geist wollen wir weiterarbeiten.

Nach wie vor ist unsere Arbeit nur möglich, weil wir Unterstützung und Hilfe erfahren: von unserem Stiftungsrat, den Fellows, Collegiatinnen und Collegiaten, den Moderatoren des Forschungscollegiums, haupt- und ehrenamtlichen sowie studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihnen allen sind wir sehr dankbar. Zu großem Dank verpflichtet sind wir ferner unseren Förderern und Kooperationspartnern, beispielsweise der Röchling Stiftung, der Aventis Foundation, den Spenderinnen und Spendern im Programm Transnational Giving, der Goelet Foundation, New York, sowie Förderern, die nicht genannt werden wollen.

München / Berlin, im Juni 2017

Der Vorstand

Dr. Rupert Graf Strachwitz Dr. Felix Weber

I. Aus der Arbeit der Stiftung

Die Maecenata Stiftung versteht sich insgesamt als Denkmanufaktur für die Zivilgesellschaft im europäischen Kontext und die dort angesiedelten Tugenden Bürgerschaftliches Engagement und Philanthropie.

Die Denkprozesse in der Stiftung und die engagierte Arbeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spiegeln sich in Publikationen, Veranstaltungsberichten und weiteren Veröffentlichungen. Die folgende Auswahl vermittelt einen Eindruck davon.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Eckhard Priller und Mareike Alscher

In: Destatis/WZB (Hrsg.): Datenreport 2016 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: bpb 2016, S. 383-389. (Der Beitrag wird im Folgenden ohne Abbildungen und Tabellen abgedruckt.)

Für das Funktionieren der Gesellschaft, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und für die Erhöhung der individuellen Lebensqualität hat das zivilgesellschaftliche Engagement einen unverzichtbaren Stellenwert. Die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements nimmt angesichts der zunehmenden Individualisierung und dem damit verbundenen Verlust sozialer Bindungen zu. Die Vereinzelung der Gesellschaftsmitglieder kann dabei die gesellschaftliche Integration von Menschen oder ganzen sozialen Gruppen erschweren. Das individuelle Engagement kann hingegen helfen Menschen einzubinden. Es schafft Orientierung auf Gemeinschaft und bietet für den Einzelnen gemeinschaftsorientierte Entfaltungsmöglichkeiten. Zivilgesellschaftliches Engagement hat zugleich wichtige Funktionen bei weiteren gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen. So ist es eine wichtige Ressource im demografischen Wandel - ehrenamtlich erbrachte Leistungen unterstützen beispielsweise Ältere oder leisten Bedeutendes bei der Integration von Menschen aus anderen Kulturen.

Unter zivilgesellschaftlichem Engagement wird ein individuelles Handeln verstanden, das sich durch Freiwilligkeit, fehlende persönliche materielle Gewinnabsicht und eine Ausrichtung auf das Gemeinwohl auszeichnet. Ein Engagement kann die Bereitstellung von Zeit beinhalten, es kann aber auch durch das Spenden von Geld oder anderen materiellen Gütern erfolgen. Das Engagement findet im öffentlichen Raum statt, das heißt in zivilgesellschaftlichen Organisationen oder in weniger organisationsgebundenen Zusammenschlüssen.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen bilden die wesentliche institutionelle Infrastruktur für das Engagement. Es handelt sich bei der Gesamtheit dieser Organisationen um jenen gesellschaftlichen Bereich, der zwischen den Polen Markt, Staat und Familie angesiedelt ist. Die Organisationen sind durch eine formale Struktur, organisatorische Unabhängigkeit vom Staat, eigenständige Verwaltung, gemeinnützige Ausrichtung und freiwilliges Engagement gekennzeichnet. Das zivilgesellschaftliche Engagement in nicht-organisationsgebundenen Zusammenschlüssen ist im Unterschied dazu in keine formale Struktur gebettet. Es erfolgt eher spontan im Alltag, ist in der Regel zeitlich und räumlich befristet sowie zumeist personell − zum Beispiel an die Nachbarschaft oder den Bekanntenkreis − gebunden.

12.3.1 Zivilgesellschaftliche Organisationen als Infrastruktur des Zivilengagements

Organisationen wie Vereine, Verbände, Stiftungen, gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung bis hin zu weniger formalisierten Organisationen der Bürgerinitiativen bilden die institutionelle und infrastrukturelle Seite des Zivilengagements in Deutschland. Insgesamt ist dieser Bereich sehr vielschichtig, dynamisch und durchdringt die gesamte Gesellschaft in ihren einzelnen Bereichen. Gleichwohl wird die Gesamtzahl der Organisationen in ihrer unterschiedlichen Größe, Zusammensetzung und Rechtsform bislang nicht systematisch erfasst. Nur für einzelne Organisationsformen wie eingetragene Vereine und rechtsfähige Stiftungen bürgerschaftlichen Rechts liegen aktuelle Angaben vor. Die Vereinslandschaft weist anhand der Angaben der Vereinsregister bei den deutschen Amtsgerichten ein hohes Wachstum auf. Zu diesen eingetragenen Vereinen kommen schätzungsweise mehrere Hunderttausend nicht eingetragene Vereine, die keine Eintragung in den Vereinsregistern anstreben und zu deren Anzahl keine Informationen vorliegen.

In den letzten 50 Jahren ist die Zahl der in Deutschland eingetragenen Vereine beträchtlich gestiegen: Sie hat sich von rund 86 000 im Jahr 1960 (Westdeutschland) auf rund 589 000 im Jahr 2014 (Gesamtdeutschland) mehr als versechsfacht. Die steil ansteigende Kurve der eingetragenen Vereine veranschaulicht ein Wachstum, wie es nur in wenigen gesellschaftlichen Bereichen zu beobachten ist. Gleichwohl flacht die Dynamik bei der Neueintragung der Vereine ab. Zwischen 2011 und 2014 war nur noch ein Zuwachs um 1,5 % zu verzeichnen. Neben der geringer werdenden Zunahme bei den Vereinsgründungen zeigen sich über die Jahre zugleich thematische Gewichtsverlagerungen in den Tätigkeitsbereichen der Vereine. So wies die Vereinsstatistik für den Zeitraum 2005 bis 2008 eine besondere Zunahme der Kultur-, Interessen- und Freizeitvereine sowie einen Rückgang bei den Umweltvereinen aus. Eine etwas andere Dynamik ergab sich für den Zeitraum 2008 bis 2011: Weiterhin befanden sich Interessen- und Kulturvereine in besonderem Maße auf Wachstumskurs, die Bereiche Freizeit sowie Beruf/Wirtschaft und Politik verzeichneten hingegen nur eine geringfügige Zunahme. Gleichzeitig war bei Umweltvereinen wiederum nun ein deutlicher prozentualer Zuwachs erkennbar. Bis zum Jahr 2014 war nur noch in den Bereichen der Kulturvereine (5,6 %) und der Interessenverbände/Bürgerinitiativen (4 %) ein spürbarer Anstieg festzustellen. Zuwachsraten unter 2 % wiesen Umwelt- und Sportvereine sowie der Bereich Beruf/Wirtschaft/Politik auf, Freizeitvereine waren sogar leicht im Rückgang (-1,3 %). Die Veränderungen weisen darauf hin, dass bestimmte Themen zeitbezogen einen konjunkturellen Aufschwung genießen, während andere weniger nachgefragt werden.

Doch nicht nur die Zahl der eingetragenen Vereine ist – über einen längeren Zeitraum betrachtet – absolut angestiegen, auch ihre Dichte, bezogen auf je 100 000 Einwohner, hat bis heute stark zugenommen: Sie stieg zwischen 1960 und 2011 von 160 auf 709 Vereine und erreichte 2014 den Wert von 719. Sie hat sich damit gegenüber Anfang der 1960er Jahre mehr als vervierfacht. Da der überwiegende Anteil des Engagements in Vereinen stattfindet, sind Veränderungen in diesem Feld hierfür von zentraler Bedeutung.

Neben den Vereinen kommt den Verbänden in Deutschland ein besonderer Stellenwert zu. Nach der Rechtsform handelt es sich dabei in der Regel um Vereine. Häufig sind sie als Dachverbände ein Zusammenschluss von Organisationen. Als solche üben sie koordinierende Aufgaben aus und vertreten die Interessen der Mitgliedsorganisationen gegenüber der Politik. In diesen Funktionen gestalten sie viele Gesellschaftsbereiche aktiv mit. Allein die in der Bundesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) verfügten Ende 2012 über insgesamt 105 295 Einrichtungen und

Dienste mit 3 702 245 Betten beziehungsweise Plätzen. In den Einrichtungen und Diensten arbeiteten 1 673 861 Voll- und Teilzeitbeschäftigte; das sind knapp 4 % aller Erwerbstätigen in Deutschland. 2008 waren es mit 102 393 Einrichtungen und Diensten mit 3 699 025 Betten beziehungsweise Plätzen und 1 541 829 Voll- und Teilzeitbeschäftigten noch etwas weniger.

Einen bedeutenden Aufschwung hat neben dem Vereinswesen auch das Stiftungswesen in Deutschland erlebt. Ende des Jahres 2014 bestanden 20 784 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Während 2007 ein Zuwachs von 1 134 Stiftungen zu verzeichnen war, haben sich die Zuwachsraten in den letzten Jahren zwischen 600 und 700 eingepegelt. Im Jahr 2014 wurden 691 Stiftungen neu gegründet. Stiftungen sind bis auf Bürgerstiftungen im Unterschied zu Vereinen weniger bedeutende Engagementträger, dafür fördern sie dieses in hohem Maße.

Der Bestand an Stiftungen in West- und Ostdeutschland weist in beiden Landesteilen nach wie vor ein starkes Ungleichgewicht auf. Im Jahr 2014 gab es in Ostdeutschland 1 408 und in Westdeutschland (einschließlich Berlin) 19 376 Stiftungen. Während die Stiftungsdichte in Brandenburg mit 8, in Mecklenburg-Vorpommern mit 10 sowie in Sachsen und Sachsen-Anhalt mit jeweils 12 Stiftungen je 100 000 Einwohner besonders gering war, lagen Bayern mit 30, Hessen mit 31 sowie die Stadtstaaten Bremen mit 50 und Hamburg mit 77 Stiftungen je 100 000 Einwohner an der Spitze. Insgesamt bestanden in Deutschland 26 Stiftungen je 100 000 Einwohner. Die Stiftungen verfügten über ein Vermögen von mehr als 100 Milliarden Euro, das jedoch durch die Finanzkrise geschrumpft ist. Allerdings ist zu vermerken, dass es in Deutschland im Unterschied zu den USA nur wenige große Stiftungen gibt, die über hohe Vermögenserträge verfügen. Der überwiegende Teil der Stiftungen hat einen eher geringen Vermögensstock. Im Jahr 2014 hatten 26 % der Stiftungen ein Vermögen von bis zu 100 000 Euro, 46 % besaßen bis zu 1 Million, 22 % bis zu 10 Millionen, 5 % bis zu 100 Millionen Euro und bei lediglich 1 % der Stiftungen lag das Vermögen bei über 100 Millionen Euro.

Zivilgesellschaftliche Organisationen erleben in den letzten Jahren einige Veränderungen. Die äußeren Rahmenbedingungen verlangen von ihnen ein stärker wirtschaftlich ausgerichtetes Handeln, wodurch sich Tendenzen einer zunehmenden Ökonomisierung ihrer Arbeit bemerkbar machen. Dies führt aber nicht nur zu einer höheren Wirtschaftlichkeit, sondern auch zu Problemen: So werden in Untersuchungen besonders die Planungsunsicherheit aufgrund unklarer Einnahmeentwicklungen sowie die Konfrontation mit einer Zunahme marktförmiger Strukturen, die zu einem verstärkten Effizienz- und Konkurrenzdruck führen, von den Organisationen benannt. Neben den ökonomisch gelagerten Herausforderungen bestehen Schwierigkeiten in sozialer Hinsicht. Eine Überalterung der aktiven Personen, das nachlassende Gemeinschaftsgefühl in den Organisationen und das Problem, freiwillig Engagierte für die eigene Arbeit zu gewinnen, sind dabei von zentraler Bedeutung.

12.3.2 Zivilgesellschaftliches Engagement

Das freiwillige und unentgeltlich geleistete Engagement ist ein unverzichtbares Kernelement der zivilgesellschaftlichen Organisationen. An das Zivilengagement wird ein ganzes Bündel von Erwartungen geknüpft. Darunter hebt sich allgemein die Sicherung der Partizipationschancen des Bürgers, indem er sich stärker unmittelbar an gesellschaftlichen Belangen beteiligen kann, hervor. Das Engagement beschränkt sich dabei nicht nur auf das Wirken der Bürger in speziellen Organisationen der politischen oder allgemeinen Interessenvertretung, sondern reicht von Sport und Freizeit über Kultur und Soziales bis zu Umwelt und Tierschutz. Als Basis demokratischer Gesellschaften tragen die Aktivitäten in diesen Organisationen zur Interessen-

bündelung und -artikulation bei. Durch die Herausbildung von demokratischen Normen, sozialen Netzen und Vertrauensverhältnissen fördert es die Kooperation, hält Reibungsverluste gering und führt damit letztendlich dazu, dass die Gesellschaft insgesamt besser funktioniert.

Einen besonderen Stellenwert besitzt das Zivilengagement bei der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es hilft, die in der sozial zunehmend ausdifferenzierten Gesellschaft geforderten Fähigkeiten zum Kompromiss und zu einem zivilen Umgang herauszubilden. Es trägt dazu bei, die Kommunikationsbereitschaft und -fähigkeit, das wechselseitige Verständnis, die gemeinsame Beratung und den Austausch von Argumenten der Bürger untereinander, aber auch zwischen Bürgern und Institutionen zu praktizieren.

Die Rolle des zivilgesellschaftlichen Engagements ist dabei sehr unterschiedlich. Beispielsweise unterscheidet sich das Engagement im Rahmen eines Sportvereins von jenem in Bürgerinitiativen und solchen Organisationen, die als sogenannte Themenanwälte in Bereichen wie Umwelt oder in internationalen Aktivitäten tätig sind. Letztere haben in den zurückliegenden Jahrzehnten unter dem Gesichtspunkt einer stärkeren Einmischung des Bürgers in gesellschaftliche Belange einen beträchtlichen Zulauf und bedeutenden Aufschwung erfahren. Doch auch die Rolle zahlreicher Sportvereine ist mit der Zeit über ihren engen Tätigkeitskontext hinausgewachsen und ihre integrative Funktion, die sie vor allem auf lokaler Ebene innehaben, darf nicht unterschätzt werden.

Nach einer Langzeitbetrachtung ist der Anteil der Engagierten in der Bevölkerung ab 16 Jahren von 23 % im Jahr 1985 auf 33 % im Jahr 2011 gestiegen. Seitdem trat ein leichter Rückgang ein, sodass in 2013 die Engagementbeteiligung 30 % betrug.

Die Unterscheidung zwischen einem regelmäßigen Engagement (zumindest monatlich) und einem selteneren Engagement zeigt, dass besonders das regelmäßige Engagement zugenommen hat (2013 rund 20 %). Zurückgegangen ist der Anteil jener, die sich seltener als monatlich engagieren (2013 rund 11 %). Nach den Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes von 2001/2002 und 2012/2013 ist der Zeitaufwand der Frauen mit 1:42 Stunden pro Woche gleichgeblieben, während jener der Männer von 2:01 auf 1:47 Stunden pro Woche zurückgegangen ist.

Differenzierte Angaben zum Engagement liefern die Daten des Freiwilligensurveys. Mit seinen bislang veröffentlichten drei Erhebungszeitpunkten 1999, 2004 und 2009 und jeweils mindestens 15 000 Telefoninterviews stellt er eine fundierte Datenbasis dar. Zu den Hauptaussagen des Freiwilligensurveys zählt, dass sich ein hoher Anteil der Bevölkerung freiwillig engagiert. Engagierte übernehmen ganz unterschiedliche Aufgaben. Die einen führen eine Leitungsfunktion aus, andere organisieren Veranstaltungen und wieder andere sind Lesepaten. Der Anteil der Engagierten ist über die Jahre konstant geblieben. Während 1999 die Zahl der freiwillig Engagierten bei 34 % lag, hat sich deren Anteil 2004 leicht auf 36 % erhöht und blieb 2009 auf diesem Niveau.

Hinter der hohen Stabilität in der Engagementbeteiligung stecken eine Reihe von gruppenbezogenen Unterschieden und gegenläufigen Tendenzen. Sie werden bereits sichtbar, wenn die Entwicklung des Engagements nach Altersgruppen näher betrachtet wird. Während in einigen Gruppen die Engagementquote weiter ansteigt, ist sie in anderen rückläufig.

Obwohl Jugendliche eine zivilgesellschaftlich aktive Gruppe sind, wie es sich zumindest für die 14- bis 29-Jährigen im Zeitraum 1999 bis 2009 abbilden lässt, gibt es aktuell Hinweise auf

Veränderungen ihres Engagementverhaltens. In Studien jüngeren Datums (Shell Jugendstudie 2015, AID:A 2015) zeichneten sich rückläufige Engagementquoten unter jungen Menschen ab. Zu den Ursachen zählen eine gestiegene räumliche Mobilität und die Verringerung der zeitlichen Freiräume durch Veränderungen im Zeitregime von Schule und Studium (zum Beispiel durch Ganztagsschulen). Bei den älteren Menschen gab es eine kontinuierliche Steigerung des Engagements. Dies ist Ausdruck eines aktiven Alterns und einer Zunahme des lebenslangen Lernens.

Weitere Aspekte wie ein höherer Bildungsabschluss oder eine Erwerbstätigkeit, aber auch die enge kirchliche Bindung, das Vorhandensein von Kindern im Haushalt, die Mitgliedschaft in einer Organisation sowie eine gute wirtschaftliche Situation sind noch immer wichtige Faktoren, die Engagement fördern.

Das Engagement verteilt sich unterschiedlich auf einzelne Bereiche, wobei es sich entsprechend allgemeiner Entwicklungen und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen verändert. Nach Angaben aus den Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes engagierten sich die meisten Personen ab einem Alter von 10 Jahre in den Vergleichsuntersuchungen von 2001/2002 und 2012/2013 in den Bereichen Kirche und religiöse Gemeinschaften, Sport, im sozialen Bereich und in Schule/Kindergarten. Der Anteil engagierter Personen ist besonders im Bereich Kultur und Musik um fast die Hälfte gesunken. In Relation zur Zunahme an Kulturvereinen ist diese Entwicklung Ausdruck für ein stetiges Wachsen des eher kleinteiligen Engagements. Während das Engagement in etablierten Kulturorganisationen stark nachlässt, engagieren sich Menschen in neu gegründeten Vereinen. Das Engagement im Sport sowie im kirchlichen und religiösen Bereich ging weniger stark zurück. Im sozialen Bereich wie beispielsweise bei den Wohlfahrtsverbänden, in den Bereichen Umwelt- und Tierschutz, Schule und Kindergarten sowie bei den Rettungsdiensten und bei der Feuerwehr engagierten sich hingegen mehr Personen. Die Ursachen für die Veränderungen sind vielfältig. Die Tendenz, dass Eltern immer mehr das Geschehen in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen mitgestalten wollen, kann zu ihrer zunehmenden Mitwirkung als Elternvertreter oder in einem Förderverein führen. Eine stärkere den elektronischen Medien zugewandte Kulturrezeption kann eine Ursache für den Engagementrückgangs in diesem Bereich sein.

12.3.3 Gering organisationsgebundenes Engagement

Neben dem organisationsgebundenen Engagement, also jenem in den zivilgesellschaftlichen Organisationen, finden auch in anderen Zusammenschlüssen Aktivitäten des freiwilligen Engagements statt. Es handelt sich dabei um ein geringer organisationsgebundenes Engagement, das in Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten und selbstorganisierten Gruppen erfolgt. Die beiden Engagementformen unterscheiden sich vor allem in organisatorischer Hinsicht. Das Engagement in geringer formalisierten Zusammenschlüssen folgt häufig keinen so festen Regeln und hierarchischen Strukturen, wie sie zum Beispiel im Sport oder in Wohlfahrtsorganisationen zu finden sind. Die Engagierten bestimmen selbstständig über Ziele oder Aktivitäten, da bestimmte Gremien wie Vorstände fehlen. Einer geringeren Kontinuität und Planbarkeit des Engagements stehen dabei größere Spielräume für Kreativität und Improvisation gegenüber.

Das Engagement in Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten und selbstorganisierten Gruppen ist in den letzten Jahren stabil geblieben. Im Jahr 2009 erfolgten 15 % des Engagements durch geringer organisationsgebundene Zusammenschlüsse. Dabei war das weniger formalisierte Engagement bei einigen gesellschaftlichen Gruppen stärker ausgeprägt als bei anderen.

Deutliche Unterschiede bestehen zwischen den Altersgruppen: Das Engagement in geringer organisationsgebundenen Kontexten nimmt mit zunehmendem Alter ab. Personen im Alter von 14 bis 29 Jahren engagierten sich im Jahr 2009 zu 19 % in Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten, selbstorganisierten Gruppen und anderen eher losen Zusammenschlüssen; dies taten dagegen nur 12 % der 60-Jährigen und Älteren. Die Ergebnisse im Zeitablauf zeigen, dass sich die Diskrepanz zwischen Jung und Alt verstärkt hat. Das geringer organisationsgebundene Engagement von jungen Menschen ist zwischen 1999 und 2009 um 4 % gestiegen. Die größeren Freiheitsgrade und Spielräume, die dieses Engagement bietet, sind offenbar eher für jüngere Menschen attraktiv.

Auffällig bei dem geringer organisationsgebundenen Engagement sind auch die Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Frauen engagierten sich auf diese Weise zu 18 %, Männer dagegen nur zu 12 %. Die insgesamt etwas geringere Engagementbeteiligung von Frauen hebt sich also im stärker selbstorganisierten Engagement zu ihren Gunsten auf. Der geschlechtsspezifische Unterschied in Bezug auf dieses Engagement erklärt sich anhand der Aktivitätsbereiche, in denen das geringer organisationsgebundene Engagement stattfindet. Hierbei handelt es sich in erster Linie um die Bereiche Schule und Kindergarten, Gesundheit sowie Soziales, die allgemein stärker durch ein weibliches Engagement geprägt sind.

Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt, dass bei dem Engagement in Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten und selbst organisierten Gruppen regionale Unterschiede bestehen: In Ostdeutschland (17 %) war dieses Engagement etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland (14 %). Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind zum Teil auf das Engagement von arbeitslosen Personen, deren Anteil in Ostdeutschland noch immer bedeutend höher ist, zurückzuführen. Neben jungen Menschen und Frauen sind auch sie stärker in weniger formalisierten Zusammenschlüssen engagiert. Grundsätzlich minimiert ein Erwerbsstatus, der durch ein geregeltes Einkommen und feste Arbeitszeiten gekennzeichnet ist, die Wahrscheinlichkeit in weniger formalisierten Kontexten freiwillig engagiert zu sein. Das geringer organisationsgebundene Engagement ist des Weiteren vom Bildungsniveau abhängig. Auch selbstorganisiertes Engagement wird eher von Personen mit hohem als mit einfachem Bildungsniveau ausgeübt. Personen mit einem niedrigen Bildungsstatus sind insgesamt weniger engagiert. Allerdings hat sich der Unterschied zwischen den Bildungsgruppen in dieser Engagementform nach den Angaben des Freiwilligensurveys nicht vergrößert.

12.3.4 Spenden

Neben dem Spenden von Zeit engagieren sich Menschen durch das Spenden von Geld für gemeinwohlorientierte Zwecke. Spenden sind ein freiwilliger finanzieller Transfer, bei dem der Spender keine äquivalente materielle Gegenleistung erhält. Die Spenden gehen zumeist an zivilgesellschaftliche Organisationen, die sie in der Regel an Bedürftige weiterleiten oder damit ausgewählte Projekte finanzieren.

Nach den Angaben des Freiwilligensurveys spendet ein beachtlicher Anteil der Deutschen. Während 1999 und 2004 deutlich mehr als 60 % der über 14-Jährigen angaben, in den letzten zwölf Monaten für soziale oder gemeinnützige Zwecke gespendet zu haben, ging dieser Anteil 2009 auf 58 % zurück. Andere Erhebungen gelangen zu deutlich geringeren Spenderanteilen. Das SOEP ermittelte einen Anteil von 40 % der Bundesbürger, die 2009 spendeten. Alle Untersuchungen kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass sich an Spendenaktivitäten nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße beteiligen. Die Spendenbeteiligungsquote der Westdeutschen liegt im Durchschnitt um gut 10 Prozentpunkte höher als jene der Ostdeutschen.

Dieses Gefälle zeigt sich ebenfalls bei der Spendenhöhe. Während nach den Angaben des SOEP im Jahr 2009 die Westdeutschen Spender im Durchschnitt 213 Euro spendeten, lag der Wert bei den Ostdeutschen mit 136 Euro deutlich niedriger. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Spendenverhalten zeigen – das belegen ebenfalls alle Untersuchungen – dass Frauen in Deutschland zu einem leicht höheren Anteil spenden. Für die unterschiedliche Spendenbeteiligung beider Geschlechter wird oft die durchschnittlich längere Lebenserwartung von Frauen verantwortlich gemacht, da ältere Personen häufiger spenden als jüngere.

Mit zunehmendem Alter wächst die Spendenbeteiligung. Besonders gering fallen die Geldspendenanteile bei den Befragten im Alter von 14 bis 29 Jahren aus. In dieser Gruppe spendete nach Angaben des Freiwilligensurvey 2009 nur jeder Dritte. Viele Menschen beginnen offensichtlich erst im mittleren Alter mit dem Spenden. In den Altersgruppen über 60 Jahren steigt die Spendenbereitschaft drastisch an – drei von vier Personen spendeten hier kontinuierlich über den betrachteten Zeitraum. Bei den Gründen für den deutlichen Einfluss des Alters auf das Spendenverhalten geht man davon aus, dass Menschen gleichen Alters zu einem ähnlichen Verhalten tendieren, da sie gleiche beziehungsweise ähnliche Erfahrungen in ihrer Kindheit (zum Beispiel Krieg, Solidarität) gemacht haben. Nach sozioökonomischen Erklärungsansätzen führt man die größere Spendenbereitschaft der älteren Personen eher auf deren höheres und gesichertes Einkommen, das angesammelte Vermögen sowie damit insgesamt auf deren bessere wirtschaftliche Situation zurück.

Wie schon das zeitgebundene zivilgesellschaftliche Engagement beeinflussen Bildungsmerkmale auch das Spendenverhalten gravierend. Zu einem besonders hohen Anteil spenden Personen mit einem hohen Bildungsniveau Geld, während die Spenderquote bei einem einfachen Bildungsniveau weit geringer ausfällt.

Der Erwerbsstatus beeinflusst ebenfalls die Spendenbereitschaft. Arbeitslose spenden erklärtermaßen aus ihrer wirtschaftlichen Situation heraus seltener als Erwerbstätige. Nichterwerbstätige, zu denen besonders Personen im Rentenalter gehören, haben die höchste Spenderquote. Dies ist offensichtlich Ausdruck ihrer allgemeinen Lebenssituation und der guten wirtschaftlichen Absicherung eines großen Teils dieser sozialen Gruppe.

Insgesamt geht also ein nachhaltiger Einfluss vom Einkommen auf das Spendenverhalten aus: Zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen Einkommen und Spendenverhalten wird oft angeführt, dass höherer Wohlstand den Personen die Möglichkeit bietet, einen Teil ihres Vermögens anderen Menschen oder Projekten zukommen zu lassen, ohne selbst in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu geraten oder Verzicht leisten zu müssen. Bezieher von hohen Einkommen verkraften demnach eine finanzielle Förderung gemeinnütziger Zwecke leichter und dementsprechend nimmt die Spendenfreudigkeit mit steigender Prosperität zu.

12.3.5 Zusammenfassung

Das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland ist zu einer festen Größe der Gesellschaft geworden. Die Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen, in denen das Engagement häufig ausgeübt wird, ist über die Jahre angestiegen. Gleichwohl oder auch gerade deshalb haben diese Organisationen zunehmend Probleme, Engagierte zu finden. In den verschiedenen Engagementformen – organisationsgebunden, geringer organisationsgebunden oder Spenden – sind einzelne Bevölkerungsgruppen stärker vertreten als andere. Personen, die sich in einer Organisation engagieren oder spenden, sind in der Regel mindestens mittleren Alters, erwerbstätig und wirtschaftlich abgesichert. Im Vergleich dazu sind Personen, die

sich in weniger formalisierten Zusammenschlüssen engagieren eher jung und nicht erwerbstätig. Es haben also demnach einerseits nicht alle Personen die gleichen Zugangschancen zu den zivilgesellschaftlichen Engagementformen, andererseits ermöglichen die unterschiedlichen Engagementgelegenheiten einem breiteren Personenkreis ein Engagement. Veränderungen in der Gesellschaft und im Alltag der Menschen schlagen sich in der Engagementbeteiligung, den bevorzugten Bereichen und im Zeitaufwand nieder.

Zusammenarbeit Staat – Markt – Zivilgesellschaft im europäischen Vergleich

Rupert Graf Strachwitz

In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 1/2016, S. 104-108.

Am 9. Juni 2015 jährte sich zum 200. Mal die Unterzeichnung der Schlußakte des Wiener Kongresses. Durch sie wurde die schon seit dem späten 16. Jahrhundert theoretisch (namentlich durch den Franzosen Jean Bodin) entwickelte und 1648 im Westfälischen Frieden erstmals konkretisierte Doktrin von der alleinigen Souveränität der Staaten bis heute zur Grundlage des Völkerrechts und der europäischen Ordnung gemacht. In ganz Europa wurde diese Ordnung bestimmend, allerdings mit Unterschieden im einzelnen, die den historischen und kulturellen Voraussetzungen geschuldet waren. Mehrheitlich setzte sich zugleich ein binäres Ordnungssystem durch, wie es in der frühen Neuzeit von der spanischen Völkerrechtsschule und dem Niederländer Hugo Grotius entwickelt worden war (Münkler 2015, 12 f.). Es konnte danach immer nur zwei Alternativen geben, etwa Krieg oder Frieden, aber auch Staat oder Nicht-Staat.

Der Anschlag, den der Burschenschafter Karl Ludwig Sand am 23. März 1819 auf den konservativen Staatsrat, russischen Konsul und Schriftsteller August v. Kotzebue verübte, löste eine Welle von Maßnahmen der preußischen Staatsmacht gegen jede politische Opposition aus. Sie gipfelten in den Karlsbader Beschlüssen, die im August 1819 von den zehn einflußreichsten Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes in Ministerialkonferenzen in Karlsbad erarbeitet, am 20. September desselben Jahres in einem Eilverfahren vom Bundestag in Frankfurt einstimmig beschlossen und zur Grundlage für Repressionen und Beschränkungen vielfältiger Art, darunter die Pressezensur und die Kontrolle der Universitäten wurden. Eine „Immediatkommission zur Ermittlung hochverräterischer Verbindungen und anderer gefährlicher Umtriebe“ hatte zu prüfen, ob gegen inhaftierte Anhänger liberaler und demokratischer Ideen Anklage zu erheben sei. Bereits seit Juli 1819 saß beispielsweise Friedrich Ludwig („Turnvater“) Jahn auf Betreiben des preußischen Polizeichefs Carl Albert v. Kamptz im Gefängnis, weil er öffentlich das Ausbleiben der politischen Freiheiten, die dem Volk zu Beginn der Befreiungskriege zugesagt worden waren, kritisiert hatte.

Eines der Mitglieder der Kommission war Ernst Theodor Amadeus (E.T.A.) Hoffmann, der sich freilich mit dem Argument, dahinter stecke „ein ganzes Gewebe heilloser Willkür, frecher Nichtachtung aller Gesetze, persönlicher Animosität“ dem Vorgehen der Regierung widersetzte. Er sah keinen Grund, Jahns Haft zu verlängern, strengte hingegen als Mitglied des Kriminalsenats des Berliner Kammergerichts ein Ermittlungsverfahren gegen Kamptz wegen Verleumdung an, weil dieser in von ihm lancierten Zeitungsartikeln den Eindruck erweckt hätte, Jahn habe die Jugend zum Meuchelmord an Staatsdienern ermuntert. Als der Kriminalsenat den Polizeichef im November 1819 vorlud, wies Justizminister v. Kircheisen die Richter an, das

Verfahren auszusetzen, erhielt aber von diesen die Belehrung, daß er hierzu nicht befugt sei. Allein der König konnte dies befehlen und tat dies dann auch. Das Handlungsmuster ist im heutigen Verwaltungshandeln deutscher Prägung durchaus noch erkennbar. Der im 19. Jahrhundert nicht untypische Reformwillen und Widerspruchsgeist von Beamten, Soldaten und Richtern ist freilich vielfach abhanden gekommen.

Vorgänge wie diese bildeten aber auch den konkreten Hintergrund, vor dem Georg Wilhelm Friedrich Hegel 1819/20 in seiner ‚Philosophie des Rechts' sein Staatsverständnis entwickelte. Dem alles überwölbenden und prinzipiell nicht irrtumsfähigen Staat war für ihn die bürgerliche Gesellschaft untergeordnet. Diese, so Hegel, besäße zwar ein Eigengewicht und einen Handlungsfreiraum, könne jedoch dem Staat niemals als gleichberechtigter Partner gegenübertreten und umfasse im übrigen wirtschaftliche wie ideelle Korporationen und Aktionen. Die sich in mehreren Wellen bis in das späte 20. Jahrhundert entfaltende Rezeption Hegels in Deutschland kann in ihrer Wirksamkeit kaum überschätzt werden. Bis 1830 wurden seine Schriften eine Art preußische Staatsphilosophie (Watson 2010, 237). Unabhängig von markanten Unterschieden ist diese Rezeption gleichermaßen im Sozialismus wie im Nationalsozialismus erkennbar, ebenso aber auch im bürgerlich-konservativen wie im sozialdemokratisch geprägten Denken. Der immer wieder erstaunende Einfluß von Carl Schmitt tut ein übriges. Jedenfalls waren und sind die Voraussetzungen für die Herausbildung eines Ordnungsmodells mit mehreren, unterschiedlich strukturierten, aber gleichrangigen Akteursgruppen deutlich schlechter als in anderen europäischen Gesellschaften. Die Alternative Staat oder Nicht-Staat und die angenommene Hierarchie der beiden Gruppen ließen für eine Idee einer Dreier-Konstellation keinen Raum.

Schon lange ist deutlich, daß diese Systematik die gesellschaftliche Realität nicht zutreffend abbildet. Dies läßt sich nicht nur beispielsweise an der starken gesellschaftlichen Kraft von Kirchen und Glaubensgemeinschaften, politischen Parteien und Gewerkschaften zeigen, sondern auch an der Vielzahl von anderen Organisationen, die sich fundamental von auf Gewinn ausgerichteten Unternehmungen unterscheiden, untereinander jedoch durch gemeinsame Merkmale verbunden sind. Dies hat unter vielen anderen auch Antonio Gramsci herausgearbeitet, indem er im marxistischen Sinn der Basis der Wirtschaft zwei Überbauten, den Staat und die *Società Civile* gegenübergestellt hat. Insoweit hat Zivilgesellschaft ihre begrifflichen und theoretischen Wurzeln nicht nur im konstatierten Versagen von Markt und Staat, sondern auch in der Beobachtung, daß eine rein binäre Betrachtung grundsätzlich defizitär erscheint.

Im Blick auf Europa finden wir auch andere historische Bedingungen. Während etwa in der Schweiz und den Niederlanden, später auch in Irland, Traditionen des Widerstands gegen eine Staatsmacht einen wesentlichen Teil des Selbstverständnisses als kohärente gesellschaftliche Gebilde darstellen und etwa in Italien das gesellschaftliche Bewußtsein von einer grundsätzlichen Verachtung der Staatsmacht als Zerstörerin der lokalen oder regionalen Kollektivität geprägt ist, ist die französische Gesellschaft traditionell von der unmittelbaren Bindung des *Citoyen* / der *Citoyenne* and den Nationalstaat geprägt. Großbritannien pflegt hingegen sein pragmatisches Staats- und Gesellschaftsverständnis und konnte systematische Überlegungen stets den Erfordernissen der konkreten Situation unterordnen. Margaret Thatchers berühmter Ausruf „*There is no such thing as society*" wurde mit Schmunzeln, nicht mit einer grundlegenden theoretischen Debatte quittiert. Im postkommunistischen Europa ist die Tradition ohnehin eine völlig andere. Die vielfach gehörte Meinung, Zivilgesellschaft setze Demokratie voraus, wird hier durch die spezifische Tradition einer menschen- und bürgerrechtlich bestimmten, dezidiert gegen das staatliche System gerichteten Zivilgesellschaft widerlegt. Ein größerer Unterschied zur deutschen, seit dem 19. Jahrhundert von Wohlfahrtseinrichtungen und bis ins

späte 20. von Korporatismus und Anlehnung an den Staat geprägten Tradition läßt sich kaum vorstellen.

Das Bild der drei Arenen Zivilgesellschaft – Staat – Wirtschaft hat sich als Erklärungsmodell weithin durchgesetzt. Es ergibt sich aber die Schwierigkeit, den Gedanken einer europäischen Zivilgesellschaft so zu konkretisieren, daß das Verhältnis zwischen ihr und den anderen Arenen europäisch bestimmt werden könnte. Durch einen funktionalen Ansatz hat die Europäische Kommission versucht, das Problem der nationalen Unterschiede zu überwinden (1997). Heute lassen sich sieben Funktionen von Zivilgesellschaft unterscheiden (Strachwitz 2014, 81 ff.). Nur wenn man sie alle in den Blick nimmt, erscheint es möglich, europaweit das Verhältnis zwischen den Arenen auszutarieren. Hierzu muß allerdings das gerade in Deutschland gern zur Wahrung der traditionellen Vorrangstellung des Staates angeführte Legitimationsargument abgeräumt werden, das etwa in den Niederlanden oder der Schweiz kaum verständlich erscheint und in den Ländern Mittel- und Osteuropas, wo Zivilgesellschaft „das Gesicht der Erde verändert hatte“ (Domaradzka in Schreier 2015, 110) geradezu empörend wirken muß. Hierzu sollen an dieser Stelle Verweise auf die vier Grundsätze der modernen Gesellschaft (Menschen- und Bürgerrechte, Demokratie, Herrschaft des Rechts und Kulturelle Traditionen) sowie auf den Wert der deliberativen Demokratie (Habermas 1962) genügen.

Trotz dieser Schwierigkeiten erleben wir heute ohne Zweifel, daß sich zum einen Zivilgesellschaft ebenso europäisiert, wenn nicht internationalisiert wie die übrigen gesellschaftlichen Arenen, daß zum zweiten diese Zivilgesellschaft an Stärke, Kohärenz und Selbstbewußtsein weiter zunimmt (jüngste Erfahrungen in der Betreuung von Geflüchteten sind dafür ein Beispiel) und daß zum dritten Politik eine Entstaatlichung erfahren hat. Gerade diese, ausgelöst durch die Komplexität der Herausforderungen ebenso wie durch den Vertrauensverlust wegen mangelhafter *checks and balances* innerhalb des durchaus demokratisch verfaßten Staates, weist der Zivilgesellschaft eine Rolle zu, die zwingend neue Überlegungen zur Tektur der gesellschaftlichen Ordnung nach sich ziehen muß. Nicht zuletzt gewinnen, zunehmend und nicht selten enträumlicht, Entwicklung und Verfahren gegenüber der Entscheidung die Oberhand (Gohl 2011, 84), was der Handlungslogik der Zivilgesellschaft entgegenkommt, aber zu einem Machtverlust der Entscheidungsorgane führt. In „postnationalen Zeiten“ (Crouch 2011, 243) entwickelt sich eine Dichotomie zwischen national nicht faßbaren Entwicklungen und nationalstaatlich organisierter politischer Macht (ebd., 239). Dieser kommen die Abwehrkräfte abhanden; sie wird von regionalen und lokalen Kräften ebenso bedrängt wie von der Europäisierung und Internationalisierung (der Probleme ebenso wie der Lösungsansätze), von der faktischen Macht international agierender Wirtschaftsunternehmen und der Zivilgesellschaft. Das 1815 geschaffene Staatensystem ist infolgedessen ebenso überholt wie Hegels Konzept des alles überwölbenden Staates. Angesichts der Tatsache, daß allenfalls Europa eine geographische Begrenzung politischen Handelns anbieten kann, erscheint es unabdingbar, auf dieser Ebene zu versuchen, die Tektur zu finden. Nur unter dieser Prämisse kann die Interaktion zwischen den Arenen neu definiert werden. An einem Erfolg dieser Suche sollte freilich den Nationalstaaten schon deshalb gelegen sein, weil aller durch angebliche oder tatsächliche Sicherheitsfragen ausgelösten Machtdemonstration und Symbolpolitik zum Trotz die Alternative nur das Fortschreiten von deren Autoritätsverfall sein kann.

Der Vergleich mag in diesem Zusammenhang dazu dienen, Stärken und Schwächen einzelner Beispiele herauszuarbeiten. Es kann aber nicht darum gehen, traditionelle Kooperationsmuster durch punktuelle Optimierung zu perpetuieren. Ebensowenig erscheint eine Negierung der unterschiedlichen Voraussetzungen hilfreich. Und schließlich erscheint auch das überkommene Dialogmuster von Forderungen gegen Förderung und Setzung (finanziell) vorteilhafter

Rahmenbedingungen nicht geeignet, das Tekturproblem einer tragfähigen Lösung näherzubringen.

Vor dieser Folie stellen Modelle der Zusammenarbeit, wie sie etwa im sog. Compact (Heuberger/Schwärzel 2014) zum Ausdruck kommen, ebenso Versuche dar, (an staatlicher Gestaltung) zu retten, was zu retten ist, wie die aus Deutschland bekannten, in immer schnellerer Folge angekündigten punktuellen Gesetzesinitiativen, während sie aus zivilgesellschaftlicher Perspektive leicht als Festhalten an überkommenen Interaktionsmustern mißverstanden werden können. Der Compact hebt sich allerdings dadurch positiv ab und stellt insoweit einen reizvollen Denkansatz dar, als er zum einen von der Grundannahme ausgeht, daß Zivilgesellschaft, Staat und Markt zwar unterschiedlicher Handlungslogik folgende und mit unterschiedlichen Aufgaben betraute, aber prinzipiell gleichrangige Akteure im öffentlichen Raum darstellen. Zum zweiten bezieht er sich auf ein gültiges Grunddokument der Europäischen Union, den Vertrag von Lissabon (Amtsblatt 2010, 83/21), der – nach einer Bekräftigung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie in Art. 10 – in Art. 11 ausdrücklich, wenn auch sehr vorsichtig deren Überwindung einläutet, indem er unter anderem den Dialog mit der Zivilgesellschaft als Vertragsgrundsatz festschreibt (und sich dabei auf eine ganze Reihe von vorausgegangenen EU-Dokumenten stützt). Zum dritten beinhaltet er stärker als traditionelle nationale Gesetzgebung eine Entwicklungskomponente.

„By taking into account the variety of stakeholders involved in policy making, the introduction of a Compact has been seen by academics as marking the move from a contract culture to a partnership culture between civil society and the government.“ (Heuberger / Schwärzel, 15)

Der Compact entfernt sich von der in Deutschland vorherrschenden juristischen Betrachtungsweise, die gerne Legalität mit Legitimität gleichsetzt, und nähert sich einer auf der Legitimität von Entwicklungen und Verfahren aufbauenden Betrachtung an. Für den britischen Pragmatismus bildet er kein unüberwindbares Problem; die italienische Tradition radikaler Strategiewechsel läßt ihn, wenngleich anders konnotiert, nicht unwahrscheinlich erscheinen. In einer Reihe von anderen Ländern ist der Weg bereits innerstaatlich beschritten oder zumindest vorbereitet worden. In Deutschland allerdings scheint unverändert der Grundsatz zu gelten: „Verfassungsrecht vergeht – Verwaltungsrecht besteht“. Dies macht die Erarbeitung partnerschaftlicher Vereinbarungen überaus schwer – ganz abgesehen von der Schwierigkeit, daß Zivilgesellschaft (wie das Spontanengagement der letzten Monate deutlich gezeigt hat,) immer nur Akteure und keine Vertreter kennt, die legitimiert wären, für alle zu sprechen oder gar etwas zu vereinbaren. An Vereinbarungen, die das vor 200 Jahren in Wien geschaffene und 1819 konkretisierte System bewahren wollen, sollten ihre Akteure aus all diesen Gründen kein Interesse haben.

Scheitert der Versuch, Zusammenarbeit zwischen den Arenen im europäischen Kontext zukunftsorientiert zu gestalten, erscheint es für die Zivilgesellschaft vorteilhafter, der normativen Kraft des Faktischen das Regiment zu überlassen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre würde dies in jedem Fall zu einer weiteren Stärkung der Zivilgesellschaft führen.

Anmerkungen

Amtsblatt (2010): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union; in Amtsblatt der Europäischen Union, Ausgabe in deutscher Sprache, 53. Jg., 30. März 2010; Informations-Nr. 2010/C 83/01

Colin Crouch (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Postdemokratie II. Berlin

Europäische Kommission (1997): Mitteilung der Kommission über die Förderung der Rolle der Vereine und Stiftungen in Europa. Luxemburg.

Christopher Gohl (2011): Prozedurale Politik am Beispiel organisierter Dialoge. Münster

Antonio Gramsci [1948/51] (2011): Gefängnishefte. Hamburg

Jürgen Habermas [1962] (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt/Main

Georg Wilhelm Friedrich Hegel [1821] (1970): Grundlinien der Philosophie des Rechts. Frankfurt/Main

Frank Heuberger / Mirko Schwärzel (2014): The Chances of Framework Agreements for a Citizen-Powered Europe; Conclusions from The European Year of Citizens 2013. Berlin

Herfried Münkler (2015): Kriegssplitter; Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert. Berlin

Christian Schreier, ed. (2015): 25 Years After; Mapping Civil Society in the Visegrád Countries. Stuttgart

Rupert Graf Strachwitz (2014): Achtung vor dem Bürger; Ein Plädoyer für die Stärkung der Zivilgesellschaft. Freiburg

Peter Watson, The German Genius; Europe's Third Renaissance, the Second Scientific Revolution, and the Twentieth Century. London

---

Being devout means being political: Churches become civil society through the refugee crisis

Sarah Albrecht and Rupert Strachwitz

In: Alliance Blog, 1 June 2016: http://www.alliancemagazine.org/blog/being-devout-means-being-political-churches-become-civil-society-through-the-refugee-crisis/

'Wir schaffen das!' – 'We can do it!' Chancellor Angela Merkel made this statement in the summer of 2015 – long before the peak in numbers of people seeking refuge in Germany was reached. The statement has become iconic, a token of reliability and strong ethical values underlying her leadership to her supporters, proof of her stubbornly maintaining an erroneous position to her many political opponents, who argue she is putting Germany's political, social and economic stability at risk.

A new distance between politics and churches

Interestingly enough, some of the most persistent and audible opponents of Merkel's liberal refugee policy hail from her own political camp, the Christian-Democratic-Union and its Bavarian sister organization, the Christian-Social-Union (CSU). Bavarian Prime Minister Horst Seehofer has openly contradicted Merkel's position more than once, clamouring for much more restrictive measures, ranging from official limitations to the total closing of Germany's south-eastern borders.

In all this, a noteworthy point is that the CSU draws on a religious electorate and traditionally considers the Catholic Church to be a natural supporter of its policies. The crisis has led to an unprecedented estrangement. From an organisation that habitually shied away from political interventions, the Church, not least encouraged by the Pope, has become a staunch supporter of the refugees' cause against Bavarian government policy.

Arguably the first sign was an open letter written by a large group of religious superiors urging Mr. Seehofer to refrain from using stigmatising and fear stoking terms when speaking about refugees. High ranking church officials like Cardinal Marx of Munich and Bishop Bedford-Strohm, head of the German Protestant Church, have since strongly voiced their concerns about the current handling of the refugee crisis in a number of statements and interviews. Both the Cardinal and the Bishop are strikingly media-savvy and – equally important – both have an academic background in the field of social ethics. Are they on the forefront of a change in self-perception that German churches are currently undergoing?

Churches as civil society organisations

The Churches in Germany as in many other countries are constitutionally intertwined with the State in many ways. This complicated relationship led the churches not to perceive themselves as independent organisations, and to continue to act as a legitimising force for governments, as had been customary for many centuries. Pope John Paul II., when famously asked by Ralph Darendorf, whether the Church was part of civil society, answered: 'Oh no! The Church is Sacred Society'. The Pontiff may well have failed to understand the meaning and implications of Civil Society in a modern sense. The refugee crisis seems to have struck a different chord, in that the inclusion and protection of the poor, the weak and the marginalised is fundamental to Christian identity. Realpolitik as executed by conservative politicians to the detriment of refugees has shown the divide that has become more and more noticeable over the past generation or so.

For many centuries, the Christian Churches had indeed been pillars of the political order everywhere in Europe. Conflicts with governments arising from their adherence to their founder's intentions were rare. The same may be said for the Muslim communities in countries that were predominantly Muslim.

As Civil Society has moved on from being 'charity' to becoming a force in shaping and determining policy, the Churches have increasingly shown a critical attitude that sits well with what civil society organisations are out to achieve. Not unlike other NGOs, foundations and many others, they aspire to be advocates for the disadvantaged sectors of society. Their position is increasingly perceived as independent, based on a particular set of values rather than on loyalty to a given political order, let alone to a particular political camp. Church leaders who do not content themselves with abstract moral appeals, but support political demands do not go unnoticed. They have become an asset to civil society in clamouring for social justice.

This development has its critics. German Minister Wolfgang Schaeuble is said to have commented that the churches' prime responsibilities were pastoral care, prayer and liturgy. Faith and not politics should constitute the bond between people who turn to the churches for guidance. Bishop Bedford-Strohm vehemently disagrees. Being politically engaged and a religious person does not constitute a contradiction, he recently stated in a radio interview. On the contrary: 'Being devout means being political!'

Engagementpolitik

Bericht über ein Colloquium des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft am 16. Februar 2016 in Berlin

Fides Ochsenfeld und Johanna Franke

In: Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen (npoR) 4/2016, S. 183-184.

Jeden Tag fliehen weltweit Tausende von Menschen vor Krieg, Terror und Gefahr oder aus anderen Gründen aus ihren Heimatländern, um an sicheren Orten Schutz zu suchen. In Deutschland ist dies vor allem seit Anfang 2015 deutlich zu spüren. Viele Kommunen scheiterten an der Aufgabe, die ins Land kommenden geflüchteten Menschen angemessen unterzubringen und zu versorgen. Es waren zivilgesellschaftliche Akteure, die durch ihr bereitwilliges und kontinuierliches Engagement zu einer Entlastung der kommunalen Kapazitätsengpässe beitrugen. „Wir schaffen das“ war nur möglich, weil die Zivilgesellschaft mit spontanem Engagement, „Willkommenskultur“ und dem professionellen Einsatz klassischer und neuer Organisationen zur Stelle war.

Um vor diesem Hintergrund bürgerschaftliches Engagement in seiner politischen Dimension zu diskutieren, hatte das Maecenata Institut zu einem Colloquium zum Thema „Engagementpolitik“ mit *Svenja Stadler*, MdB, eingeladen, das am 16. Februar 2016 im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin stattfand. *Stadler* ist engagementpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. An dem Colloquium nahmen rund 30 Personen teil, darunter viele Akteure zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Vorsitzende des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag, *Willi Brase*, MdB.

Zu Beginn der Veranstaltung skizzierte Dr. *Rupert Graf Strachwitz*, Direktor des Maecenata Instituts, die aktuellen Entwicklungen, unter deren Eindruck, so scheine es, die seit 2002 weitgehend stagnierende politische Diskussion um den Wert des Engagements wieder in Bewegung gekommen sei. Die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit den geflüchteten Menschen habe bürgerschaftliches Engagement in Deutschland wieder in den Fokus der Debatte gerückt. *Graf Strachwitz* formulierte in diesem Zusammenhang die Annahme, dass sich die Tektur des Verhältnisses zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren derzeit grundlegend verändere. Ob all diese Entwicklungen nachhaltig seien und ob sie tatsächlich Auswirkungen auf politische Entscheidungen hätten, sei allerdings noch nicht erwiesen; auch deshalb führe das Maecenata Institut derzeit in enger Kooperation mit dem Difu ein Begleitforschungsprojekt zu der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen durch.[1]

Graf Strachwitz wies darauf hin, dass es von den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien insbesondere die SPD sei, die sich sichtbar mit Fragen des bürgerschaftlichen Engagements auseinandersetze. So stelle sich das SPD-geführte Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) als „Engagementministerium“ den aktuellen Herausforderungen und habe in einem partizipativen Prozess gemeinsam mit Expertinnen und Experten

1 Siehe http://www.maecenata.eu/images/Kurztext_Zivilgesellschaft_und_Gefl%C3%BCchtete_11.01.2016.pdf

der Zivilgesellschaft eine neue Engagementstrategie entwickelt, die Anfang 2016 vorgelegt wurde.[2]

In ihren einführenden Worten formulierte *Stadler* ihr Ziel, sich im Rahmen des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages für „die Schaffung politischer Rahmenbedingungen einzusetzen, die bürgerschaftliches Engagement fördern und (be-)stärken“. Die bestehenden Regelungen – beispielsweise bei den Freiwilligendiensten – seien „definitiv ausbaufähig“, so *Stadler*. Ihr schwebe die Entwicklung eines modernen Engagementgesetzes vor, das die Grundfragen für den zivilgesellschaftlichen Bereich regele. Um dies zu verwirklichen, müssten sich jedoch zunächst strukturelle Verbesserungen ergeben: Der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement sei zwar „gut und schön“; um handlungsfähig(er) zu sein, bedürfe es jedoch eines federführenden Ordentlichen Ausschusses, in dem Kompetenzen und Wissen gebündelt werden könnten. Derzeit würden beispielsweise Fragen zum Ehrenamt an zahlreichen Stellen, in verschiedenen Ministerien und Ressorts, verhandelt. Ein Engagementgesetz, betonte *Stadler*, könne jedoch nicht bedeuten, dass die Politik alles regeln solle, wolle oder könne – zumal dies „dem Eigensinn und der Handlungslogik von Zivilgesellschaft“ widerspreche. Was die Politik tun könne und müsse, sei, immer wieder den Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu konkreten Fragestellungen zu suchen.

Stadler hob zwei weitere Aspekte hervor, die für ihre Arbeit wichtig seien. Erstens sei es unabdingbar, auch innerhalb der politischen Sphäre immer wieder auf die Bedeutung von Zivilgesellschaft hinzuweisen, „Aufklärungsarbeit“ zu leisten und Engagement sichtbar zu machen. Die Politik müsse zu einem einheitlichen Verständnis von Zivilgesellschaft, bürgerschaftlichem Engagement, Ehrenamt usw. gelangen; dies sei Voraussetzung dafür, im Interesse der von den Regelungen Betroffenen zu handeln. Zweitens wolle sie sich für die Fortentwicklung einer „Anerkennungskultur“ einsetzen – freiwilligen Helferinnen und Helfern solle stets angemessener Respekt und Dank für ihre Leistungen entgegengebracht werden, so *Stadler*.

Im Hinblick auf die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Betreuung geflüchteter Menschen in den Kommunen berichtete *Stadler* von einem spürbaren Wandel – auch in ihrem Wahlkreis, dem Landkreis Harburg in Niedersachsen, in dem es „extrem viele Engagierte“ gebe. Zu Beginn der Flüchtlingskrise sei deren Hilfe gern in Anspruch genommen worden; nachdem sich die Situation entspannt habe, sei die „Nachfrage“ nach bürgerschaftlichem Engagement – ob organisiert oder spontan – eingebrochen. Plötzlich sei Ehrenamt „nicht mehr gefragt“ gewesen, zivilgesellschaftliche Akteure seien beispielsweise dadurch an den Rand gedrängt worden, dass die Politik ihnen wichtige Informationen vorenthalten habe. Dass staatliche Stellen zunehmend die zuvor von zivilgesellschaftlichen Akteuren erledigten Aufgaben übernähmen, unterstrichen auch andere Teilnehmende und machten in diesem Zusammenhang auf finanzielle Interessen aufmerksam: Für einige Kommunen sei es beispielsweise durchaus attraktiv, eigene Aufnahmelager zu betreiben.

Vor dem Hintergrund dieser Problematik entwickelte sich im Plenum eine lebhafte Debatte zu der Frage nach dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft sowie nach Verständnis und Wahrnehmung von Zivilgesellschaft seitens der Politik. Einige Teilnehmende verliehen ihrer Sorge Ausdruck, dass Zivilgesellschaft als „Lückenbüßer“, dass Bürge-

---

2 Siehe http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Freiwilligendienste/Pdf-Anlagen/engagement-strategie,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf

rinnen und Bürger als „Ausfallbürgen“ fungierten – die nur dann zum Einsatz kommen (dürften), wenn der Staat versage. Behörden seien Bürgerinnen und Bürgern gegenüber „überheblich“, es mangele an der Kommunikation auf Augenhöhe als Merkmal einer offenen Gesellschaft. Eine „Verselbstständigung der Bürokratie“ und eine „bestimmte Art von Behördenkultur“ in Deutschland hätten zur Folge, dass Engagement – gerade im Zusammenhang mit der Unterstützung geflüchteter Menschen – eher eingegrenzt und erschwert werde, als dass Möglichkeiten und Freiräume geschaffen würden, in denen sich eine kreative Engagementkultur entwickeln könne.

Stadler zeigte für die geäußerten Bedenken Verständnis und wies auf das Beispiel eines Sozialkaufhauses in ihrem Wahlkreis hin, das sich im Hinblick auf seinen Gemeinnützigkeitsstatus mit widersprüchlichen Verhaltensweisen der Finanzämter auseinanderzusetzen habe. In diesem Zusammenhang warf ein Teilnehmer die Frage auf, ob Zivilgesellschaft von der Politik grundsätzlich als etwas wahrgenommen würde, „das einspringt, wenn der Staat nicht ordentlich handelt“ oder ob sie auch „als demokratisches Korrektiv“ fungieren dürfe. Der aktuelle Fall des Trägervereins von Attac, dem das Finanzamt Frankfurt am Main im Herbst 2014 den Status der Gemeinnützigkeit entzogen und dies mit der allgemeinpolitischen Tätigkeit des globalisierungskritischen Netzwerks begründet hatte[3], zeuge von großem Misstrauen seitens der Politik, sobald es zu der zivilgesellschaftlichen Funktion der politischen Deliberation komme. In modernen Gesellschaften finde der politische Willensbildungsprozess nicht (mehr) nur in den Parteien statt – eine Tatsache, die Politik und Administration jedoch nach wie vor nicht wahrhaben wollten.

Infolge der Flüchtlingskrise und der damit verbundenen Herausforderungen hat sich in Deutschland, vor allem im vergangenen Jahr, eine vielfältige Förderlandschaft, auch von staatlicher Seite, entwickelt – was von allen Teilnehmenden grundsätzlich begrüßt wurde. Als problematisch bezeichneten viele Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen die üblichen (zu) kurzen Projektlaufzeiten, die meist zwei bis drei Jahre umfassen. Es sei so gut wie unmöglich, Initiativen in diesem Zeitraum nachhaltig zu verstetigen, geschweige denn Projekte „zum Fliegen zu bringen“. Mehrere Teilnehmende plädierten dafür, dass in Förderungen immer auch ein Anteil für die Organisationsentwicklung enthalten sein solle; das „Empowerment“ von Organisationen müsse im Vordergrund stehen. Es wurde jedoch davor gewarnt, zivilgesellschaftliches Handeln ausschließlich nach Kriterien der Effektivität oder Effizienz zu beurteilen; dies berge die Gefahr, dass sich Zivilgesellschaft zum „Para-Markt“ entwickele und infolgedessen seine Daseinsberechtigung verliere.

Selbstverständlich sei, dass die Zivilgesellschaft im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen auch selbst gefordert sei – beispielsweise bei der Herstellung von Transparenz, so *Graf Strachwitz*. Die meisten Teilnehmenden waren sich trotz vieler kritischer Töne gegenüber der Politik einig, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure auch „an die eigene Nase zu fassen“ hätten. So müsse man über die „Blockade“ etablierter zivilgesellschaftlicher Organisationen gegenüber neuen, spontanen Initiativen ebenso sprechen wie über die „Unfähigkeit“ vieler klassischer Verbände, in „jungen Netzwerken mitzuspielen“ oder lokale Gruppen zu unterstützen bzw. einzubeziehen.

---

3 Vgl. Ochsenfeld, Fides: Sind politische Kampagnen gemeinnützig? In: Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen (ZStV) 5/2015, S. 198-200.

Einen fortlaufenden, partizipativen Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft, in dem beide Seiten Vorstellungen, Wünsche und Grenzen – ihren jeweiligen Handlungslogiken entsprechend – formulieren können, bezeichnete die Mehrzahl der Teilnehmenden als unabdingbar für die (Weiter-)Entwicklung einer konsistenten Engagementpolitik seitens eines wünschenswerten „ermutigenden Staates“.

Ist politische Mitgestaltung gemeinnützig?

Rupert Graf Strachwitz

In: Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrats 2/2016, S. 8.

Nachdem 2014 ATTAC seine Gemeinnützigkeit mit der Begründung verloren hatte, seine politische Arbeit sei nicht wie vorgeschrieben ein Ausfluß seiner sonstigen Tätigkeit, sondern sei zum Hauptzweck der Organisation geworden, scheint dies nun offenbar Schule zu machen. Am 10. Dezember 2015 forderte der Bundestagsabgeordnete Dr. Joachim Pfeiffer (CDU), der schon am 1. Oktober im Bundestag die Arbeit von Campact und anderen Organisationen als „Empörungsindustrie“ diffamiert hatte, in den ‚Stuttgarter Nachrichten’: „Es ist dringend geboten, die Gemeinnützigkeit von Campact zu überprüfen.“ Solche Forderungen hat es immer wieder mal gegeben; neu ist, daß sie erfolgreich sind.

Das geltende deutsche Gemeinnützigkeitsrecht wurde im wesentlichen zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelt, als die Steuersätze nach oben schnellten. Waren zuvor Spitzensteuersätze von 4% üblich, erreichte die Belastung in wenigen Jahren ganz andere Dimensionen. Grund dafür waren, kurz gesagt, der sich herausbildende Wohlfahrts- und Gewährleistungsstaat und die steigenden Militärausgaben. Darüber gab es in den Parlamenten des Reichs und der Länder viele Debatten, und notwendigerweise mußten Ausnahmen beschlossen werden. Eine davon betraf vor allem die im sozialen Bereich tätigen Organisationen, da mit Recht argumentiert wurde, diese würden um so mehr der Staatskasse zur Last fallen, je mehr man sie besteuere. Das Hauptziel der Steuerbefreiung war insoweit die Entlastung des Staates. Zugleich wirkte die jahrhundertealte Tradition, wonach die Kirchen einschließlich ihrer Wohlfahrtseinrichtungen vom Staat nicht besteuert wurden, fort.

So ist es bis heute geblieben, nicht nur in Deutschland. Fast weltweit, zumindest in den sogenannten westlichen Industriestaaten bildete sich ein weitgehender Konsens darüber heraus, welche Organisationen und Ziele nach welchen Kriterien von der Besteuerung ausgenommen werden sollten. Dazu gab es immer Besonderheiten: So wird der Sport in den angelsächsichen Ländern eher als Freizeitbeschäftigung eingestuft und nicht von Steuern befreit, während etwa in Deutschland eher die Laienmusik und das Laientheater unter dieses Verdikt fallen. Auch stellt etwa Großbritannien eher die formalen Kriterien, insbesondere das Verbot der Ausschüttung von Überschüssen an Mitglieder in den Vordergrund der Beurteilung, während in Deutschland, wo die Liste der steuerbegünstigten Zwecke viel mehr in die Einzelheiten geht als anderswo, diese und die Art der Verwirklichung im Vordergrund stehen.

Zwei Entwicklungen sind nicht zu übersehen. Zum einen wurden zunehmend Organisationen von Steuern befreit, an deren Tätigkeit der Staat ein politisches Interesse haben mußte oder zu haben glaubte. Dazu gehörten nicht nur zahlreiche Organisationen im Kulturbereich, denen eine für die Allgemeinheit wichtige Funktion zuerkannt wurde, sondern beispielsweise auch

die Sportvereine, anfangs mit dem Argument, ihre Arbeit diene der Wehrertüchtigung und vormilitärischen Ausbildung. Zum anderen sahen Politiker zunehmend die Chance, mit diesem Instrument das Wohlwollen bestimmter Interessengruppen zu erlangen. Im Lauf des 20. Jahrhunderts wurden Erweiterungen des Katalogs gemeinnütziger Zwecke immer mehr zu einem Ausdruck von Klientelpolitik. Daß beispielsweise nach Schach auch Bridge im Verein als gemeinnützig anerkannt wurde, läßt sich nur so erklären.

Vorstellungen von einer offenen Gesellschaft, in der nicht-staatliche ebenso wie staatliche Akteure an der Gestaltung der *res publica* witwirken und genau deswegen nicht besteuert werden sollten, hatten in diesem System keinen Platz. Der NS-Staat, der 1941 die Gemeinnützigkeitsverordnung erließ, die in den Grundzügen bis heute gilt, verstärkte naturgemäß den Trend zur Staatsnützigkeit. Und während nach 1945 in Ostdeutschland Gemeinnützigkeit im steuerlichen Sinn so gut wie gar nicht existierte, entwickelte sich in Westdeutschland das überkommene System weiter. Von Carl Schmitt, dem berühmt-berüchtigten, leider auch nach 1945 noch sehr einflußreichen deutschen Staatsrechtslehrer, ist die Aussage überliefert, wer Allgemeinwohl sage, wolle betrügen. Dem fiskalischen und politischen Interesse und der Klientelpolitik stand das grundsätzliche Mißtrauen gegen alles gegenüber, was nicht staatlich veranlaßt und durchgeführt oder zumindest kontrolliert war. Themenanwaltschaft als anerkannt gemeinnützige Funktion von privatrechtlichen Organisationen mußte hart erkämpft werden.

All dies ist mit einem modernen Verständnis von einer offenen demokratischen Gesellschaft unvereinbar. Schon gar nicht spiegelt sich in dem auch in sich inkonsistenten gültigen Rahmen die Entwicklung der letzten 30 Jahre wider, die gerade den nicht-staatlichen und nicht-wirtschaftlichen Akteuren im öffentlichen Raum eine wachsende Rolle in der Bewältigung der Herausforderungen unserer Gesellschaft zuweist. Selbstermächtigte und –organisierte Themenanwälte und Wächter sind heute ebenso wichtig wie Dienstleister, Selbsthilfeorganisationen, Solidarität und Gemeinschaft stiftende Vereinigungen und Orte der politischen Deliberation. Daß besonders letztere denen ein Dorn im Auge sind, die um ihre Gestaltungsmacht fürchten müssen, ist nachvollziehbar, aber demokratietheoretisch dennoch nicht akzeptabel.

Allerdings ist nicht zu verkennen, daß das System der steuerlichen Gemeinnützigkeit tatsächlich über viele Jahre in besonders schwerwiegender Weise mißbraucht wurde – von den politischen Parteien. Zwar werden diese davon eigentlich gar nicht erfaßt, sondern haben im Parteiengesetz die gesetzliche Grundlage, die auch ihre (Nicht-)Besteuerung und die steuerlichen Vorteile für Spender regelt. Die Parteien und die ihnen nahestehenden Stiftungen erhalten zudem erhebliche direkte Subventionen aus Steuermitteln. Dies alles genügte ihnen aber nicht, und so gründeten sie immer mehr Vereine, die vorgeblich als gemeinnützig anerkannte Ziele der staatsbürgerlichen Bildung erfüllen sollten, tatsächlich aber Spendensammelvereine zugunsten der Parteien darstellten. Dem einen Riegel vorzuschieben, war nach einem der vielen Skandale um Parteispenden ein Anliegen; es wurde bestimmt, daß politische Arbeit einer steuerbegünstigten Körperschaft nur insoweit erlaubt sein solle, als sie sich nebenbei aus ihrer sonstigen Tätigkeit ergäbe. Im Anwendungserlaß zur Abgabenordnung (AEAO) heißt es seitdem (Ziff. 15 zu § 52 AO): „Eine politische Tätigkeit ist danach unschädlich für die Gemeinnützigkeit, wenn eine gemeinnützige Tätigkeit nach den Verhältnissen im Einzelfall zwangsläufig mit einer politischen Zielsetzung verbunden ist und die unmittelbare Einwirkung auf die politischen Parteien und die staatliche Willensbildung gegenüber der Förderung des gemeinnützigen Zwecks weit in den Hintergrund tritt.“

Diese Einschränkung hatte jedoch zwei demokratietheoretisch höchst unerwünschte Nebeneffekte. Zum einen wurde die im Grundgesetz angelegte Ermächtigung für die Parteien, an der

politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger mitzuwirken (Art. 21,1 GG) im Umkehrschluß zu einem Anspruch, dies ausschließlich tun zu dürfen, ausgebaut. Zum anderen wurde die beginnende Öffnung der Gesellschaft über eine aktivere politische Mitgestaltung durch Vereine, Stiftungen und Verbände aller Art im Sinne der von Habermas eingeforderten deliberativen Demokratie erheblich gebremst. So konnte es geschehen, daß Attac auf eine Anfrage an das Bundesfinanzministerium im August 2015 die Antwort bekam: „Wer politisch aktiv sein möchte, der wird in der bestehenden Parteienlandschaft bzw. Wählergemeinschaft sicher fündig."

Wenn nun der Entzug der Gemeinnützigkeit zu einer Waffe in der Hand von Politikern geschmiedet wird, die damit ihnen unliebsame Stimmen zum Schweigen bringen wollen, so ist dies nicht nur ein eklatanter Mißbrauch politischer Macht. Es ist auch eine gefährliche Weichenstellung in Bezug auf die weitere Entwicklung unserer Demokratie. In einer Zeit, in der sich unsere politische Kultur für mehr Partizipation öffnen sollte, paßt eine Beschränkung politischer Mitgestaltung auf Parteien ebensowenig in die Landschaft wie eine Unterdrückung der Mitgestaltung durch andere. Nicht zuletzt, weil die Parteien und das politisch-administrative System so sind, wie sie geworden sind, erleben wir eine fortschreitende Entstaatlichung von Politik, die nicht auf dem Verwaltungswege unterdrückt werden sollte. Denn noch nie in der Geschichte hat Repression langfristige Erfolge gezeitigt, schon oft hingegen viel Leid über die Menschen gebracht.

Nicht nur die Einzelfälle, von denen es inzwischen einige gibt, sind daher zu bereinigen. Unser Gemeinnützigkeitsrecht bedarf insgesamt dringend einer Anpassung an die Wirklichkeit der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Es muß sich daran orientieren, was heute im breiten Konsens der Bürger und Bürgerinnen als allgemeines Wohl gesehen wird und darf dem Verlust ihres Vertrauens in den Staat nicht ein Mißtrauen gegen diese entgegensetzen. Denn sie sind, so sagt das Grundgesetz, die Souveräne.

Stiftungen in Ostdeutschland – Colloquium des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft

Fides Ochsenfeld

In: Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen (ZStV) 2/2016, S. 79-80.

Im Jahr 1952 verschaffte sich die Regierung der DDR durch die Anordnung einer obligatorischen Erfassung einen nahezu vollständigen Überblick über die Zahl der Stiftungen mit Sitz in der DDR – umfassender, als es einen solchen jemals zuvor in Deutschland gegeben hatte. Auch wenn seit Jahren bekannt ist, dass diese Erhebung durchgeführt wurde, blieb der Verbleib der Unterlagen lange Zeit ungewiss. Man vermutete, die Dokumente seien verschollen oder vernichtet worden. Vor einiger Zeit gelang es dem Historiker *Thomas Adam*, Professor für Transnationale Geschichte an der *University of Texas at Arlington*, der seit mehr als zwei Jahrzehnten die Geschichte des deutschen Stiftungswesens erforscht und vielfach dazu publiziert[4] hat, die Akten fast vollständig im *Bundesarchiv* aufzuspüren.

---

4 Vgl. zuletzt Adam, ZStV 2015, 214 ff.

Im Rahmen des vom *Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft* am 9. September 2015 in Berlin veranstalteten Colloquiums „Stiftungen in Ostdeutschland“ stellte *Adam* die Ergebnisse seiner Forschung einem Kreis von Fachleuten vor – darunter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, (Ministerial-)Beamtinnen und Beamte sowie Praktikerinnen und Praktiker aus dem Stiftungswesen.

Adams Vortrag, der sich nicht auf die Zeit der DDR beschränkte, sondern im Gegenteil mehrere Jahrhunderte in den Blick nahm, ermöglichte facettenreiche Einblicke in das Stiftungswesen. Beispielsweise machte er auf die große Ungleichheit bei der regionalen Verteilung der Stiftungen aufmerksam – meist ausgeprägt in Relation zu den industriellen Zentren. Der heute weit verbreiteten Annahme, dass Stiften ein (rein) großstädtisches Phänomen sei, muss bei Betrachtung der Forschungsergebnisse – trotz der Vorreiterrolle Leipzigs – entschieden entgegegen getreten werden, so *Adam*. Auch wies er darauf hin, dass rund 55 Prozent der erfassten Stiftungen im „langen 19. Jahrhundert“ gegründet wurden. Die Rolle der erstaunlich vielen Stifterinnen wurde ebenso hervorgehoben wie die von Stiftern und Stifterinnen aus dem Bürgertum, das im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu wirtschaftlicher Stärke gelangte und die „traditionellen“ Stifter und Stifterinnen aus dem Adel „verdrängte“.

Im Hinblick auf den Umgang der DDR-Regierung mit den Stiftungen in ihrem Einflussbereich vertrat *Adam* die zentrale These, dass dieser als derart „chaotisch“, „willkürlich“ und „uneinheitlich“ zu identifizieren ist, dass man davon ausgehen muss, dass Stiftungen nicht als Teil der Zivillgesellschaft, geschweige denn als politische Gefahr wahrgenommen wurden. Wäre dies der Fall gewesen, hätte man von staatlicher Seite deutlich mehr Anstrengungen unternommen, um Stiftungen unschädlich zu machen. Zwar hat es durchaus – über den gesamten Zeitraum des Bestehens der DDR – staatliche Eingriffe in das Stiftungswesen bis hin zu Aufhebungen gegeben (beispielhaft skizzierte *Adam* den Fall der Potsdamer *Wilhelm von Türk'sche Stiftung* im Jahr 1951). Diese erfolgten *Adam* zufolge jedoch nicht systematisch. Selbst nach der Erfassung aller Stiftungen war nicht klar, was geschehen sollte. Es gab keine generell verbindliche Richtlinie, wie dies etwa in Bezug auf die Verdrängung von privaten Unternehmen der Fall war. In den überlieferten Dokumenten sind widersprüchliche Meinungsäußerungen zu identifizieren. Im Mai 1954 bestanden hochrangige *SED*-Funktionäre darauf, dass nicht grundsätzlich alle Stiftungen aufzulösen seien. Dies sollte nur bei „nicht lebensfähigen“ Stiftungen geschehen.

Adam betonte, dass man trotz staatlicher Repression durchaus von einer „Kontinuität des Stiftens“ und einem „Überdauern stifterischer Tradition“ in der DDR sprechen kann. Beispielsweise hat es allein in den Jahren von 1946 bis 1953 44 Neugründungen gegeben. Mitte der 1970er Jahre zeichnete sich gar eine Welle von Neugründungen ab. Intellektuelle wie *Jürgen Kuczynski* und *Inge von Wangenheim*, keinesfalls „politische Außenseiter“, wurden zu Stiftern. Offenbar wurde das „Bürgerideal des Stiftens“ von anti-bürgerlichen Kräften übernommen; der „Druck der kulturellen Tradition“ war größer als politische und ideologische Bedenken, so *Adam*.

Bemerkenswert im Zusammenhang mit den erfolgten (oder drohenden) Aufhebungen von Stiftungen ist, dass in der Regel nicht die Stifter bzw. Stifterfamilien selbst, sondern vielmehr Lokalpolitiker und/oder Nutznießer der Stiftungsleistungen Protest übten. Besonders aufschlussreich ist eine Petition vom 3. Januar 1955, mit der die Heimbewohner der *Magdeburger Hospitäler und Klöster* ihrem Unverständis gegenüber einer möglichen Auflösung mit folgender – durchaus geschickter – Argumentation Ausdruck verliehen: „Wir

können uns nicht denken, dass ein Ministerium unseres Arbeiter- und Bauernstaates, in dessen Mittelpunkt besonders auch die Fürsorge für die Alten steht, eine Einrichtung wie unsere selbständigen Stiftungen beseitigen will […].“ Die Stiftungen seien „altes nationales Kulturerbe, welche sich heute noch ohne jeglichen staatlichen Zuschuss völlig selbst erhalten“ und welche „dem Staat in seiner Sorge um die Menschen zusätzlich behilflich sind“.

Der Auffassung, dass Stiftungen den Staat entlasten können, sollten dessen finanzielle Mittel nicht ausreichend sein, näherte sich – wohlgemerkt einige Jahrzehnte später – auch der Jurist (und Offizier des *MfS*) *Detlef Hammer* in seiner Dissertation „Studie zur Regelung der Stiftung in der DDR“ (1988) an. Diese beinhaltet einen – stark am Bayerischen Stiftungsgesetz von 1974 orientierten – Gesetzentwurf, der *Adam* zufolge veranschaulicht, als was Stiftungen von DDR-Regierung und regierungsnahen Kreisen vordergründig wahrgenommen wurden, nämlich als wirtschaftliche bzw. finanzielle Ressource (und eben nicht als Teil der Zivilgesellschaft oder politische Gefahr). So heißt es hier unter anderem: „Gesamtgesellschaftliche Stiftungen: Stiftungszweck dient der Befriedigung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse, ihr Vermögen ist Teil des sozialistischen Eigentums.“ Zum Abschluss des Colloquiums stellte *Adam* die Frage nach der grundlegenden Bedeutung dieses Gesetzentwurfs. Symbolisiert er eine Änderung der offiziellen Politik? Nimmt er gar das Ende der DDR vorweg? – Spannende Fragen, die bezeugen, dass die Forschung zu Stiftungen in Ostdeutschland noch lange nicht erschöpft ist.

Der Staatsbürger: Eine Fiktion – Kollektivität im 21. Jahrhundert

Rupert Graf Strachwitz

In: Immacolata Amodeo/Christiane Liermann/Fulvio Longato/Hans Vorländer (Hrsg.): Migration – Demokratie – Menschenrechte / Migrazione – democrazia – diritti umani. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2016, S. 77-84.

In der gegenwärtigen Diskussion um die Zukunft unserer Demokratie scheint die Figur des Staatsbürgers eine wesentliche Rolle zu spielen. Nach ihm wird gerufen, wenn es darum geht, den Staat bei der Finanzierung oder allgemeiner bei der Erfüllung der Aufgaben zu unterstützen, die dieser sich zugemessen hat. Die Staatsbürgerschaft wird beschworen, um Menschen auf Grund ihrer Herkunft, ihres Mangels an Sprachkenntnissen oder ihrer kulturellen Unterschiede zur Mehrheit der Nachbarn auszugrenzen. Sie erscheint als mythische Figur, an die appelliert wird, um Loyalität einzufordern und unbequeme Fragen zu vermeiden. Wer diese dennoch stellt, gerät schnell in den Verdacht, ein „vaterlandsloser Geselle“, ein schlechter Staatsbürger zu sein.

Was Staatsbürger wirklich bedeutet, weiß niemand so recht. Allenfalls in der Konkretisierung des „Staatsbürgers in Uniform“ wird er greifbar. Impliziert wird in der Regel, daß der Bürger – natürlich auch die Bürgerin – die volle Verwirklichung so recht erst dadurch erlangt, daß es einen Staat gibt, dem er als Staatsbürger dienen kann – ein Konzept, das in dieser Schärfe erstmals in Hegels Rechtsphilosophie beschrieben wird, das aber auch schon im *Citoyen* der französischen Revolution angelegt ist, dort so exklusiv, daß jede Art von anderen Kollektivierungen ausgeschlossen werden sollte. Intermediäre wie Vereinigungen oder auch Kirchen würden sich in dieses Urverhältnis zwischen dem Bürger und seinem Staat zu Unrecht hineindrängen. Dies gelte es zu verhindern. Hegel akzentuiert freilich anders. Intermediäre sind für

ihn Teil der bürgerlichen Gesellschaft, die zu akzeptieren, ja unter bestimmten Voraussetzungen zu begrüßen sind. Aber über diese wölbt sich der Staat; erst dort findet der Bürger seine Erfüllung.

Die allgemeine Staatstheorie des 19. und 20. Jahrhunderts hat, zumindest in Kontinentaleuropa, auf diesem Grundsatz aufgebaut. Carl Schmitt wurde in Deutschland zu ihrem wirkmächtigsten Apologeten. Selbst in den USA, wo eine staatsfreie Zivilgesellschaft zum Gründungsmythos gehört hatte, konnte John F. Kennedy mit dem Satz Furore machen: "*Ask not what your country can do for you! Ask what you can do for your country!*" Eine erstaunliche Umkehrung des Verhältnisses zwischen Subjekt und Objekt der Gesellschaft, amerikanisch ausgedrückt zwischen *Principal* und *Agent*! Aus dem Auftragnehmer Staat, an den souveräne Bürger die Aufgaben delegieren, von denen sie glauben, daß sie kollektiv besser gelöst werden können, wird der fordernde Staat, der den Bürgern Loyalität und alles mögliche andere abfordern kann, das der Bürger ihm zu leisten, ja sogar anzubieten hat. Als dieser Satz 1961 in der Vereidigungsrede des neuen Präsidenten fiel, fand ihn niemand anstößig; im Gegenteil, er wurde als Leitsatz der Entwicklung der demokratischen Gesellschaft bejubelt und immer wieder zitiert. Heute gehört er in das Zitatenrepertoire der Bewahrer einer Ordnung, die freilich längst nicht mehr zu bewahren ist.

Schon vor 100 Jahren war nämlich evident, daß die Konzentration der Kollektivität auf einen einzigen Fokus, den Staat, eine Chimäre war – und zwar in jeder denkbaren Hinsicht. In Deutschland war ja nicht einmal die Frage zu beantworten, welcher Staat denn gemeint war, so sehr sich auch der preußische darum bemühte, Preußen im Reich aufgehen zu lassen und eine einheitliche Reichs-Staatlichkeit herzustellen. Außerhalb Preußens sah man dies anders. „Die deutschen Fürsten sind nicht Vasallen, sondern Verbündete des Deutschen Kaisers!", schleuderte ein erzürnter Prinz Ludwig von Bayern 1896 in Moskau den Preußen entgegen, als er, zur Krönung des neuen Zaren angereist, beim Deutschen Reichsverein als „Gefolge" des Vertreters des Kaisers begrüßt wurde. Ungeachtet des Drucks, der sich aus der Tatsache ergab, daß das Königreich Preußen 2/3 des Reichsgebiets umfaßte, waren die Bundesfürsten, so die offizielle Bezeichnung, darauf bedacht, ihre Eigenstaatlichkeit zu wahren. In welchem Staat sollten also die Bürger aufgehen? 1913 wurde ein Staatsangehörigkeitsgesetz für das ganze Reich erlassen, das versuchte, mit diesem Problem umzugehen. Ein einheitlicher Untertanen-Status sollte geschaffen werden, gegen die unterschiedlichen Traditionen und Verfassungswirklichkeiten, die im übrigen bis heute fortgelten. Zu Recht wird dagegen auch heute darauf hingewiesen, daß es in Deutschland keine Bundesländer, sondern Länder gibt: sie konstituieren den Bund, nicht umgekehrt; sie sind die primären Träger der Staatlichkeit.

Eine der Traditionen war die jahrhundertealte Selbständigkeit der Kommunen. Drei davon, Hamburg, Bremen und Lübeck, waren selbst Bundesfürsten, hatten also hanseatische kommunale Staatlichkeit in den modernen Verfassungsstaat und in das Reich herübergerettet. Aber auch andere Städte wie Frankfurt am Main (seit 1848 preußisch) waren stolz auf ihre eigene Verfaßtheit. Um 1910 gründeten, allen Schwierigkeiten trotzend, Frankfurter Bürger eine eigene Universität, ausdrücklich gegen die preußische Ministerialbürokratie, die beispielsweise jüdischen Wissenschaftlern die Berufung auf Lehrstühle verwehren wollte. Daß einige der Stifter, darunter der wichtigste, Wilhelm Merton, jüdische Stadtbürger waren, verweist auf Kollektivitäten und Loyalitäten besonderer Art, die sich hier gebildet hatten. Die Stadt war für viele hautnäher „der Staat" oder „die Obrigkeit", gerade weil sie sich in vielfacher Hinsicht als Bollwerk gegen ein Überhandnehmen landesherrlicher Allmacht empfand – bis durch eine ganz neu konzipierte Kommunalordnung 1935 (!) der Selbständigkeit der Städte ein Ende bereitet wurde, von dem sie sich bis heute nicht hat erholen können.

Daß zu den drei realen Ebenen der Staatlichkeit in Deutschland (Gemeinden – Länder – Bund) über die letzten 50 Jahre eine transnationale vierte hinzugewachsen ist, ist zwar ein historisches Projekt, das uns aus einer ganzen Fülle von Gründen zu Begeisterung und nicht zu Skepsis hinreißen sollte. Dabei ist nicht zu verkennen, daß die sich zunehmend verdichtende europäische Staatlichkeit deren Komplexität verstärkt und die Beantwortung der Frage, welcher Staat denn nun „*our country*“ sei, in welchem wir unsere Erfüllung zu finden hätten, noch schwieriger erscheinen läßt. Europäer zu werden soll ja gerade nicht mit einer monopolistischen europäischen Kollektivität einhergehen.

Anders gewendet, schärft diese Komplexität aber unser Bewußtsein dafür, daß das Konstrukt des Staatsbürgers im Grunde eine Fiktion ist. Wenn das 19. Jahrhundert einerseits unter dem Druck tatsächlicher und angeblicher Sachzwänge und durchaus auch mit großer öffentlicher Zustimmung von zahlreichen Versuchen gekennzeichnet war, das einheitliche nationale Zugehörigkeitsgefühl herzustellen und rechtlich und emotional zu unterfüttern, so regte sich doch dagegen andererseits immer Widerstand. Ein Beispiel war der nach der Reichsgründung von 1871 in Deutschland mit großer Erbitterung ausgetragene Kulturkampf. Katholischen Eliten und vielen Bürgern, die ihnen folgten, leuchtete nun einmal nicht ein, daß der vorgeblich religiös neutrale, tatsächlich aber protestantisch bestimmte preußische Staat eine Definitionshoheit über alle Wertmaßstäbe der Bürger beanspruchte und diese über die staatliche Schulpolitik glaubte, durchsetzen zu können. Andererseits mußte es dem ein einheitliches Nationalbewußtsein verfolgenden von Preußen dominierten Reich ein Dorn im Auge sein, daß ein nicht geringer Teil der Bürger seine Wertorientierung von außerhalb des Reichs bezog. Der Konflikt war grundsätzlicher Art, seine Lösung ein schwieriger Kompromiß. Daß der durchaus um Befriedung bemühte Kaiser Wilhelm II. sich zutiefst als *summus episcopus* seiner (mehrheitlich evangelischen) Untertanen empfand und nur mit Mühe davon abgehalten werden konnte, dies durch das Anlegen von Bischofsornat zu zeigen, beweist, wie stark er und mit ihm die politische Elite Berlins von dieser Monopolisierung der Kollektivität der Bürger durchdrungen waren.

Auch der 1. Weltkrieg läßt sich zu einem gewissen Grade als geradezu verzweifelter Versuch interpretieren, dieser Fiktion einen Realitätsinhalt zu verleihen, nachdem der Krieg von 1870/71 dies nicht hinreichend vermocht hatte und durch die politisch für notwendig erachtete, aber übereilte Ausrufung der Kaisers außerhalb des Reichsgebiets und durch zahlreiche Zugeständnisse an die Bundesfürsten als Einheitssymbol stets defizitär blieb. Der „Sedan-Tag“, Tag des ersten Sieges über die Franzosen im September 1870, blieb bis 1918 als Nationalfeiertag wichtiger als der der Reichsgründung. 1914 schien die Gelegenheit gekommen, das deutsche Volk durch einen gemeinsamen Kriegszug zusammenzuführen. Andere Kriegsziele hatte nämlich das Deutsche Reich kaum. Das Vorgetragene erschien konstruiert. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“ Das war, in den Worten des Kaisers, das eigentliche Ziel des Waffengangs. „In Stahlgewittern“ sollte das Volk zusammengeschweißt werden. Im Blick waren dabei nicht zuletzt die Arbeiter, deren Loyalität angeblich oder tatsächlich ihrer „Klasse“ galt und nach dem Willen der Parteien, die sie wählten, noch viel ausdrücklicher gelten sollte. „Vaterlandslose Gesellen“ waren angeblich besonders sie, hingen einer „Internationale“ an. Nun sollten sie zu treuen Staatsbürgern geformt werden.

Die Verbrüderung von feindlichen Frontsoldaten an Weihnachten 1914, die alsbald von der militärischen Führung unterbunden wurden, ist ein frühes Indiz dafür, daß diese Formung nicht widerstandslos erfolgte. Und für alle Kriegsparteien blieb das 1918 erreichte Ergebnis hinter solchen Erwartungen weit zurück. Viele Länder, nicht nur Deutschland, waren innerlich stärker gespalten als zuvor. Daß die Republik 1918 in Berlin zweifach und in vielen Landeshauptstäd-

ten gesondert ausgerufen wurde, taugt dafür als Symbol. Ein Kollektivitätsmonopol der Staaten erschien noch unwahrscheinlicher als zuvor. Die Versuche vor allem Frankreichs, es durch entsprechendes Gebaren bei und nach den Friedensverhandlungen doch noch wenigstens für sich auf Kosten der Verlierer sicherzustellen, erwiesen sich ebenso als Fehlschlag wie die vielen Ideen der Nationenbildung an den grünen Tischen der Pariser Vororte, an denen die Verträge ausgehandelt wurden. Sie boten vielmehr die Folien, auf denen faschistische und nationalsozialistische Volkstribunen oder kommunistische Oligarchien noch einmal versuchen konnten, eine monopolistische Kollektivität durchzusetzen. Gegen die „Schmach von Versailles“ trat Adolf Hitler an. „Das Einzelindividuum wird ersetzt durch die Gemeinschaft des Volkes“, formulierte Joseph Goebbels. Und bezeichnenderweise wurde der traditionell von den Arbeitern besonders begangene Tag, der 1. Mai, 1933 der neue Nationalfeiertag, nicht etwa der Tag, an dem Hitler „die Macht ergriffen hatte“. Von diesem Kampf um totale Kollektivität war das 20. Jahrhundert beherrscht. Doch Hitler und die anderen Diktatoren scheiterten allesamt oder wurden doch, zuletzt in Spanien 1975 und in Mittel- und Osteuropa 1989-1991, von der Geschichte überrollt. Historisch hatte sich ein solches Konzept als unfähig erwiesen, die tatsächlichen Herausforderungen, denen sich der Bürger des späten 20. Jahrhunderts zu stellen hatte, zu meistern und eine politische Ordnung zu begründen, mit der sich die Bürger identifizieren konnten. „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ wurde zum Leitsatz einer neuen Zeit. Jubelnde Anhänger waren und sind insoweit kein Beweis für eine langfristige Akzeptanz; und militärische Niederlagen und Siege keine alleinige Erklärungen für historische Entwicklungen.

In (West-)Deutschland und anderswo verharrte die Gesellschaft dennoch erstaunlicherweise nach 1945 ein halbes Jahrhundert lang in einer Verdrängung dieser Versuche und zugleich in der Hoffnung vieler, die monopolistische Kollektivität in der Nation könne sich doch noch als zutreffend erweisen. Die Bundeskanzlerin auf der Tribüne gaukelt sich bis heute vor, das Mitfeieren und Mitleiden vieler Bürger mit der Fußball-Nationalmannschaft sei Ausdruck einer kollektiven Loyalität zu dem von ihr regierten Land. Beschwört sie durch ihre Präsenz dieses Monopol, von dem sie ebenso gut wie die Eliten insgesamt im Grunde genau weiß, daß es eine Fiktion ist? Glauben diese tatsächlich, Kollektivität und Loyalität ließen sich gewissermaßen auf dem Verwaltungswege verordnen? Der Eindruck drängt sich auf, wenn man sich der Gestaltung der Vereinigung Deutschlands 1989/90 erinnert: die katastrophal defizitäre Symbolik des Vereinigungsaktes am 3. Oktober 1990; das arrogante Gebaren der neuen Herren bei den eben noch Brüder und Schwestern genannten neuen Bürgern der Bundesrepublik; und vor allem der Verzicht auf deren Zustimmung zum Grundgesetz und zur Vereinigung selbst, vor lauter Angst, es könnte eine falsche Mehrheit herauskommen!

Der Staat des beginnenden 21. Jahrhunderts redet dennoch so unverdrossen vom Staatsbürger, weil er diesen ködern will, sei es für Loyalität, Ruhe („…ist die erste Bürgerpflicht!“), widerspruchslose Hinnahme staatlicher Anordnungen oder sogar Engagement für diesen Staat. Staatsbürger im Sinne von Subjekt meint er offenkundig nicht, sondern Objekte seines Handelns, Untertanen, kollektiv die „Bevölkerung“, die er glaubt, immer mehr überwachen, reglementieren und unterdrücken zu müssen. Da geht es nicht nur um respektlosen Umgangston, undurchschaubare Regelwerke und neuerdings halbherzige Top-Down-Beteiligungsmodelle nach dem System „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!“. Es geht nicht einmal nur um Korruption und Kompetenzverfall. Es geht um die planmäßige aber gedankenlose Zerstörung des Gemeinschaftsgefühls der Bürger. Hehlerware kaufen, um Steuern einzutreiben? Mit hoheitlicher Gewalt Daten erheben und diese dann meistbietend verkaufen? Die Besteuerung unabhängiger Organisationen der Entscheidung des Verfassungsschutzes, also der Behörde

aussetzen, die gerade demonstriert, wie willkürlich sie urteilt? Alles offenbar kein Problem mehr in diesem Staat! Insofern ist nicht nur der Staatsbürger eine Fiktion. Eine Kollektivität in der Nation wird heute unbeschadet des europäischen Projekts selbst dann und aus guten Gründen in Frage gestellt, wenn sie den Anspruch der Einzigartigkeit gar nicht mehr stellt. In unserer Gesellschaft droht sogar die vielbeschworene „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ (zur Verschleierung der tatsächlichen Bedeutung im politischen Jargon zur technisch-regulativ klingenden FDGO abgekürzt) zur Chimäre zu werden. Schon wird, wenn auch noch leise, vom postdemokratischen Zeitalter gesprochen. Gebannt blicken unsere Eliten nach China und fragen sich, ob dort nicht eine neue Ordnung entsteht, die leichtes Regieren und allgemeinen Wohlstand ermöglicht und die tatsächlichen oder vermeintlichen Schwächen der repräsentativen Demokratie elegant überwindet. Um Menschen- und Bürgerrechte braucht man sich dann nicht mehr zu kümmern, Respekt vor dem Bürger als dem Subjekt jeder Kollektivität kann dann endgültig entfallen.

Es ist schon ein Witz! Gäbe es nicht das gerade nicht dem Willen der Mehrheit, gemeinhin als Demokratie bezeichnet, sondern der Herrschaft des Rechts verpflichtete Bundesverfassungsgericht, unsere Volksvertretung hätte sich längst von der Kontrolle der Regierung gänzlich verabschiedet. Daß sie in Sachen Europa, dem wichtigsten ordnungspolitischen Projekt unserer Zeit, noch mitzureden hat, verdankt sie nicht eigener Kraft, sondern dem Urteil des Gerichts. Und selbst, wenn man es nicht so dramatisch sehen will: Eine Ordnung gleichzeitig auf den Grundsätzen aufzubauen, die Wirtschaft müsse global agieren, Deutschland müsse sich in Europa positionieren, ein wie auch immer definiertes deutsches Unternehmen müsse aber in Deutschland Steuern zahlen und jeder müsse in dem Land, in dem er mehr oder weniger zufällig lebt, in allererster Linie Staatsbürger sein – das kann nicht funktionieren. Das erzeugt nicht Loyalität, sondern Konfusion. Von Zuwanderern zu verlangen, sie sollten sich gefälligst in erster Linie als Deutsche empfinden, ist insofern je nachdem, wie man es sehen will, zynisch oder dumm, jedenfalls nicht erfolgversprechend. Und der Respekt vor dem Bürger bleibt auf der Strecke. Wenn es denn je einen Anspruch des Staates gegeben hat, vom Bürger auch nur ein bevorzugtes Kollektivitätsempfinden einzufordern, hat er diesen Anspruch heute verwirkt. Durch noch so perfekte Kontrollsysteme läßt er sich wiederherstellen. Dem Bürger bleibt schon deswegen gar nichts anderes übrig, als selbst zu entscheiden, wie er sich und in welche Kollektivität er sich einfügt. Staatsbürger zu sein, kann nur eine Option unter vielen sein. Und niemandem kann der Respekt versagt bleiben, nur weil er kein Staatsbürger sein will.

Die Weltgesellschaft, in der wir heute leben, läßt jedes Kollektivitätsmonopol im 21. Jahrhundert als überholt, ja geradezu als absurd erscheinen. Jeder mischt sich heute schon im staatlichen Bereich seinen eigenen Loyalitätsmix. Ist der eine vor allem Münchner, so mag sich der nächste vor allem als Bayer, der dritte als Deutscher, Europäer oder Weltbürger sehen. Zu verlangen ist lediglich Respekt vor jedem, der eine andere Priorität setzt, und selbst dieses Verlangen kann nur auf einem Bewußtwerdungsprozeß, nicht auf Zwang und Kontrollen aufgesetzt werden. Kollektivität ist aber auch nicht auf die staatliche reduzierbar. Parallele Kollektivitäten sind heute noch wichtiger als in der Vergangenheit, nicht nur, weil die staatliche desavouiert ist, sondern auch weil traditionelle Milieus sich weitgehend aufgelöst haben. Kollektivität wird heute keineswegs abgelehnt, aber eben nicht ererbt oder vorgegeben, sondern bewußt und freiwillig gesucht. Daß gemeinsames Handeln mehr bringt als das Handeln gegen alle, daß auch der *homo oeconomicus* eine Chimäre ist, die durch den *homo civilis* oder *homo philanthropicus* zu ersetzen ist, ist längst keine exotische Meinung einzelner Idealisten mehr, sondern Gegenstand zahlreicher interessanter politischer und soziologischer Analysen. Die Individualisierung der Gesellschaft hat gerade nicht dazu geführt, daß es nur noch Ich-linge

gibt, sondern im Gegenteil: Der Mensch des 21. Jahrhunderts denkt und handelt mit Empathie wie selten zuvor, sucht nach Kollektiven, denen er sich anschließen kann – nur eben nicht primär nach Staat oder Nation – oder gestaltet selbst neue Kollektive mit.

Daß religiöse Überzeugungen Kollektivitäten erzeugen, hat zwar eine lange Tradition. Manche religiöse Gemeinden pflegen aber bis heute eine ab- und ausgrenzende Gemeinsamkeit; die Gottessuche der Gläubigen tritt hinter dem Konformitätsdruck bis in die Einzelheiten des Alltagslebens Gleichgesinnter zurück. Angesichts der Ausdifferenzierung sind Versuche, eine solche Konformität aufrecht zu halten, zwar verständlich; doch sind sie Produkte der Angst. Schon die vielen Verdrängungen und Ausblendungen, die notwendig sind, um diese Konformität zu konstruieren, lassen sie als langfristig nicht erfolgreiche Fiktion erscheinen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß solche Kollektive nicht nur dort mit schwindender Attraktivität zu kämpfen haben, wo die Grundüberzeugungen nicht geteilt werden. Auch wer Gott intensiv sucht, tut dies heute oft außerhalb solcher Kollektive. Dagegen wäre eine auf Grundüberzeugungen aufbauende und vom Respekt vor Andersdenkenden getragene Kollektivität eine wertvolle Orientierung. Den ihnen abverlangten Respekt können die Mitglieder eines solchen Kollektivs gewiß auch für sich einfordern. Je stärker der Druck von außen, desto mehr entwickeln Menschen muslimischen Glaubens oder auch nur muslimischer Kulturtradition eine Kollektivität, die ihnen traditionell eigentlich abgeht. Das umstrittene Tragen eines Kopftuchs ist insofern weder Ausdruck eines kämpferischen Islamismus, noch kann es nur als Zeichen verinnerlichter Glaubensvorschriften akzeptiert werden; es ist sichtbares Zeichen einer Kollektivität – und als solches zu respektieren.

Die Welt der Märkte verwendet mit teils mehr, teils weniger Erfolg viel Energie und Ressourcen darauf, ihren Mitarbeitern vor allem eine Konzern-Kollektivität zu vermitteln. Zu Coca-Cola, Siemens, Daimler oder IBM zu gehören, soll viel wichtiger und bindender sein, als welchen Reisepaß man mehr oder weniger zufällig in der Tasche hat. Das Gruppenbewußtsein soll vom Arbeitsplatz, nicht von Sprache, Kultur oder gar Geburtsort bestimmt werden. Ähnliches gilt mehr oder weniger stringent für Menschen, die irgend etwas gemeinsam haben: Frauen, Jugendliche, Künstler, Bergsteiger usw. Im Deutschen findet dies im habituellen ‚Du' seinen hörbaren Ausdruck. Solche Kollektivitäten mögen fragil oder volatil sein. Im Augenblick bestehen sie. Nüchtern betrachtet, fühlt sich heute der junge Mensch der Weltgesellschaft seiner Altersgruppe meist mehr verbunden als seiner Nation. Das rabiate Verhalten derer, die sich hiergegen sträuben, beweist dies eklatant. Würde der internationale Wettbewerbssport den Nationalismus nicht so sehr pflegen – und würden die nationalen politisch-administrativen Systeme dies aus Eigeninteresse nicht so intensiv unterstützen – könnte sich diese gesunde Entwicklung ruhiger und ungestörter vollziehen. Viel interessanter für all die, die Kollektive suchen, sind die Vereine des Breitensports so wie die zahllosen anderen, auf Freiwilligkeit aufbauenden Organisationen der Zivilgesellschaft. Weltweit operierende NGO und örtliche Geselligkeitsvereine, traditionelle Wohlfahrtsverbände und neue soziale Bewegungen, aktuelle Bürgerinitiativen und 200 Jahre alte Kunstvereine: sie alle tragen entscheidend dazu bei, daß der Bürger Gemeinschaft erlebt und gestaltet. Gemeinschaft als *Bottom-Up*-Modell, Beteiligung durch Selbstermächtigung und Selbstorganisation, freiwillig und darauf gerichtet, was der einzelne Bürger als wichtig empfindet; das hält über alle politischen Grenzen hinweg die Gesellschaft zusammen. In diesen Bindungen erlebt der Bürger mehr Kollektivität als im diffusen, entfremdeten Staatsverband. Bildung und Selbstbewußtsein tragen dazu bei. Wer glaubt, dies sei nur eine Modeerscheinung, die bald wieder vergeht, der irrt.

Am Ende des 18. Jahrhunderts, als der moderne Verfassungsstaat in das Bewußtsein der Menschen trat, entstand das Volkslied „Die Gedanken sind frei". Diese Freiheit der Gedanken

auszuleben, fällt den Menschen heute leichter als damals – und sie tun es. Die modernen Kommunikationstechnologien haben den Wächtern über die öffentliche Meinung, seien diese nun Politiker, Geheimdienste, Intellektuelle, Medien, Prediger oder wer auch immer, viel von ihrer Macht genommen. Daß sich damit auch Orientierung und die Sammlung von Argumenten für die eigene Positionsbestimmung komplexer gestalten, liegt auf der Hand. Daß eine solche je besondere Positionsbestimmung eine Gelingensbedingung dafür ist, daß der Bürger Subjekt bleibt, ist ebenso evident. In der Fülle der Angebote auszuwählen, für sich zu entscheiden, was richtig ist, stellt zweifellos eine Herausforderung dar, der niemand mehr entrinnen kann. Wenn wir wider bessere Einsicht an der Fiktion des treuen Staatsbürgers festhalten, bleibt der Bürger Objekt und trägt nichts bei. Und wenn wir zulassen, daß wir vom Weg zum Bürger als Subjekt abkommen, den wir die letzten 250 Jahre unter vielen Mühen und Schmerzen und mit manchen Rückschlägen gegangen, aber auf dem wir noch nicht angekommen sind, brauchen wir uns über Freiheit gar nicht mehr zu unterhalten.

In dieser Situation können plurale ideelle und praktische Kollektivitäten jedweder Art durch dialogische Kommunikation wesentliches leisten. Sie verdienen schon deswegen unseren hohen Respekt. Wird ihnen dieser versagt, bricht die Gesellschaft auseinander oder resigniert oder revoltiert. Nirgendwo steht geschrieben, daß es nicht auch in Europa, in Deutschland einen Tahrir-Platz geben kann. Paris und London sahen dazu schon die Vorboten. Wenn wir nur auf Kontrolle, Einschüchterung und Reglementierung bauen, werden Bewegungen zur Gefahr. Wenn wir sie aufgreifen, wird unsere Gesellschaft ein lebendiger Organismus, der sich ohne Angst den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen kann.

Bücher zur Zukunft Europas: Auf der Matte

Es gibt viele Bücher mit vielen Vorschlägen zur Zukunft der EU – aber keiner rückt die Zivilgesellschaft in den Vordergrund. Eine Sammelrezension.

Rupert Graf Strachwitz

In: Der Tagesspiegel, 1. September 2016, S. 25.

Mehr als die Finanzkrise und andere Erschütterungen des europäischen Einigungsprojekts fordert Brexit zum Nachdenken über Europa auf. Nicht nur den Folgen des Austritts widmen sich Autoren und Autorinnen in Kommentaren und Studien unter wirtschaftlichen, geostrategischen und kulturellen Gesichtspunkten. Das ganze Projekt steht auf dem Prüfstand. Mehr als früher melden sich Intellektuelle und politische Denker zu Wort.

Wir müssen disruptiv denken

Vielleicht muss Europa noch mal ganz neu und anders gedacht werden! Das „singuläre Novum“ nennt es Dieter Grimm in einer Aufsatzsammlung mit dem Titel „Europa ja – aber welches?“ Diese beschäftigt sich mit der im Grunde einfachen Frage: Wie geht es weiter? Die Antwort ist sehr viel weniger einfach; es erstaunt daher nicht, dass sehr unterschiedliche Überlegungen vorgetragen werden. Dies, so sei ausdrücklich angemerkt, ist notwendig. Wir haben viel zu lange unsere Pläne „alternativlos“ nur für das Konzept EU als Inbegriff von Europa gemacht und stehen nun vor einem Scherbenhaufen. Da ist jede gut argumentierte Idee es wert, ohne Vorbehalt erörtert zu werden. Ob am Schluss ein neuer Königsweg herauskommt, wann dies sein wird und wie dieser aussehen könnte, wissen wir alle noch nicht. Aber, erstens:

Wir haben dafür nicht alle Zeit der Welt. Zweitens: Wir müssen es schaffen. Und drittens: Wenn wir es schaffen wollen, müssen wir disruptiv und nicht pfadabhängig denken und handeln. Vor dieser Folie seien fünf 2016 in Deutschland vorgelegte Publikationen etwas genauer in den Blick genommen.

Die Titel sind Programm. Sie machen die Position der Autoren und Autorinnen deutlich. Während Claus Offe und Brendan Simms/Benjamin Zeeb Europa „in der Falle“ bzw. „am Abgrund“ sehen und Dieter Grimm in der Frageposition verharrt, legen Evelyn Roll mit „Wir sind Europa!“ und Ulrike Guérot mit „Warum Europa eine Republik werden muss!“ Streitschriften vor. Es mag unfair erscheinen, ausgewiesene Wissenschaftler anhand der meist von den Verlagen bestimmten Titel mit Aktivistinnen zu vergleichen. Alle Autoren folgen freilich ihrer Titelansage; im Übrigen hat Jürgen Habermas schon 2011 sehr streitbar „Zur Verfassung Europas“ Stellung bezogen.

Dieter Grimm, prominenter Staatsrechtslehrer, rückt manches gerade, was in der öffentlichen, auch politischen Debatte schief dargestellt wird und erinnert in sorgfältiger Analyse an die tatsächliche gegenwärtige Rechtslage der EU. Das ist wichtig, denn nur so können wir beurteilen, ob es überhaupt Sinn ergibt, „den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas, in der die Entscheidungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip möglichst bürgernah getroffen werden, weiterzuführen“, wie es in der Präambel zum Vertrag von Lissabon heißt.

Der irische, in Cambridge lehrende Historiker Brendan Simms und der Deutsche Benjamin Zeeb verwerfen in ihrem Buch die „gradualistische Täuschung“, Europa könne sich Schritt für Schritt weiterentwickeln. Sie begründen dies durch eine längere historische Herleitung, was ihres Fachs ist; allerdings klingt sie eher kursorisch und hinter der Zeit. Flüchtigkeitsfehler vermitteln den Eindruck eines schnell zusammengebauten Manuskripts. Deutschland spielt für sie eine zentrale Rolle, mehr, als sich gerade viele Deutsche das wünschen. Ihr angelsächsisch bestimmtes Konzept bleibt konventionellen Staatsideen verhaftet. Dass sie dabei auch das hohe Lied des Vereinigten Königreichs singen, ist angesichts von dessen Identitätsproblemen originell.

Der Sozialwissenschaftler Claus Offe argumentiert anders. Er hat Änderungen der Vertrags- und Verfassungsstruktur Europas nicht im Blick. Eine deutsche Führungsrolle verwirft er ausdrücklich. Für ihn gibt es „kein Zurück zum Ausgangspunkt“. Vielmehr mahnt er eine Politikänderung an. Europa darf für ihn nicht den Interessen einzelner Gruppen von Staaten und Märkten dienen, sondern muss allen Bürgerinnen und Bürgern soziale Anspruche gewähren.

Ihr Modell der Vereinigten Staaten von Europa orientiert sich am System der USA

Ulrike Guérot, obwohl ebenfalls Politikwissenschaftlerin, argumentiert dagegen im Grunde kulturwissenschaftlich, ja geradezu ästhetisch. Ihr Ritt durch die politische Ideengeschichte Europas ist, gelinde gesagt, tollkühn, ihr Einsammeln von Argumenten, wo immer sie sie findet, widersprüchlich und nicht selten fehlerbehaftet. Aber wo es ihr um die politische Neuordnung Europas geht, bricht nur sie aus dem Pfad aus und entwickelt, wenngleich französisch gefärbt, Robert Menasses Konzept von einem regional strukturierten Europa weiter.

Evelyn Roll, Politikwissenschaftlerin und Journalistin, geht wieder anders an das Thema heran. Obwohl nicht theoriegeleitet, widerlegt sie an einer Stelle sehr prägnant den Hegel’schen Heilsmythos vom Fortschreiten der Geschichte. Wir müssen, so macht sie deutlich, von vorn beginnen. Sie teilt aus und will aufrütteln. „Auf die Straße“ heißt ein Kapitel. Die Europäische

Union ist, sagt sie, wie ein kurzer Blick auf eine pazifikzentrierte Weltkarte immer wieder klarmacht, unsere einzige Zukunftschance.

Es verwundert nicht, dass sehr unterschiedliche Lösungsansätze angeboten werden. Plädiert Grimm für eine parlamentarisierte EU, die für ihn auch eine demokratischere wäre, und für europäisch verfasste Parteien, ruft Offe vor allem nach einer europäischen Politik der sozialen Sicherheit, einem europäischen Umverteilungssystem, das für mehr Gerechtigkeit sorgt. Auch ihm schwebt eine supranationale Demokratie vor, die die heutige EU weiterentwickelt. Dem widersprechen Simms und Zeeg mit ihrem Modell der Vereinigten Staaten von Europa, das sich theoretisch am System der USA orientiert.

Ulrike Guérot propagiert im Gegensatz dazu eine radikale Lösung: eine europäische, in Provinzen eingeteilte Republik. Vom supranationalen zum transnationalen Europa führt ihr Weg. Alle europäischen Bürgerinnen und Bürger partizipieren in gleicher Weise an europäischen Institutionen ebenso wie an Sozialleistungen, Steuerpflichten usw. Sie ist realistisch genug, dies als Utopie zu bezeichnen. Denken darf man dies, im Sinne von Heinrich Heines Macht der Theorie allemal.

Das „singuläre Novum“

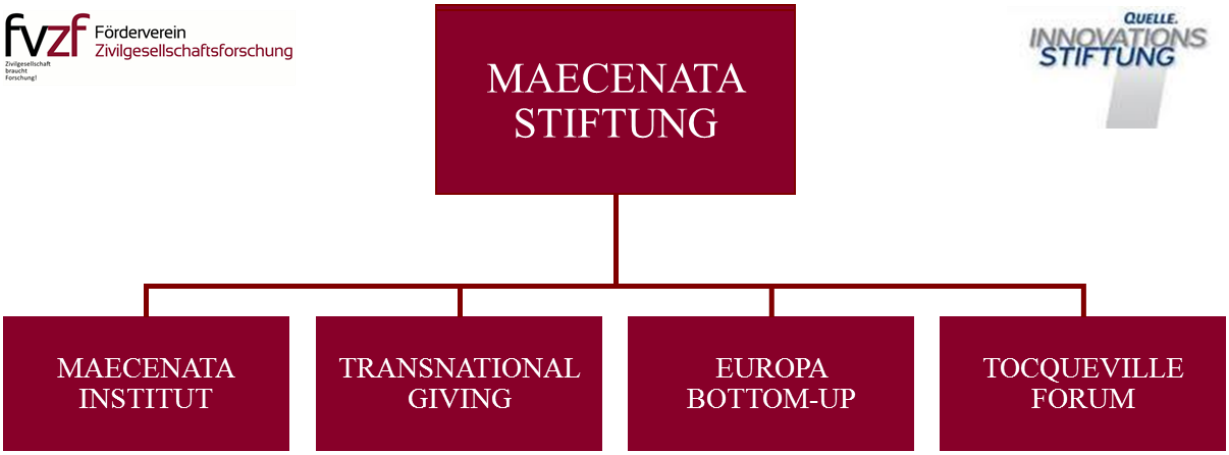
Ein zentraler Blickwinkel kommt in diesen Publikationen zu kurz: die Entstaatlichung von Politik. Es geht stets um staatliche Mechanismen, sei es Regierung, Parlament oder Gericht, sei es Europa, Mitgliedsstaat oder Region. Dass das Dilemma, in dem wir uns befinden, die Stunde der Zivilgesellschaft sein könnte, dass Europa von denen, die es wollen, in Staat, Markt und Zivilgesellschaft aufgebaut werden könnte, kommt keinem der Autoren so recht in den Sinn. Dies ist bei Grimm verständlich, denn sein Erörterungsgegenstand ist ein anderer. Offe dagegen hat sich vielfach intensiv mit Zivilgesellschaft auseinandergesetzt. Warum also nicht auch hier? Simms und Zeeb sprechen zwar von Zivilgesellschaft, unterstellen ihr aber, sie könne sich erst dann europäisieren, wenn sich europäische Strukturen entwickelt haben – eine nach allen Erfahrungen der letzten 30 Jahre in Mittel- und Osteuropa und anderswo eklatante Fehleinschätzung. Ulrike Guérot würdigt zwar relativ ausführlich eine ganze Fülle von zivilgesellschaftlichen Initiativen, versäumt es aber, sie ins Kalkül zu ziehen. Selbst Evelyn Roll, die gegen den Nationalismus zu Felde zieht und vom „Wir“ spricht, nennt Zivilgesellschaft ein „komisches Soziologenwort“, spätestens seit den Erfahrungen mit den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Lotsen für geflüchtete Menschen in unsere Gesellschaft eine seltsame Verkürzung. Allerdings plädiert sie, wenngleich in einem sehr allgemeinen Sinn, für einen Druck der proeuropäischen Bürger, die „den Leuten auf der Kommandobrücke sagen müssen: Gebt Europa nicht auf! Wir wollen das nicht!“.

Eine Staatenunion bildet sich, so Simms und Zeeg, „nicht auf evolutionärem Weg, sondern durch einen großen Knall“. Es kann also sein, dass Europa irgendwann durch Druck von außen zusammengeschmiedet wird. Besser wäre aber, wenn wir das „singuläre Novum“ auch singulär und neu zuwege brächten – mit den Instrumenten einer offenen Gesellschaft im 21. Jahrhundert.

II. Maecenata Stiftung

Die Maecenata Stiftung ist eine öffentliche Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in München. Sie ist vom Finanzamt München wegen Förderung gemeinnütziger Zwecke als steuerbegünstigt anerkannt. Sie wurde 2010 errichtet und vereint seit 2011 alle Maecenata-Aktivitäten unter ihrem Dach.

Organisation und Programme



Stiftungstätigkeit

Neuaufstellungsprozess

Die Maecenata Stiftung versteht sich als pro-aktive Stiftung. Sie bezieht alle Aktivitäten aufeinander und nimmt bewusst eine Scharnierfunktion zwischen Wissenschaft, öffentlicher Debatte und praktischer zivilgesellschaftlicher Arbeit wahr. Eine Markierung als normative Aktionsforschung wird sie dabei nicht scheuen. Sie will an Kernthemen der gesellschaftlichen Entwicklung Europas mitarbeiten, die Debatte um den Stellenwert der Zivilgesellschaft beeinflussen und an intersektoralen Debatten teilhaben. Um diese Ziele zu erreichen, ist die Stiftung in einer Reihe von Netzwerken aktiv. Unter anderem beteiligt sie sich aktiv an der Arbeit des European Foundation Centre (EFC), des Netzwerks Transnational Giving Europe (TGE), der britischen Organisation Philanthropy Impact, des deutschen Stiftungsnetzwerks Engagierte Europäer, des Bündnisses für Gemeinnützigkeit, des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), der Humboldt-Viadrina Governance Platform (HVGP) und der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ). Hinzu kam im Berichtsjahr eine Partnerschaft mit dem Centre for the Study of Philanthropy and the Public Good der Universität St. Andrews, Schottland. Dr. Rupert Graf Strachwitz wurde im Berichtsjahr zum Associate des Zentrums bestellt (www.philanthropy.scot).

Der Netzwerkgedanke liegt auch der Einrichtung des Tocqueville Forums zugrunde, die im 1. Quartal 2016 beschlossen und im weiteren Verlauf des Jahres Zug um Zug verwirklicht wurde (siehe S. 81).

Nachdem im Sommer durch den Umzug in die Rungestraße 17, Berlin-Mitte, alle Tätigkeiten der Stiftung unter einem Dach vereinigt werden konnten, ging es zum Jahresende darum, durch gezielte Einladungen alte Netzwerke wieder aufleben zu lassen und neue zu begründen.

Vorläufig abgeschlossen wurde der Neuaufstellungsprozess durch die Erarbeitung von Leitsätzen für die Stiftungsarbeit, die der Stiftungsrat am 23. November verabschiedete:

Leitsätze für die Stiftungsarbeit

Die Maecenata Stiftung heute

Wir verstehen uns als unabhängiger Think Tank für Zivilgesellschaft.

Keimzelle der Stiftung ist das 1997 gegründete Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, das seinerseits aus der 1989 gegründeten, seit 2011 nicht mehr bestehenden Maecenata Management GmbH hervorgegangen ist. Das Maecenata Institut mit Sitz in Berlin, ursprünglich eine gemeinnützige GmbH, ist heute Teil der 2010 gegründeten Maecenata Stiftung, einer gemeinnützigen öffentlichen Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in München.

Das Ursprungskonzept hat sich im Kern nicht verändert: Es ging immer darum, die heute als Zivilgesellschaft bezeichnete Arena unserer Gesellschaft durch Grundlagenarbeit und konkrete Hilfestellungen zu stärken. Die Idee, dies als social entrepreneur zu versuchen, wurde lange nicht verstanden; das Ziel, auch Philanthropie zum Gegenstand der konkreten Umsetzung zu machen, erweckte Mißtrauen; wissenschaftliche Grundlagenarbeit außerhalb einer Hochschule zu betreiben, stieß auf Unverständnis. Dies machte die Aufbauarbeit des Instituts nicht leichter. Dennoch konnte sie in den ersten Jahren erfolgreich geleistet werden, was jungen engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, einzelnen ideellen und finanziellen Förderern und einer plötzlich aufkeimenden politischen Relevanz der Thematik zu verdanken war. 2005/2006 trat eine Krise ein; zum einen kamen andere, effizienzorientierte Ansätze in Mode; zum anderen wurde die kritische Begleitung mancherorts als gefährlich eingestuft. Heute, 10 Jahre später, kann festgestellt werden, daß sich das Maecenata Institut trotzdem Respekt verschafft hat. Es erfährt Förderung, führt eigenständig und oft in Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen größere und kleinere Forschungsprojekte durch, kann eine lange Publikationsliste aufweisen und engagiert sich in der Nachwuchsförderung. Heute in die Arbeit der Maecenata Stiftung eingebettet, werden Thema, Ansatz und Kombination aus Grundlagenarbeit, Unterstützung und pro-aktiver Aktion zunehmend verstanden. Weitere Programme sind daher im Lauf der Jahre hinzugetreten. Zur Zeit werden alle Ziele der Stiftung synergetisch und konzentriert in einem kleinen, leistungsfähigen Zentrum in Berlin verfolgt. Die 2016 zurückerworbene Maecenata Bibliothek, die größte Fachbibliothek zu den von der Stiftung bearbeiteten Themen im deutschsprachigen Raum, ist öffentlich zugänglich. 2016 war für uns ein Jahr der Neuaufstellung.

Das Thema Zivilgesellschaft liegt heute mehr denn je auf der Straße. Wir sind bereit und in der Lage, es aufzuheben und zu bearbeiten. Wir halten insoweit die Aussage, die Welt befinde sich in einem grundlegenden disruptiven Neuordnungsprozeß, und das Wort von der Entstaatlichung der Politik für richtig. Die Durchdringung aller gesellschaftlichen Prozesse und

persönlichen Entwicklungen mit Kategorien des Marktes, insbesondere dem permanenten Wettbewerb und Gewinnstreben, betrachten wir kritisch. Wir halten Europa nach wie vor für das Projekt der Zukunft und die Herausbildung einer starken Zivilgesellschaft für unabdingbar.

Die Maecenata Stiftung in der Zukunft

Unsere Vision

Wir wollen eine offene, freiheitliche und pluralistische Gesellschaft.

- Wir wollen eine partizipative Bürgergesellschaft, in der Staat und Markt (*agents*) den Bürgerinnen und Bürgern als Herrinnen und Herren (*principals*) zu Diensten sind.
- Wir bekennen uns zu einer säkularen Weltgesellschaft, die der religiösen Rückbindung des Menschen Raum gibt und Respekt zollt.
- Wir wollen ein postnationales Europa, das von seinen Bürgerinnen und Bürgern aufgebaut wird.
- Wir wollen über die Gestaltung von Demokratie neu nachdenken.
- Wir sind vom Wert einer starken deliberativen Demokratie überzeugt.
- Wir wollen eine Welt, in der Zivilgesellschaft, Staat und Markt ihre je besonderen Aufgaben wahrnehmen.
- Wir wollen, daß Zivilgesellschaft wegen ihres gesellschaftlichen Mehrwerts, nicht wegen kostengünstiger Dienstleistungen geschätzt wird.

Unser Konzept von Zivilgesellschaft

Wir verfolgen vor allem einen demokratietheoretischen Ansatz.

- Wir verstehen Zivilgesellschaft als lebendige Arena pro-aktiven Handelns in der und für die Gesellschaft.
- Wir sehen Zivilgesellschaft als Arena der Selbstermächtigung und Selbstorganisation mit von den anderen Arenen unterscheidbarer gemeinsamer Handlungslogik trotz großer Unterschiede zwischen einzelnen Akteuren.
- Wir sehen Zivilgesellschaft als primäre Arena freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements mit hohem Stellenwert in der Gesellschaft.
- Wir sehen Zivilgesellschaft als Sammelbegriff für Organisationen (vor allem Vereine und Stiftungen) und nicht-organisierte Kollektive, die weder primär wirtschaftliche noch staatlich-hoheitliche Ziele verfolgen.
- Wir konzentrieren uns auf einen organisationsbezogenen und funktionalen Ansatz und nehmen in den Blick:
    - Gemeinschaftsbildungsaufgaben,
    - politische Mitgestaltungsaufgaben,
    - Wächteraufgaben,

- Themenanwaltschaftsaufgaben,
- Dienstleistungsaufgaben,
- Selbsthilfeaufgaben,
- Mittleraufgaben.

- Wir bekennen uns zu den Werten einer guten Zivilgesellschaft, lehnen aber eine Einengung der Begrifflichkeit auf normativ positiv bewertete Akteure ab.
- Wir wollen, daß zivilgesellschaftliches Handeln nicht an Effekten (*impact*) gemessen, sondern nach seiner Relevanz bewertet wird.

Unsere Leitsätze

Wir verstehen uns als Teil der Zivilgesellschaft und als Unterstützungsagentur für diese.

- Wir binden unsere Arbeit zurück an die in der Satzung des Europarates vom 5. Mai 1949 und zahlreichen anderen europäischen Dokumenten genannten Prinzipien der Menschen- und Bürgerrechte, der Demokratie, der Herrschaft des Rechts und der gemeinsamen kulturellen Werte.
- Wir arbeiten mit an der Umsetzung der am 1. Januar 2016 in Kraft getretenen *Social Development Goals* der von der UN entwickelten Agenda 2030*,* insbesondere der Ziele 16 und 17, aber halten einen Ausbau der Rolle der Zivilgesellschaft für notwendig.
- Wir bekennen uns zu der *Civic Charter*, dem von namhaften zivilgesellschaftlichen Organisationen im Oktober 2016 vorgestellten globalen Rahmen der Bürgerbeteiligung.
- Wir würdigen den Wert des Handelns Einzelner und akzeptieren insoweit die Herausbildung von verantwortungsbewußten Engagementeliten.
- Wir orientieren uns an zentralen Begriffen wie
  - der Mensch als Bürger,
  - Respekt,
  - Vertrauen,
  - Inklusion,
  - Legitimität durch Engagement,
  - Interkulturalität,
  - Postnationalität,
  - gesellschaftlicher Wandel,
  - Projekt Europa.
- Wir sehen organisierte Philanthropie als integralen Teil der Zivilgesellschaft.

- Wir halten eine verantwortliche und transparente Zivilgesellschaft für notwendig.
- Wir leisten Beiträge auf den Feldern, auf denen wir das können:
  - durch Erarbeitung von Grundlagen,
  - durch kritische Begleitung,
  - durch Mitgestaltung der *res publica*,
  - durch Stärkung der Zivilgesellschaft,
  - durch Beiträge zur Überwindung selbstreferentieller Systeme,
  - durch Dialog mit allen, die dazu bereit sind,
- Wir orientieren uns in unserer Forschung an anerkannten Maßstäben der Wissenschaftlichkeit, scheuen aber nicht den Begriff der Aktionsforschung.
- Wir verstehen uns als unabhängige, nicht interessengebundene Politikberater.

Unsere Arbeit

Wir engagieren uns für eine moderne, liberale und weltoffene Zivilgesellschaftspolitik.

- Wir wollen interdisziplinär denken, forschen und handeln.
- Wir engagieren uns für einen inter- und transkulturellen Austausch.
- Wir unterstützen die Zivilgesellschaft weltweit durch konkrete Leistungen.
- Wir werben für den Gedanken einer starken Zivilgesellschaft in Europa.
- Wir bringen den Aspekt der Zivilgesellschaft in größere Debatten ein.
- Wir erarbeiten Grundlagen zivilgesellschaftlichen Handelns.
- Wir vermitteln Informationen und Wissen über die Zivilgesellschaft.
- Wir sehen sowohl Methoden der empirischen Sozialforschung als auch geisteswissenschaftliche Zugänge als zielführend an.
- Wir erstellen und veröffentlichen wissenschaftliche Studien, Diskussions- und Hintergrundpapiere.
- Wir führen Projekte und Veranstaltungen durch und bieten eine Plattform für Diskurse.
- Wir fördern den wissenschaftlichen Nachwuchs.
- Wir bieten Fortbildung für Experten an.
- Wir stehen für Experten-Gespräche bereit.

Unsere Möglichkeiten und Grenzen

Wir haben viele Ideen und viel Potenzial.

- Wir haben eine relativ lange Erfahrung.
- Wir blicken konsequent nach vorn.
- Wir haben ein gutes internationales Netzwerk.
- Wir versammeln kreative Köpfe um uns.
- Wir haben viel mehr Ideen, als wir umsetzen können.
- Wir suchen Partner, denn wir sind auf ideelle und finanzielle Förderung angewiesen.

Unsere Programme (Stand Oktober 2016)

Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft (seit 1997):

Außeruniversitäre Forschungseinrichtung;

Transnational Giving (seit 2000):

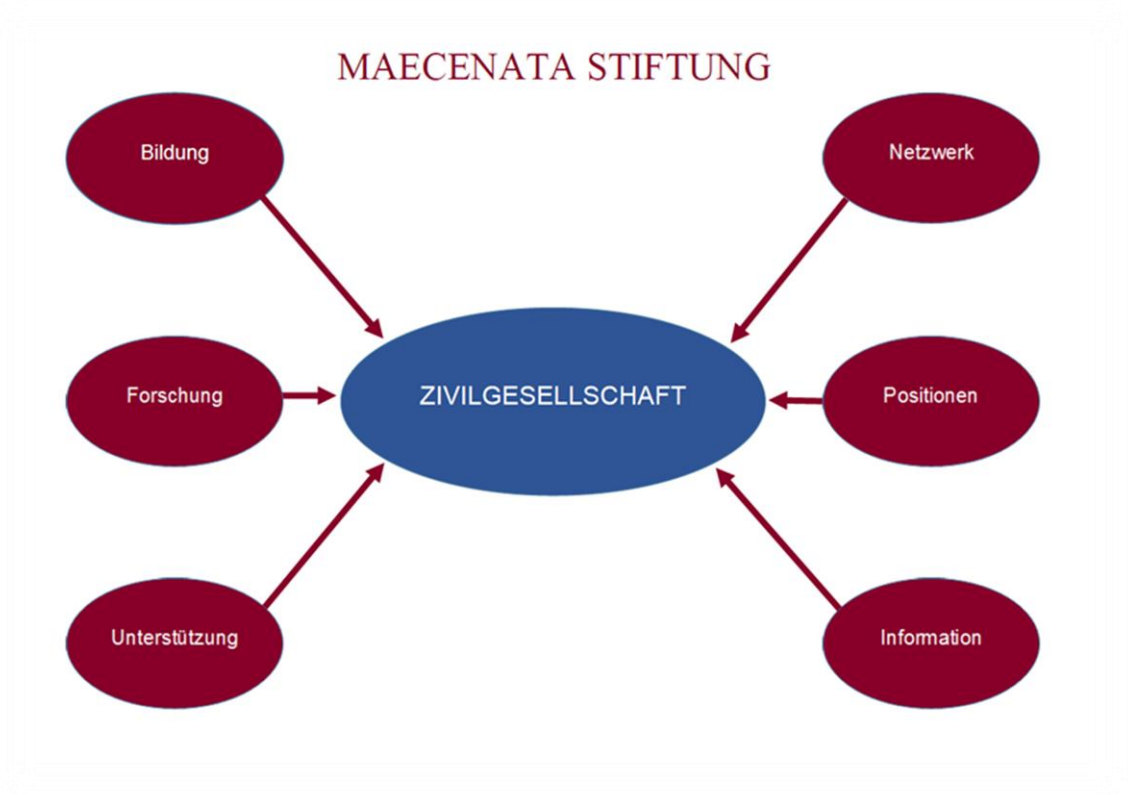
Unterstützung transnationaler Philanthropie;

Europa Bottom-Up (seit 2012):

Zivilgesellschaftliches Aktionsprogramm für Europa;

Tocqueville Forum (seit 2016):

Forschungsunterstützung, Verschränkung und Netzwerkbildung.



Mitarbeit in der Humboldt-Viadrina Governance Platform

Die mit der Maecenata Stiftung verbundene Quelle Innovationsstiftung (siehe S. 87) ist Gesellschafterin der 2014 gegründeten Humboldt-Viadrina Governance Platform gGmbH (HVGP). Dieses *Mission Investment* wurde getätigt, um der Maecenata Stiftung eine aktive und mitgestaltende Mitarbeit zu ermöglichen. Die HVGP (Präsidentin: Prof. Dr. Gesine Schwan; Vorsitzender der Gesellschafterversammlung: Peter Heller, Vorstand der Canopus Stiftung, Freiburg) verfolgt das Ziel, durch sogenannte Trialoge Diskurse zwischen Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu führen und damit politische Agenden zu befördern. Dies entspricht einem der wesentlichen Ziele, die im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der Maecenata Stiftung 2014 formuliert wurden. Im Berichtsjahr kooperierten die Stiftung und die HVGP im Rahmen des Programms Europa Bottom-Up. Der Leiter des Governance Center Middle East | North Africa der HVGP, Prof. Dr. Udo Steinbach, übernahm den wissenschaftlichen Vorsitz der Konferenz ‚Europa und das Mittelmeer' im April 2017 auf Kreta. Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungen hierfür getroffen.

www.governance-platform.org

Mitgliedschaft im European Foundation Centre

Die Maecenata Stiftung ist Mitglied des European Foundation Centre (EFC), einer internationalen Vereinigung von Stiftungen und sozial engagierten Unternehmen, die sich auf europäischer Ebene für den Stiftungsgedanken und die Förderung der Philanthropie einsetzen. Weitere Ziele und Aktivitäten sind die Aufbereitung und Dokumentation der Stiftungs- und Spendenlandschaft, die Stärkung der Infrastruktur im Dritten Sektor, die Förderung von Kooperationen und die Förderung des Gemeinwohls in und außerhalb Europas. Dr. Rupert Graf Strachwitz nahm an der Jahresversammlung des EFC vom 26. – 28. Mai in Amsterdam teil.

www.efc.be

Mitgliedschaft im Netzwerk Die Engagierten Europäer

Die Stiftung ist Mitglied im Netzwerk Die Engagierten Europäer (EE), dem insgesamt elf deutsche Stiftungen angehören, die sich für das Projekt Europa engagieren. Neben Maecenata sind dies: Allianz Kulturstiftung, Bertelsmann Stiftung, BMW Stiftung Herbert Quandt, Gemeinnützige Hertie Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Schwarzkopf Stiftung Junges Europa, Stiftung Genshagen, Stiftung Mercator, Stiftung Zukunft Berlin und Volkswagen Stiftung. 2016 traf sich die Gruppe vier Mal zu Arbeitsbesprechungen. Drei der Treffen fanden im Rahmen des strategischen Dialoges privater Stiftungen mit dem Auswärtigen Amt statt. Im Berichtsjahr war die Initiative zudem für die Europa-Lilie für bürgerschaftliches Engagement der Europa-Union Deutschland e.V. nominiert.

www.schwarzkopf-stiftung.de/die-engagierten-europaeer

Mitgliedschaft im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement besteht – über die Mitgliedschaft hinaus – traditionell ein enges und vertrauensvolles Arbeitsverhältnis. Auch im Berichtsjahr beteiligten sich Mitarbeitende des Maecenata Instituts intensiv an der Arbeit der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaftsforschung und der Arbeitsgruppe Internationales und Europa. Mehrfach veröffentlichten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Beiträge im BBE-Newsletter bzw. in den BBE Europa-Nachrichten. Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE, war auch im Berichtsjahr wieder einer der Moderatoren des Maecenata Forschungscollegiums.

www.b-b-e.de

Mitgliedschaft in der International Society for Third-Sector Research

Durch das Maecenata Institut ist die Stiftung mit der International Society for Third Sector Research (ISTR) verbunden. Für den Internationalen Kongress 2016 in Stockholm wurde Dr. Rupert Graf Strachwitz zu einem der Konferenzvorsitzenden (*Conference Chair*) berufen. Gemeinsam mit Sarah Albrecht nahm er an dem Kongress teil. Dort wurde unter anderem das Forschungsprojekt des Instituts ‚Religious Communities and Civil Society in Europe' im Rahmen eines Roundtable vorgestellt. Außerdem moderierte Graf Strachwitz eine Diskussion im Plenum zum Thema ‚What the Field Wants to Know from the Researchers'. Wie schon zwei Jahre zuvor in Münster trafen sich anwesende Fellows, Collegiaten und Mitarbeitende des Instituts zu einem informellen Mittagessen. Schließlich war Graf Strachwitz im Auftrag von ISTR Gastgeber eines Mittagessens für den Abteilungsleiter Grundsatzfragen der OECD, Dr. Rolf Alter, der die Konferenz einen Tag lang besuchte.

www.istr.org

Mitgliedschaft im Bündnis für Gemeinnützigkeit

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit ist ein Zusammenschluss von großen Dachverbänden und unabhängigen Organisationen des Dritten Sektors sowie von Experten und Wissenschaftlern. Ziel ist es, Identität, Gewicht, Außenwirksamkeit und kooperative Aktionsfähigkeit des Dritten Sektors gegenüber Politik und Verwaltung zu stärken. Mit ihrem Institut ist die Maecenata Stiftung von Beginn an Mitglied des Beirats. Im Berichtsjahr fanden eine zweitägige Klausurtagung sowie zwei weitere Sitzungen statt.

www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org

Bundesverband Deutscher Stiftungen

Das Verhältnis der Maecenata Stiftung und ihrer Vorgängerorganisationen zum Bundesverband Deutscher Stiftungen war seit 1991 schwierig gewesen. Dies hat sich im Berichtsjahr grundlegend geändert. Im Rahmen eines Besuchs, den der neue Generalsekretär des Verbandes, Felix Oldenburg, am 11. August dem Vorstand der Stiftung abstattete, wurde vereinbart, künftig wo immer möglich vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Erster Schritt war das Angebot des Verbandes, dort nicht mehr benötigte Bestände in die Maecenata Bibliothek zu überführen.

www.stiftungen.org

Initiative Transparente Zivilgesellschaft

Die Maecenata Stiftung gehörte 2011 zu den Initiatoren der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ) und wirkt in ihrem Trägerkreis mit. Im Berichtsjahr wurde die Struktur der ITZ neu bestimmt. Die rechtliche Verantwortung und Geschäftsführung liegt nunmehr bei Transparency International Deutschland e.V.. Die Mitglieder des Trägerkreises, neben der Maecenata Stiftung der Bundesverband Deutscher Stiftungen, das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), der Deutsche Fundraisingverband, der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Spendenrat, Transparency International Deutschland und der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO), bilden einen mit festgelegten Befugnissen ausgestatteten Projektbeirat. Dieser sorgt für die Verbreitung der Initiative, kontrolliert stichprobenartig deren Einhaltung und zeichnet sich für ihre inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung verantwortlich. Die Maecenata Stiftung gehört auch seit vielen Jahren zu den Unterzeichnern der Initiative.

www.transparency.de/Initiative-Transparente-Zivilg.1612.0.html

Global NPO Coalition on FATF

Seit 2015 wirkt die Stiftung in einer informellen internationalen Arbeitsgruppe mit, die sich mit den für zivilgesellschaftliche Organisationen einschlägigen Empfehlungen der Financial Action Task Force (FATF) beschäftigt. Die Empfehlungen von FATF, einer intergouvernementalen Organisation, betreffen insbesondere den Kampf gegen Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorismus und sind in über 180 Staaten der Welt als verbindlich anerkannt. Auf europäischer Ebene sind insbesondere das European Foundation Centre und das niederländische Human Security Collective federführend, in Deutschland vor allem Brot für die Welt. Im Berichtsjahr ging es vor allem um den Ersuch, eine Änderung der Empfehlung Nr. 8 zu erreichen, die implizit allen zivilgesellschaftlichen Organisationen eine besondere Anfälligkeit für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung unterstellte. Die Arbeitsgruppe war erfolgreich tätig. Im Juli 2016 wurde eine deutlich verbesserte Empfehlung Nr. 8 veröffentlicht.

www.fatfplatform.org

Kulturpolitik

Die Stiftung engagiert sich über die in ihr tätigen Personen in der Kulturpolitik. Hierzu zählen unter anderem die Moderation der Arbeitsgruppentreffen der Spitzenorganisationen der Denkmalpflege und die Mitarbeit in zwei Fachausschüssen des Deutschen Kulturrats. Im Berichtsjahr tagte der Fachausschuss Europa/Internationales zwei Mal; der Steuerausschuss tagte 2016 nicht.

www.kulturrat.de

Öffentlichkeitsarbeit

Eines der maßgeblichen Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung ist ihre Website, die im Berichtsjahr komplett überarbeitet und neu gelauncht wurde. Sie gliedert sich in die Unterseiten zur Maecenata Stiftung, zum Maecenata Institut, zum Programm Transnational Giving, zum Programm Europa Bottom-Up und zum Tocqueville Forum. Neben dem Versand von Pressemitteilungen über die stiftungseigenen E-Mail-Verteiler werden hier alle stiftungsrelevanten Meldungen veröffentlicht.

Die Stiftung hält für Kontakte mit allgemeinen und Fachmedien drei Verteiler vor:

- einen allgemeinen Presseverteiler
- einen Verteiler der deutschen Fachmedien und einzelner Medienvertreterinnen und -vertreter
- einen Verteiler englischsprachiger Fachmedien

Insgesamt veröffentlichte die Stiftung im Berichtsjahr zehn Presseinformationen und stellte 1.163 Beiträge (inkl. Hinweise auf „Externes“) online. Besondere Aufmerksamkeit erlangten – neben den „Dauerbrennern“ Datenbanken – eine Broschüre zum Programm Transnational Giving (6.139 Aufrufe), das Observatorium zum Thema ‚Beiträge der Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in Österreich‘ (3.433 Aufrufe), der Hinweis auf eine Studie zu Stiftungen und Immobilien (3.237 Aufrufe) und ein Artikel zu Kirchen und Zivilgesellschaft (3.210 Aufrufe).

www.maecenata.eu

HANDELNDE PERSONEN

Stiftungsrat

- **Christian Petry**: seit Errichtung 2011
- **Stefanie Wahl**: seit 2012
- **Victoria Weber**: seit Errichtung 2011

Vorstand

- **Dr. Rupert Graf Strachwitz**: seit Errichtung 2011
- **Dr. Felix Weber**: seit August 2014

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- **Christian Schreier, M.A.**: seit 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 2015 Geschäftsführer
- **Fides Sachs (geb. Ochsenfeld), M.A.**: seit Februar 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin
- **Sarah Albrecht, M.A.**: seit Oktober 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin
- **Bernhard Matzak, M.A., Wiss. Dok.**: seit Oktober 2016 wieder Leiter der Maecenata Bibliothek
- **Markus Edlefsen, B.A.**: 2011-2012 und seit Juni 2014 wissenschaftliche Hilfskraft
- **Darina Döbler, B.A.**: seit Februar 2015 (bis Juli 2016) studentische Hilfskraft
- **Jasmin Aksan**: seit Februar 2015 studentische Hilfskraft
- **Sophia Heinz**: seit Oktober 2016 studentische Hilfskraft

Assoziierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und ehrenamtliche Mitarbeiter am Maecenata Institut

- **Dr. sc. Eckhard Priller**: wissenschaftlicher Co-Direktor des Maecenata Instituts, seit 2014
- **Dr. Rudolf Speth**: Forschungsschwerpunkt ‚Migration, Geflüchtete und Zivilgesellschaft', seit 2015
- **Dr. Henning v. Vieregge**: Projekt ‚Ehrenamt in der Kirche' (P112-38), seit 2013
- **Dr. Mareike Alscher**: Programm Tocqueville Forum, seit 2016

Fellows des Maecenata Instituts

- **Prof. Dr. Thomas Adam**: University of Texas at Arlington; seit 2012
- **Prof. Dr. Frank Adloff**: Universität Hamburg; seit 2012
- **Dr. Elke Bojarra-Becker**: Deutsches Institut für Urbanistik; seit 2012
- **Dr. Marwa El-Daly**: American University of Cairo; seit 2012
- **Thomas Ebermann, Dipl. Kfm.**: Gutes Stiften GmbH, 2004-2006 Mitarbeiter; seit 2012
- **Prof. Dr. Eva Maria Hinterhuber**: Hochschule Rhein-Waal, 2002-2010 Mitarbeiterin; seit 2010
- **Dr. Philipp Hoelscher**: Phineo gemeinnützige AG, 2004-2006 Mitarbeiter; seit 2006
- **PD Dr. Ansgar Klein**: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement; seit 2011
- **Bernhard Matzak, M.A.**: 2002-2007 Mitarbeiter; seit 2007
- **Sabine Reimer, Dipl.-Soz.**: Stiftung der Deutschen Wirtschaft, 2003-2006 Mitarbeiterin
- **Susanne Rindt, M.A.**: Arbeiterwohlfahrt, 1999-2006 Mitarbeiterin; seit 2006
- **Dr. Rainer Sprengel**: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, 1998-2006 Mitarbeiter, 2003-2006 stellv. Direktor; seit 2006
- **Prof. Dr. Stefan Toepler**: George Mason University; seit 1997

Finanzbericht

Übersicht der Einnahmen und Ausgaben 2016

Einnahmen 2016	
Projektgebundene Spenden (TG)	7.697.836,69 €
Projektgebundene Zuwendungen	211.123,19 €
Erlöse Geschäftsbetrieb	11.794,44 €
Einnahmen Seminare	6.450,00 €
Erträge Wertpapiere	2.031,25 €
Summe Einnahmen	**7.929.235,57 €**
Ausgaben 2016	
Förderungen im In- und Ausland (TG)	7.473.844,05 €
Personalkosten	148.264,41 €
Projektkosten/Honorare	84.000,81 €
Objektkosten	30.232,23 €
Spendenverwaltung TG	26.456,81 €
Beratungs- und Prüfungskosten	15.105,40 €
Kontoführung	13.601,46 €
Reisekosten	7.026,25 €
Beiträge/Versicherungen	8.910,25 €
Fortbildung/Fachliteratur	9.701,54 €
Verwaltung allg.	8.048,38 €
Sonstige Ausgaben	6.197,52 €
Summe Ausgaben	**7.831.389,11 €**

Gesamtübersicht der laufenden Projekte

Projektnr.	Titel
111/02	Forschungscollegium
111/03	Maecenata Stiftungsdatenbank
111/22	Maecenata Notizen
111/60	Handbuch Zivilgesellschaft (BPB)
111/61	Zivilgesellschaft Mittelmeer
111/71	Kooperation Stiftungsdatenbank (Die Stiftung)
111/73	Lebenssinn und Erbe
112/11	Diasporaphilanthropie
112/29	Ad-hoc-Gruppe Engagementforschung BBE – seit 2014 AG 10 Zivilgesellschaftsforschung
112/38	Bürgerschaftliches Engagement in Kirchen
113/14	Europa Bottom-Up

113/22	Mitgliedschaft European Foundation Centre (EFC)
114/11	Mediendienst Zivilgesellschaft
114/30	BMBF Ideenwettbewerb
114/39	Mapping European Civil Society 2015
114/40	Religion und Zivilgesellschaft 2015
115/02	Transnational Giving
115/09	TGE – Philanthropy in Europe
115/14	OECD Philanthropic Sector Study
115/22	Workshop InnoZ Governance
115/24	Workshop Unternehmen & Stiftungen
115/26	ISTR 2016
115/27	Studie Asset Allocation DIE STIFTUNG
115/35	Civicus Mitgliedschaft
115/36	Usbekistan
115/38	Europa und das Mittelmeer 2016
115/40	Berliner Stiftungswoche 2016
116/01	Intensivseminare
116/02	Öffentlichkeitsarbeit
116/03	Jahresbericht 2015
116/04	Colloquium Engagementpolitik
116/05	De Gruyter
116/06	Breslau 2016
116/07	GESIS Vereinbarung zu elektronischen Publikationen
116/08	OP 89 Burkhardt
116/09	BBE-AG 7 Int. Eng. / Europa
116/10	OP 90 Eller
116/11	OP 91 Götz
116/12	Stiftungsrecherche Pro Wildlife
116/13	Erwerb Bibliothek
116/14	Projektbeteiligung Klon-Jawor
116/15	Brexit Veranstaltung / DBG
116/16	Beuth Hochschule / Projektangebot
116/17	Op 92 Becker-Speth
116/18	Maecenata Notizen
116/19	ZG Info Newsletter
116/20	EBU 14 Thierse
116/21	Veranstaltung Ergebnisse Migration & ZG
116/22	TOCQEVILLE FORUM
116/23	FJSB Themenheft Stiftungen
116/24	Publikation Sparkassenstiftungen

116/25	Minorities in the Mediterranean
116/26	Stiftungsrecherche Social Marketing
116/27	Stiftungsrecherche Blessed Gerard
116/28	OP 93 Wenger
116/29	Einweihung Rungestraße
116/30	Umzug Rungestraße
116/31	Münchner Stiftungsfrühling 2017
116/32	Relaunch Website Maecenata
116/33	Tocqueville Forum Auftaktworkshop
116/34	Berliner Stiftungswoche 2017
116/35	Citizen Science Antrag BMBF
116/36	OP 94 Strathaus
116/37	OP 95 Antonow
116/38	Maecenata Bibliothek
116/39	Giving Tuesday Veranstaltung
116/40	Europäisches Kulturerbejahr 2018
116/41	FVZF Mitgliederversammlung / Veranstaltung 2016
116/42	Engagiert in neuer Umgebung?
116/43	ZG und Kommunen
116/44	BMBF Antrag Migration ZG und Krise
116/45	Forschungsschwerpunkt MG & Z
116/46	Future of Civic Space Conference 26-28.10.2016
116/47	Spontanengagement
116/48	OP 96 Hagemann
116/49	EBU 15 Breslau
116/50	EBU 16 RS Europa

VERANSTALTUNGEN

Colloquium mit Svenja Stadler, MdB: Engagementpolitik

Viele Kommunen scheiterten an der Aufgabe, die ab Sommer 2015 ins Land kommenden geflüchteten Menschen angemessen unterzubringen und zu versorgen. Es waren zivilgesellschaftliche Akteure, die durch ihr Engagement zu einer Entlastung der kommunalen Kapazitätsengpässe beitrugen. Um vor diesem Hintergrund bürgerschaftliches Engagement in seiner politischen Dimension zu diskutieren, hatte das Maecenata Institut zu einem Colloquium mit Svenja Stadler, MdB und engagementpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, eingeladen, das am 16. Februar im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin stattfand.

Der Veranstaltungsbericht ist erschienen in: Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen (npoR) 4/2016, S. 183-184. Siehe S. 23.

Podiumsdiskussion: Lebenssinn und Erbe – Eigentum, Gemeinwohl und Weitergabe als Lebenskunst

Im Rahmen der Berliner Stiftungswoche 2016, die unter dem Motto „Von der Würde des Menschen“ stand, diskutierten am 25. April Prof. Dr. Kai J. Jonas (Universiteit van Amsterdam), Anselm Bilgri (Stiftung München), Dr. Heike Maria v. Joest (Bürgerstiftung Berlin), Helmut Landwehr (Conrad Hinrich Donner-Stiftung) und Beatrice Rodenstock (Rodenstock – Gesellschaft für Familienunternehmen mbH) über Fragen nach dem Zusammenhang zwischen Lebenssinn, der eigenen Lebensgestaltung und der Weitergabe von Werten. Moderiert wurde die Veranstaltung, die in Kooperation mit der Bürgerstiftung Berlin stattfand, von Dr. Rupert Graf Strachwitz (Maecenata Stiftung). Veranstaltungsort war das Magnus-Haus in Berlin-Mitte.

Hintergrund der Veranstaltung war ein interdisziplinäres Forschungs- und Publikationsprojekt des Maecenata Instituts und der Universität von Amsterdam, dessen Ziel es war, ökonomische und fiskalische Fragestellungen des (Ver-)Erbens in einen sozial- und geisteswissenschaftlichen Zusammenhang einzuordnen und die Thematik einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Die Ergebnisse des Projekts sind als Band 12 der Maecenata Schriften erschienen.

Kai J. Jonas, Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.): Lebenssinn und Erbe, Stuttgart: Lucius & Lucius 2015.

https://www.degruyter.com/viewbooktoc/product/476823?rskey=tJELVb

Podiumsdiskussion: A European Union without the United Kingdom? Possible Consequences of „Brexit“

Siehe S. 79.

Podiumsdiskussion: Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen

In Kooperation mit dem Berliner Senat organisierte das Maecenata Institut am 10. Mai eine Diskussionsveranstaltung im Roten Rathaus. Vorgestellt und diskutiert wurden die wesentlichen Ergebnisse der Studie „Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen“, die das Maecenata Institut gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU), Berlin, von Januar bis März 2016 durchgeführt hatte. Neben Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, Europabeauftragte sowie Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement, beteiligten sich PD Dr. Rudolf Speth und Dr. Elke Becker (Autoren der Studie) sowie drei Podiumsgäste aus der Zivilgesellschaft an der Diskussion: Asia Afaneh-Zureiki (Islam- und Nahostwissenschaftlerin), Christian Lüder (Netzwerk „Berlin hilft!“) und Manfred Nowak (AWO Kreisverband Berlin-Mitte). Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Rupert Graf Strachwitz (Maecenata Stiftung).

Die Ergebnisse des Projekts stehen als Studie und Policy Paper zum Download zur Verfügung:
http://www.maecenata.eu/images/resources/2016_op92.pdf
http://www.maecenata.eu/images/documents/Observatorium/MO-08.pdf

Internationale Konferenz: International Society for Third Sector Research (ISTR)

Sarah Albrecht und Dr. Rupert Graf Strachwitz sowie einige dem Maecenata Institut verbundene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler waren unter den rund 750 Teilnehmenden der ISTR-Konferenz, die vom 28. Juni bis 2. Juli in Stockholm stattfand. Zum zweiten Mal hatte Strachwitz die Ehre, als Konferenz-Ko-Vorsitzender zu fungieren; u.a. beinhaltete dies, den Gutachtern im Vorfeld mehr als 600 eingereichte Abstracts zuzuteilen und darüber auf der Mitgliederversammlung der ISTR zu berichten. Für die Konferenz selbst hatte Strachwitz eine Plenarveranstaltung organisiert, auf der sich, anders als üblich, Praktiker der Zivilgesellschaft, u.a. der CEO des European Foundation Centre, Gerry Salole, auf dem Podium mit der Frage auseinandersetzten, was die Praxis eigentlich von der Wissenschaft wissen will. Ferner war das Maecenata Institut für einen *Round Table* verantwortlich, bei dem Sarah Albrecht, Paul Dekker (Niederlande), Anna Domaradzka (Polen) und Johan von Essen (Schweden) über das Forschungsprojekt ‚Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft in Europa' diskutierten. Auch war Strachwitz im Auftrag der ISTR Gastgeber eines Mittagessens für den Leiter der Grundsatzabteilung der OECD, Dr. Rolf Alter, an dem neben der Ko-Vorsitzenden Ruth Philipps (Australien) auch Paula Chies Schommer (Brasilien) und Stefan Toepler (USA – Fellow des Maecenata Instituts) teilnahmen. Die „Maecenata-Familie" traf sich ebenfalls zu einem informellen Mittagessen.

Der Text des Eröffnungsvortrags von Theda Skocpol (Harvard University) und weitere Materialien zur Konferenz finden sich unter: http://www.istr.org/?StockholmConference

Eröffnung des neuen Hauptstadtbüros

Nach zwei Jahren im „Übergangsquartier" in der Linienstraße, eröffnete die Maecenata Stiftung im Rahmen eines Empfangs am 29. September ihr neues Hauptstadtbüro in der Rungestraße 17 in Berlin-Mitte, in dem alle Aktivitäten der Stiftung gebündelt sind. Dazu gehören das Maecenata Institut, die seit 1997 bestehende außeruniversitäre Forschungseinrichtung und die Programme Transnational Giving und Europa Bottom-Up. Neu ist das Tocqueville Forum der Stiftung, das der Unterstützung und Vernetzung von Forschung und Praxis der Zivilgesellschaft in Politik und Öffentlichkeit dienen wird. Zum Tocqueville Forum gehört künftig auch die Maecenata Bibliothek, mit rund 15.000 Bänden die größte Fachbibliothek zu den Themen Zivilgesellschaft, Bürgerengagement, Philanthropie und Stiftungswesen im deutschsprachigen Raum.

Internationale Tagung: Europe Bottom-Up – Civil Society as Political Culture?

Siehe S. 80.

Projektworkshop: Religious Communities and Civil Society in Europe

In der neu eröffneten Maecenata Bibliothek fand am 14. und 15. November der zweite Projektworkshop des internationalen Forschungsprojekts ‚Religious Communities and Civil Society in Europe' statt. Damit konnte das seit Herbst 2015 laufende Maecenata-Projekt sein erstes Projektjahr erfolgreich abschließen. In Anwesenheit aller assoziierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konnten erste Ergebnisse vorgestellt sowie Vorgehen und Zielsetzungen für die kommenden zwei Jahre konkretisiert werden. Mit einer komparativen staatsrechtlichen Untersuchung wird zu Beginn des Jahres 2017 das erste Ergebnis des Projekts vorliegen.

Auftakt-Workshop zum Tocqueville Forum

In den Räumen der Maecenata Stiftung fand am 17. November der Auftakt-Workshop zum 2016 gegründeten Tocqueville Forum statt. Das vierte Programm der Maecenata Stiftung soll zu einem kooperativen Diskurs- und Arbeitsforum zu Fragen der Zivilgesellschaft entwickelt werden – in Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen, Akteuren der Zivilgesellschaft und (institutionellen) Partnern. Der im August 2016 ausgesprochenen Einladung zu einem informellen Gedankenaustausch im kleinen Kreis folgten 14 Kolleginnen und Kollegen aus Zivilgesellschaftsforschung und -praxis. Diskutiert wurden insbesondere Themenfelder für die inhaltliche Arbeit des Forums. Ein Protokoll liegt vor. Ein vertiefender Workshop wurde für Januar 2017 festgelegt.

Informationsveranstaltung: Möglichkeiten und Grenzen transnationalen Spendens

Mit einer Veranstaltung im Rahmen des „GivingTuesday“ – eine weltweite Bewegung, die jährlich an einem Dienstag Millionen Menschen zu sozialem Engagement aufruft und 2015 erstmals in Deutschland stattfand – informierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Maecenata Stiftung am 29. November über Möglichkeiten und Grenzen transnationalen Spendens. Als deutscher Partner im Netzwerk Transnational Giving Europe (TGE) stand die Idee, praktische Hilfe für Bürgerinnen und Bürger zu leisten, die sich international engagieren möchten, im Vordergrund der Veranstaltung.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung: Trends der Zivilgesellschaftsforschung

Von bescheidenen Anfängen in den 1970er Jahren hat sich die Zivilgesellschaftsforschung in den vergangenen Dekaden zu einem respektablen Forschungszweig der Sozialwissenschaften und angrenzender Disziplinen entwickelt. Im Rahmen Veranstaltung, die am 16. Dezember in der Maecenata Stiftung in Berlin stattfand, vermittelte Frau Prof. Dr. Zimmer (Professorin an der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster und im Berichtsjahr Präsidentin der International Society for Third Sector Research (ISTR)) einen Überblick über diese Entwicklung.

Der Veranstaltungsbericht erscheint in: Voluntaris – Zeitschrift für Freiwilligendienste 1/2017.

Externe Vorträge, Moderationen und Podiumsdiskussionen (Auswahl)

Im Berichtsjahr hielt Dr. Rupert Graf Strachwitz als Vorstand der Maecenata Stiftung und Direktor des Maecenata Instituts zahlreiche Vorträge, um relevante Forschungsergebnisse und Diskurse zu Themen der Zivilgesellschaft in die Öffentlichkeit und in die Politik zu vermitteln. Neben den im Jahresbericht an anderer Stelle aufgeführten (Hochschul-)Seminaren, Konferenzen und Veranstaltungen geschah dies unter anderem zu den folgenden Anlässen:

- Moderation / Deutsch-Britische-Gesellschaft, am 19. Januar in Berlin
- Vortrag / Fundraisingakademie, am 21. Januar in Frankfurt am Main
- Vortrag / Ruhr-Universität Bochum: Bochumer Stiftungsrechtstag, am 19. Februar in Bochum
- Moderation / Deutsch-Britische-Gesellschaft, am 22. Februar in Berlin
- Grußwort Deutsch-Britische Gesellschaft / Univ. Edinburgh / dpart, am 17. März in Berlin
- Leitung Workshop, am 5./6. April in Heidelberg
- Moderation / Deutsch-Britische-Gesellschaft, am 18. April in Berlin
- Leitung Workshop Fundraisingskongress, am 27. April in Berlin
- Moderation Stiftungstag Sachsen-Anhalt, am 29. April in Magdeburg
- Vortrag International Civil Society Conference (Regierung Usbekistan), am 23. Mai in Taschkent

- Moderation / Deutsch-Britische-Gesellschaft, am 9. Juni in Berlin
- Vortrag Bündnis für Gemeinnützigkeit, am 10. Juni in Berlin
- Vortrag Jahrestagung EU Consult, am 10. Juni in Berlin
- Leitung Roundtable / ISTR Conference, am 28. Juni in Stockholm
- Leitung Plenary Session / ISTR Conference, am 29. Juni in Stockholm
- Moderation Panel Session / ISTR Conference, am 30. Juni in Stockholm
- Festvortrag 30 Jahre Freundeskreis Andechs, am 29. Juli in Andechs
- Vortrag ÖAMTC, am 12. September in Seefeld
- Referat / Unterausschuss Bürgersch. Engagement, Bundestag, am 21. September in Berlin
- Vortrag / Fundraisingakademie, am 11. Oktober in Eisenach
- Vortrag Tagung / Univ. St. Andrews, am 12. Oktober in St. Andrews
- Moderation / Deutsch-Britische-Gesellschaft, am 25. Oktober in Berlin
- Referat Tagung PtP / Volkswagen Stiftung, am 3. November in Hannover
- Podium Dies Oeconomicus / Kath. Univ. Eichstätt, am 8. November in Ingolstadt
- Moderation im Rahmen der Hamburger Tage des Stiftungs- und Non-Profit-Rechts an der Bucerius Law School, am 11. November in Hamburg

Dr. Eckhard Priller, wissenschaftlicher Co-Direktor des Maecenata Instituts, hielt im Berichtsjahr Vorträge zu folgenden Anlässen:

- Dritter Sektor – normatives Konzept – Handlungslogik – Gestaltungsprinzip: Was zeichnet die Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat aus? Tagung: Im staatlichen Auftrag oder in politischer Selbstständigkeit?, Evangelische Akademie Loccum, am 15. April in Loccum
- Hochgeschätzte Beschäftigung in NPOs: Wie lange noch? 12. Internationales NPO-Forschungscolloquium 2016, zusammen mit Professorin Dr. Annette Zimmer (Uni Münster), Georg-August-Universität Göttingen, am 21. April in Göttingen
- Selbsthilfe und demographischer Wandel. Erkenntnisse aus der Sicht der Zivilgesellschaftsforschung, Bundesweite Fachtagung, Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. „Von gestern nach morgen, von hier nach dort“ – Selbsthilfeunterstützung im demographischen Wandel, am 1. Juni in Schwerin
- Zivilgesellschaft, Dritter Sektor und Bürgerbeteiligung – Quo vadis? Fachtagung Bürgerbeteiligung der Deutschen Kredit Bank (DKB), Management School, am 20. Juni in Schloss Liebenberg
- Zivilgesellschaft und Wahlen in Usbekistan, Rundtischgespräch zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Usbekistan in der usbekischen Botschaft, am 25. Oktober in Berlin
- Frauen in der Abseitsfalle? Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen von Frauen im Nonprofit-Sektor, Kongress: Deutscher Engagementtag, BMFSFJ, zusammen mit Franziska Paul (Uni Münster), am 4. November in Berlin
- Die wirtschaftliche und soziale Situation Bildender Künstlerinnen und Künstler 2016, Symposium des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler „Von der Kunst leben“, am 12. November in Berlin

Am 4. Dezember nahm Priller auf Einladung der Zentralen Wahlkommission der Republik Usbekistan als Wahlbeobachter an den Präsidentenwahlen teil. Im Rahmen der Vorbereitung der Wahl fand am 2. Dezember 2016 eine internationale Konferenz in der usbekischen Hauptstadt Taschkent statt, auf der u.a. unterschiedliche nationale Standards und Regelungen für Wahlen erörtert wurden. Eckhard Priller, der in Usbekistan in den vergangenen Jahren als Experte zu zivilgesellschaftlichen Fragen gefragt ist, betonte die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen.

www.veranstaltungen.maecenata.eu

PUBLIKATIONEN

Das Publizieren wissenschaftlicher Arbeiten, Gutachten und Informationen zu Zivilgesellschaft, Engagement, Philanthropie und Stiftungswesen gehört zu den zentralen Aufgaben der Maecenata Stiftung. Gegenwärtig bestehen folgende Publikationsreihen:

MAECENATA SCHRIFTEN

In der wissenschaftlichen Schriftenreihe werden umfassendere Studien, Monografien und Sammelbände publiziert. Die Reihe erscheint seit 2016 im Verlag De Gruyter, Berlin, von 2007-2015 erschien sie im Verlag Lucius & Lucius, Stuttgart. Die Reihe ist auch für die Veröffentlichungen von relevanten Arbeiten externer Autorinnen und Autoren offen. Zwischen 2007 und 2016 sind insgesamt 12 Bände erschienen.

www.schriftenreihe.maecenata.eu

Im Berichtsjahr sind wegen der notwendigen Umstellungsarbeiten im Verlag keine Bände erschienen; in Vorbereitung befand sich der für Februar 2017 geplante Band 13 von Dr. Mareike Alscher.

https://www.degruyter.com/view/serial/473309

OPUSCULA

Die Reihe Opuscula ist eine elektronische wissenschaftliche Schriftenreihe des Maecenata Instituts. Opusculum bedeutet kleines Werk und entspricht dem englischen *working paper*. Die Reihe besteht seit 2000. Die gesamte Schriftenreihe ist durch eine ISSN-Nummer (1868-1840), die einzelnen Publikationen via URN (Uniform Resource Name) bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert. Alle Ausgaben stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung.

www.opuscula.maecenata.eu

Im Berichtsjahr sind folgende Ausgaben erschienen:

- Nr. 88: Gunter Stemmler, Die Schirmherrin – Zur Geschichte der Schirmfrau
- Nr. 89: Luise Burkhardt, Bewegter Ruhestand: Ehrenamt im Rentenalter – Eine empirische Betrachtung im Gesundheitsbereich
- Nr. 90: Claudia Eller, Die Gründung der Stiftungsuniversität Frankfurt am Main – Ausdruck des Protests gegen die preußische Staatsmacht?
- Nr. 91: Franziska Götz, Der Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitern in deutschen Museen
- Nr. 92: Rudolf Speth/Elke Becker, Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen
- Nr. 93: Andrea Wenger, Kulturstiftungen im Wandel? Konsequenzen für die Förderung von Kunst und Kultur in Deutschland
- Nr. 94: Christiane Strathaus, Hospizbewegung und Stiftungen: Zur Institutionalisierung der Hospizarbeit und den Potenzialen von Stiftungen, im Rahmen dieser Entwicklungen
- Nr. 95: Nina Antonov, Voluntary Work in Germany and Norway: A Comparative Study

OBSERVATORIUM

Die Reihe Observatorium ist eine elektronische Schriftenreihe der Maecenata Stiftung. Sie bietet knappe Analysen, Positionen und Diskurse zu Zivilgesellschaft, Engagement und Philanthropie in den Feldern Policy und Research. Die Reihe besteht seit 2015 und ist durch die ISSN-Nummer (2365-6980), die einzelnen Publikationen via URN (Uniform Resource Name) bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert. Alle Ausgaben stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung.

www.observatorium.maecenata.eu

Im Berichtsjahr sind folgende Ausgaben erschienen:

- Nr. 6 (Research): Sarah Albrecht, Zivilgesellschaftliche Akteure wie alle anderen auch? Religionsgemeinschaften in der europäischen Zivilgesellschaft
- Nr. 7 (Policy): Rupert Graf Strachwitz, Stiftungen im Zivilrecht – Eine Stellungnahme zu den geplanten Änderungen "des Stiftungsrechts"
- Nr. 8 (Policy / Research): Elke Becker, Rudolf Speth, Rupert Graf Strachwitz, Zivilgesellschaft als Lotsen in die Gesellschaft – Die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen
- Nr. 9 (Research): Ruth Simsa, Julia Rothbauer, Beiträge der Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in Österreich – Herausforderungen, Leistungen und Learnings
- Nr. 10 (Research): Eeva Luhtakallio, Finnish Civil Society and the Broken Treaty with the (Welfare) State
- Nr. 11 (Policy): Jürgen Kocka, Stolz und Sorge – Die Zivilgesellschaft als politischer Akteur in der Flüchtlingskrise
- Nr. 12 (Research): Adam Chmielewski, Bonding or Bridging? Empowerment as a Task of Civil Society Activism

EUROPA BOTTOM-UP

Die elektronische Schriftenreihe enthält sowohl Berichte über Aktivitäten aus dem Europa-Programm der Maecenata Stiftung als auch relevante Arbeitspapiere zum Themenbereich Europa. Die gesamte Schriftenreihe ist durch eine ISSN-Nummer (2197-6821), die einzelnen Publikationen via URN (Uniform Resource Name) bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert. Alle Ausgaben stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung.

www.ebu.maecenata.eu

Im Berichtsjahr sind folgende Ausgaben erschienen:

- Nr. 14: Wolfgang Thierse: „Mehr kulturelles Selbstbewusstsein wagen!“
- Nr. 15: Anna Domaradzka, Nino Kavelashvili, Eszter Markus, Philipp Sälhoff, Maria Skóra: A Shrinking Space for Civil Society? A Conference on Civil Society and Europe's Political Culture: Wrocław, Poland, October 2016
- Nr. 16: Rupert Graf Strachwitz: Was machen wir mit Europa? Gedanken zum großen europäischen Projekt nach dem Brexit-Votum

MAECENATA NOTIZEN

Der Newsletter der Maecenata Stiftung informiert dreimal jährlich jeweils im April, August und Dezember über Neuigkeiten, Veranstaltungen und Publikationen aus allen vier Programmbereichen der Stiftung. Mit knapp 4.000 Abonnentinnen und Abonnenten wird eine breite Leserschaft aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft erreicht. Ein kostenfreies Abonnement sowie alle bisherigen Ausgaben sind auf der Website erhältlich. Der Newsletter ist im Berichtsjahr in einem Gesamtumfang von 21 Seiten erschienen.

www.notizen.maecenata.eu

ZIVILGESELLSCHAFT INFO

Der Newsletter des Projekts Zivilgesellschaft Info informiert dreimal jährlich über Neuigkeiten, Veranstaltungen, Ausschreibungen und Publikationen aus der zivilgesellschaftlichen Forschung, Politik und Praxis. Ein kostenfreies Abonnement sowie alle bisherigen Ausgaben sind auf der Website erhältlich. Der Newsletter ist im Berichtsjahr in einem Gesamtumfang von 16 Seiten erschienen.

www.zg-info.maecenata.eu/ueber-uns

TRANSNATIONAL GIVING NEWSLETTER

Der Newsletter des Programms Transnational Giving informiert einmal jährlich über Neuigkeiten aus dem Programmbereich und aus dem Netzwerk Transnational Giving Europe. Der Newsletter erschien im Februar 2016.

www.maecenata.eu/publikationen-tge

MONOGRAPHIE

Im Berichtsjahr erschien:

- Eckhard Priller: Die wirtschaftliche und soziale Situation Bildender Künstlerinnen und Künstler 2016, Berlin: Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK)

BEITRÄGE IN ZEITSCHRIFTEN, ZEITUNGEN UND ELEKTRONISCHEN MEDIEN (AUSWAHL)

- Rupert Graf Strachwitz: Bürgerschaftliches Engagement in der Zukunft; in: Bernd Andrick / Matthias Gantenbrink / Axel Janutzki / Karlheinz Muscheler / Markus Schewe (Hrsg.), Die Stiftung – Jahreshefte zum Stiftungswesen, 10. Jg. 2016. Frankfurt am Main: Lang 2017
- Rupert Graf Strachwitz: Zusammenarbeit Staat – Markt – Zivilgesellschaft im europäischen Vergleich. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 1/2016, S. 104-108.
- Fides Ochsenfeld: Stiftungen in Ostdeutschland. In: Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen (ZStV) 2/2016, S. 79-80.
- Fides Ochsenfeld/Johanna Franke: Engagementpolitik. In: Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen (npoR) 4/2016, S. 183-184.
- Rupert Graf Strachwitz: Ist politische Mitgestaltung gemeinnützig? In: Politik und Kultur 2/16, S. 8.
- Rupert Graf Strachwitz: Zivilgesellschaft in aller Munde – Aber was wissen wir darüber? (Editorial); in: Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen (ZStV) 2/2016, S. I.

- Rupert Graf Strachwitz: Rezension: Spende gut, alles gut? Kritische Perspektiven auf Spenden von internationalen Freiwilligen aus dem globalen Norden im Nord-Süd-Kontext; in: Voluntaris 1/2016, S. 141-143.
- Rupert Graf Strachwitz: Europa auf der Matte (Rezensionen Grimm, Offe, Simms/Zeeb, Roll, Guérot); in: Der Tagesspiegel, 1. September 2016, S. 25: http://www.tagesspiegel.de/politik/politische-literatur/buecher-zur-zukunft-europas-auf-der-matte/14480376.html
- Rupert Graf Strachwitz: (JC) Zivilgesellschaft für neue Herausforderungen ertüchtigen (Tagungsbericht EUConsult); in: Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen (npoR) 5/2016, S. 236-237.
- Rupert Graf Strachwitz: Enzyklopädie des Stiftungswesens in mittelalterlichen Gesellschaften, Band 1: Grundlagen (Rezension Borgolte); in: Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen (npoR) 5/2016, S. 234-235.
- Rupert Graf Strachwitz: Was wird aus Europa? Was kommt nach dem Brexit-Referendum? In: Politik und Kultur 5/16, S. 10: https://www.kulturrat.de/themen/europa-internationales/brexit-kultur/was-wird-aus-europa/
- Rupert Graf Strachwitz: Introduction; in: Schwerpunkt: Europe Bottom-up: Zivilgesellschaft als politische Kultur. BBE Europa Nachrichten, 10. November 2016: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/newsletter/enl-2016-10.pdf
- Eckhard Priller, Mareike Alscher: Genossenschaftsidee als immaterielles Kulturerbe der Menschheit nominiert. In: BBE Newletter für Engagement und Partizipation 16/2016: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2016/08/newsletter-16-priller-alscher.pdf
- Rupert Graf Strachwitz: Civil Society and Convivialism; in: Convivialism Transnational 14-01-2016: http://convivialism.org/?p=211
- Rupert Graf Strachwitz: What Stands in the Way of Globalising Transnational Giving; in: Global Philanthropic 07-01-2016: http://www.globalphilanthropic.com/blog/2016/01/international_giving_europe/
- Rupert Graf Strachwitz: Germany and Transnational Giving Europe; in: Global Philanthropic 18-01-16: http://www.globalphilanthropic.com/blog/2016/01/international_giving_europe-part2/
- Rupert Graf Strachwitz/Sarah Albrecht: Being devout means being political: Churches become civil society through the refugee crisis; in: Alliance Blog 1 June 2016: http://www.alliancemagazine.org/blog/being-devout-means-being-political-churches-become-civil-society-through-the-refugee-crisis/
- Rupert Graf Strachwitz: Stiftungen im Zivilrecht. Eine Stellungnahme zur geplanten Änderung „des Stiftungsrechts. Maecenata Observatorium Nr. 7, 2016: http://www.maecenata.eu/images/MO-07.pdf
- Rupert Graf Strachwitz/Elke Becker/Rudolf Speth, Zivilgesellschaft als Lotsen in die Gesellschaft. Die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen. Maecenata Observatorium Nr. 8, 2016: http://www.maecenata.eu/images/documents/Observatorium/MO-08.pdf
- Rupert Graf Strachwitz: Der Antrag der SPD im Hessischen Landtag auf Änderung der Abgabenordnung. Ein Kommentar; in: BBE Newsletter 12/2016: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2016/06/newsletter-12-strachwitz.pdf
- Rupert Graf Strachwitz: Toward a Europe of the Regions? Brexit's Real Implications – What do European citizens and politicians need to think about after the British vote? In: The Globalist, 14 July, 2016: http://www.theglobalist.com/europe-of-the-regions-brexit-real-implications Wortgleich auch in: German British Forum, Views: http://www.gbf.com/toward-a-europe-of-the-regions-brexits-real-implications/
- Rupert Graf Strachwitz: A Few Random Thoughts on Brexit and Europe; in: D/Part Blog 14 July, 2016: https://dpartblog.wordpress.com/2016/07/14/a-few-random-thoughts-on-brexit-and-europe
- Rupert Graf Strachwitz: A Few Thoughts on Brexit and Europe; in: Das progressive Zentrum, Europe and the World-Debate 15 July 2016: http://www.progressives-zentrum.org/few-thoughts-on-brexit-and-europe/?lang=en
- Rupert Graf Strachwitz: Erinnerungspolitik und Engagementpolitik; in: BBE Newsletter 16/2016: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2016/08/newsletter-16-strachwitz.pdf

BEITRÄGE IN SAMMELBÄNDEN

- Eckhard Priller/Mareike Alscher: Zivilgesellschaftliches Engagement. In: Destatis/WZB (Hrsg.): Datenreport 2016 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: bpb 2016, S. 383-389.
- Rupert Graf Strachwitz: Der Staatsbürger: Eine Fiktion. Kollektivität im 21. Jahrhundert; in: Immacolata Amodeo / Christiane Liermann Traniello / Fulvio Longato / Hans Vorländer (Hg.), Migration, Demokratie, Menschenrechte. Stuttgart: Franz Steiner 2016 (Villa Vigoni im Gespräch Bd. 9), S. 77-84.
- Rupert Graf Strachwitz: Bildung und Bürgerschaft: Ein neuer Ansatz. In: Max Fuchs/Tom Braun (Hrsg.): Die Kulturschule und kulturelle Schulentwicklung. Grundlagen, Analysen, Kritik. Weinheim/Basel: Beltz Juventa 2016, S. 202-211.
- Rupert Graf Strachwitz: Mäzenatentum; (Kap. 2.5) in: Fundraising Akademie (Hrsg.), Fundraising, Handbuch für Grundlagen, Strategien und Methoden, 5. Aufl. Wiesbaden: Springer Gabler 2016, S. 136-144.
- Eckhard Priller: Umfang und Struktur des gemeinnützigen Sektors. In: Fundraising Akademie (Hrsg.): Fundraising – Handbuch für Grundlagen, Strategien und Methoden. Wiesbaden: Springer Gabler 2016, S. 106-123.

KOLUMNE: DER KRITISCHE BLICK

Im Berichtsjahr erschienen folgende Kolumnen von Dr. Rupert Graf Strachwitz in der Zeitschrift Die Stiftung:

- 1/2016: Stiftungen in der Verantwortung
- 2/2016: Philanthropie neu organisieren
- 3/2016: Wie gehen wir miteinander um?
- 4/2016: Führt sich die Demokratie selbst ad absurdum?
- 5/2016: Ohne England?
- 6/2016: Zivilschutz und Zivilgesellschaft

www.publikationen.maecenata.eu

III. MAECENATA INSTITUT

Das heutige Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft wurde 1997 in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH gegründet und 2010 in die Maecenata Stiftung eingegliedert. Es hat seinen Sitz in Berlin und war von 2004 bis 2013 in der Form eines ‚An-Instituts' mit der Humboldt-Universität zu Berlin in Lehre und Forschung verbunden.

Das Institut wird seit der Gründung von Dr. Rupert Graf Strachwitz als Direktor und seit November 2014 von Dr. oec. sc. Eckhard Priller als wissenschaftlichem Co-Direktor geleitet.

Das Institut versteht sich als unabhängiger sozialwissenschaftlicher Think Tank. Es hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft (den sogenannten Dritten Sektor) durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern.

Das Institut wertet Informationen aller Art über Organisationen der Zivilgesellschaft, vor allem des Stiftungswesens, für Forschungszwecke aus und macht sie der Öffentlichkeit zugänglich, führt selbstdefinierte Forschungsprojekte durch und nimmt Aufträge für die Durchführung von Studien, Gutachten und sonstigen Forschungsprojekten von öffentlichen und gemeinnützigen Körperschaften an. Es arbeitet eng mit Hochschulen und anderen Einrichtungen im In- und Ausland zusammen. Das Institut organisiert Colloquien, Foren, Symposien und Workshops, um Themen zu entwickeln, den Dialog zwischen Theorie und Praxis zu fördern und um Konzept, Themen und Ergebnisse interdisziplinärer Zivilgesellschaftsforschung zu verbreiten. Es fördert durch sein Forschungscollegium interdisziplinär mit Rat und Austausch junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit entsprechenden Thematiken beschäftigen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Fellows des Instituts wirken als Lehrbeauftragte, arbeiten in deutschen und internationalen Forschungsprojekten und sind als Referenten und Autoren zu institutsrelevanten Themen tätig.

Forschungsschwerpunkte sind

- Zivilgesellschaft und Staat
- Theorie und Praxis der internationalen Zivilgesellschaft
- Philanthropie und Stiftungswesen

Bisher wurden rund 60 einzelne Forschungsprojekte durchgeführt, aus denen über 300 Publikationen entstanden sind. Das Institut finanziert seine Projektarbeit im Wesentlichen aus Drittmitteln, d.h. projektgebundenen Zuwendungen von Stiftungen sowie privaten und öffentlichen Zuwendungsgebern.

www.institut.maecenata.eu

FORSCHUNGSPROJEKTE 2016 (AUSWAHL)

Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft in Europa

Das dreijährige Forschungsprojekt soll in aus sozialwissenschaftlicher Perspektive in den Blick nehmen, wie sich Religionsgemeinschaften in das noch relativ junge Konzept der Zivilgesellschaft als Teil einer modernen offenen Gesellschaft einfügen oder einfügen können. Sowohl das eigene Selbstverständnis als auch bereits vorhandenes zivilgesellschaftliches Handeln sind hierbei Gegenstand der Untersuchung. Nach dem Start im Herbst 2015 konnte das Projekt im Berichtsjahr erfolgreich fortgeführt werden. Bereits bestehende Kontakte zu einem internationalen Team von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wurden durch die Unterzeichnung von *Agreements* formalisiert, ihre Rolle es ist hierbei, sowohl aktiv forschend als auch beratend am Projekt mitwirken. Auch konnte im Berichtsjahr eine von Prof. Tymen van der Ploeg (Amsterdam) durchgeführte Teilstudie fertiggestellt werden, die im zweiten Quartal 2017 erscheinen wird. Ziel der genannten Teilstudie war es, den rechtlichen Status der Religionsgemeinschaften in ausgewählten europäischen Ländern komparativ zu untersuchen und daraus, soweit möglich, Implikationen für ihre Positionierung gegenüber der Zivilgesellschaft abzuleiten. Ein im Februar des Berichtsjahres veröffentlichter *Call For Papers* sollte den Fokus für die internationale Dimension des Zusammenspiels von Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft öffnen. Die Vielzahl und Diversität der in Folge eingegangenen *Abstracts* zeugt von der Relevanz des Projektthemas. Die Veröffentlichung einer Anthologie mit ausgewählten Papers ist für das erste Quartal 2018 geplant. Erste Projektergebnisse wurden auf der Konferenz der International Society for Third Sector Research (ISTR) in Stockholm (siehe S. 54). vorgestellt. Im Rahmen des zweiten, jährlich stattfindenden Projektworkshops, der vom 14. – 15. November in Berlin stattfand, tauschten sich die assoziierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und das Berliner Projektteam über Stand und Fortgang des Projektes aus. In das Projekt sind als ‚Associates‘ eingebunden: Prof. Dr. Rocco D'Ambrosio (Mailand), Prof. Dr. Paul Dekker (Amsterdam), Dr. Anna Domaradzka (Warschau), Prof. Dr. Vassilios Makrides (Erfurt) und Dr. Johan von Essen (Stockholm). Als ‚Advisers‘ konnten Prof. Dr. Frank Adloff (Hamburg), Prof. Dr. Eva-Maria Hinterhuber (Kleve), Dr. Jörg Schulte-Altedorneburg (Düsseldorf) und Prof. Dr. Udo Steinbach (Berlin) gewonnen werden.

Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen

Im 1. Quartal des Berichtsjahrs führte das Maecenata Institut in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) ein Begleitforschungsprojekt unter dem Titel ‚Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen‘ durch. Das Projekt wurde maßgeblich gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Zielsetzung war die Untersuchung des Engagementphänomens *Spontanhelfer/-innen*, der Nachhaltigkeit dieses Engagementverhaltens und des Zusammenspiels dieses neuen Engagiertentyps mit deutschen Kommunen, die Gewinnung von Anhaltspunkten für Entscheidungs- und Mandatsträger zur Neujustierung des Verhältnisses, sowie für Entscheidungsträger in zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Steuerung von Ehrenamtlichen. Die Projektergebnisse wurden in als Opusculum 92 und Observatorium 8. veröffentlicht. Der Öffentlichkeit vorgestellt wurden sie im Rahmen einer Veranstaltung im Roten Rathaus in Berlin (siehe S. 53). Aus der Beschäftigung mit diesem Thema resultieren zwei Folgeprojekte, die das Maecenata Institut 2017 durchführt. Am 3. Januar 2017 berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung ausführlich über die Ergebnisse des Projekts.

Folgeprojekt 1: Zivilgesellschaft und Kommunen – Lerneffekte für das Engagement in Krisen

Ein erstes Begleitforschungsprojekt zum Thema geflüchtete Menschen konnte das Maecenata Institut im Frühjahr 2016 abschließen. Hier wurde die Schnittstelle zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen in den Blick genommen, die sich sowohl im Rahmen spontaner Hilfsinitiativen als auch innerhalb bereits etablierter Strukturen für Geflüchtete einbringen. Da große regionale Diskrepanzen zwischen Art und Effizienzgrad der Zusammenarbeit von Kommunen und Zivilgesellschaft festgestellt werden konnte, wurde im Sinne der *best practice* ein Empfehlungskatalog erarbeitet. Aufbauend auf das erste Begleitforschungsprojekt wird das Maecenata Institut ab Januar 2017 in einem Folgeprojekt untersuchen, ob sich diese Lernprozesse auf andere Krisenkontexte übertragen lassen. Die Förderung durch die Röchling Stiftung wurde im Berichtsjahr bewilligt.

Folgeprojekt 2: Engagiert in neuer Umgebung – Ermutigung und Ertüchtigung von geflüchteten Menschen zum Engagement

Geflüchtete Menschen selbst leisten zunehmend Hilfestellungen für Menschen, die mit oder nach ihnen in Deutschland eingetroffen sind. In einem weiteren, von der Röchling Stiftung geförderten Forschungsprojekt wird das Maecenata Institut ab Januar 2017 diese besondere Form des Engagements in den Blick nehmen, in dem Geflüchtete nicht „nur“ Empfänger/-innen zivilgesellschaftlicher Hilfsangebote sind, sondern darin eine aktiv gestaltende Rolle übernehmen. Eine qualitative, interwiewbasierte Untersuchung des Engagements geflüchteter Menschen in Deutschland soll zum einen die individuelle Motivation Einzelner, zum anderen die jeweiligen Initiativen sowie ihre Besonderheiten gegenüber herkömmlicher Geflüchtetenhilfe in den Blick nehmen. Die Förderung durch die Röchling Stiftung wurde im Berichtsjahr bewilligt.

Publikationsprojekt ‚Handbuch Zivilgesellschaft‘

Im Berichtsjahr wurde verstärkt an dem Handbuch gearbeitet, das 2017 im Verlag De Gruyter Oldenbourg, Berlin, erscheinen wird. Es entwickelt eine Multidimensionalität aus den Traditionslinien des Forschungsfeldes, wobei einerseits die maßgeblichen Autorinnen und Autoren mit ihren Kernaussagen vorgestellt, andererseits die Diskurse und Forschungslinien dargestellt werden, die Theoriebildung und Praxisentwicklung bestimmt haben. Eine anschauliche Darstellung ist durch Bezüge zu aktuellen Entwicklungen und Debatten gewährleistet. Zudem wurden im Umfeld des Instituts Expertisen in Auftrag gegeben, die den gegenwärtigen Diskussionsstand zu einzelnen Themen zusammenfassen und in die Publikation mit einfließen.

Publikationsprojekt ‚Sparkassenstiftungen in Europa‘

Die neben Bürgerstiftungen bedeutendste Veränderung im europäischen Stiftungswesen nach 1990 dürfte die Entstehung neuer Sparkassenstiftungen sein. Zwar gab es entsprechende Eigentümerstrukturen in einzelnen Ländern auch vor dieser Zeit; eine tragende Rolle in den Zivilgesellschaften mehrerer europäischer Länder spielen sie allerdings erst seit kurzem. Ein europäischer Vergleich indes fehlt bis heute. Diese Lücke will die in Zusammenarbeit mit Dr. Ulrich Brömmling geplante Publikation schließen. Im Berichtsjahr begannen die Vorarbeiten. Zudem wurden zwei Teilförderungen durch die Erste Stiftung (Österreich) und die Fritt Ord Foundation (Norwegen) bewilligt.

Publikationsprojekt ‚Stiftungsunternehmen in Theorie und Praxis'

In Deutschland ist die Anzahl der Stiftungsunternehmen in den vergangenen Jahren gewachsen. Und auch das öffentliche Interesse an dieser speziellen Unternehmensform ist größer geworden. Die Wirtschaftspresse beschreibt Stiftungsunternehmen bisweilen als „gute Kapitalisten", die auf Kontinuität setzen und gemeinwohlorientiert handeln. Andererseits ist aber auch von Intransparenz und mangelnder Unternehmenskontrolle die Rede. Die Wissenschaft hat sich bisher für diese spezifische Unternehmensform nicht besonders interessiert, so dass wenig belastbares und fundiertes Wissen über Stiftungsunternehmen vorliegt. Basierend auf einem Workshop, der – organisiert vom Maecenata Institut in Kooperation mit Prof. Dr. Dr. Ann-Kristin Achleitner, Technische Universität München, und Prof. Dr. Jörn Block, Universität Trier – am 26./27. November 2015 in München stattfand, wurde im Berichtsjahr an einer Publikation gearbeitet, die 2017 im Verlag Springer Gabler erscheinen wird.

LEHRE

Forschungscollegium

Das Forschungscollegium des Maecenata Instituts wendet sich seit seiner Gründung 1999 an junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Disziplinen, die ihre Qualifizierungsarbeiten zu Themen der Zivilgesellschaft schreiben. Es bietet einen Ort des transdisziplinären und transuniversitären Austauschs und der Reflexion, Gespräche zu wissenschaftlichen Fragen sowie einen privilegierten Zugang zu Informationen durch die Möglichkeit, die Einrichtungen des Instituts (Maecenata Bibliothek, Datenbanken u.a.) zu nutzen. Ein weiteres Ziel besteht darin, dass sich die Mitglieder des Collegiums auch jenseits der Treffen austauschen und in den verschiedenen Stadien ihrer Arbeit gegenseitig unterstützen. Dadurch wird die interdisziplinäre Netzwerkbildung gefördert, die Qualität der Arbeiten optimiert und das Vertrauen in die Relevanz der eigenen Themen gestärkt. Das Collegium versteht sich dabei nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung der Betreuung an den Hochschulen.

Die Mitglieder des Forschungscollegiums treffen sich viermal jährlich in Berlin. Unter Leitung erfahrener Wissenschaftler als Moderatoren werden jeweils einzelne Arbeiten vorgestellt und diskutiert. Insgesamt wurden bisher über 125 Collegiatinnen und Collegiaten bis zum erfolgreichen Abschluss ihrer Forschungsarbeit betreut. Im Berichtsjahr traf sich das Forschungscollegium am 18. März, 17. Juni, 18. Oktober und 16. Dezember. Es wurde abwechselnd moderiert von Dr. Ansgar Klein, Dr. Eckhard Priller und Dr. Rupert Graf Strachwitz. Das Forschungscollegium wird gefördert durch den Förderverein Zivilgesellschaftsforschung e.V. (FVZF).

Im Berichtsjahr waren 15 Collegiatinnen und Collegiaten Mitglieder des Forschungscollegiums. Die Übersicht zeigt die Vielfalt der behandelten Themen:

- Sven Altenburger, Universität Kiel:
  The Duties of Citizens
- Petra Brunner, Universität Bonn:
  Kirche und Organisationen in kirchlicher Trägerschaft als Akteure der Zivilgesellschaft
- Philipp Degens, Universität Köln:
  Stärkung regionalen Wirtschaftens durch genossenschaftlich verfasste Regionalgelder – Eine vergleichende Analyse von Komplementärwährungen
- Markus Edlefsen, Humboldt-Universität zu Berlin:

Volunteertourismus als transnationales Engagement

- Jasmin Fitzpatrick, Universität Mainz:
  Wie nutzen Akteure des Dritten Sektors das Web 2.0 um ihre politischen Ziele erfolgreich zu verfolgen?
- Evgeniya Gataulina, Freie Universität Berlin:
  The Role of Nonstate Actors in Protecting the Rights of Disadvantaged Children in the Russian Federation
- Siri Hummel, Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald:
  Inklusion oder Exklusivität? Inwiefern fördern oder behindern Stiftungen eine inklusive Zivilgesellschaft?
- Nadine Kuklau, Universität Klagenfurt / Universität Flensburg:
  Hospizlich-ehrenamtliche Sterbebegleitung bei Menschen mit Demenz
- Agnes Scharnetzky, Technische Universität Dresden:
  Zivilcourage als Konzept in der Politischen Bildung
- Achim Schröer, Bauhaus-Universität Weimar:
  Heritage Governance – Bürgerschaftliches Engagement und staatliche Rahmenbedingungen in der Denkmalpflege in Deutschland und England
- Clemens Striebing, Universität Heidelberg:
  Die Legitimation von Stiftungen – Bedingungen gesellschaftlicher Rechenschaft
- Laura Suarsana, Universität Heidelberg:
  Bürgerschaftliches Engagement, regionale Gemeinschaftsgüter und lokale Ökonomie
- Susann Tracht, Universität Siegen:
  Hybride Tätigkeitsformen zwischen Erwerbsarbeit, Ehrenamt und prekärer Tätigkeit – Eine empirische Untersuchung zu Monetarisierungsprozessen im Engagement innerhalb professionalisierter Organisationen
- Nicole Vetter, Universität zu Köln:
  Deutungsmuster sozialer Bildungsungleichheit und ehrenamtliches Engagement
- Inken Wiese, Universität Konstanz:
  Qatar's politics of international development assistance: Giving to the needy between cultural practices, international transcripts and the 'politics of branding'

www.fc.maecenata.eu

Lehrtätigkeit an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Das Zentrum für Nonprofit-Management an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster bietet seit 2006 einen akkreditierten Aufbaustudiengang für haupt- und ehrenamtliche Führungskräfte an, der zum akademischen Grad eines Master of Nonprofit Administration (MNPA) führt. Für Konzeption und Leitung des Moduls ‚Stiftungsmanagement', das im Berichtsjahr vom 8. – 12. April stattfand, ist seit Einrichtung des Studiengangs Dr. Rupert Graf Strachwitz verantwortlich. 2016 führte er das Modul gemeinsam mit Dr. iur. Almuth Werner, Leipzig, durch. Dr. Eckhard Priller leitet das jährlich angebotene Modul ‚Empirie und Befragung', das im Berichtsjahr vom 25. – 28. August und vom 23. – 25. September durchgeführt wurde.

www.npm-online.de

Lehrtätigkeit am Abbe-Institut für Stiftungswesen an der Universität Jena

Am 22. September übernahm Dr. Rupert Graf Strachwitz im Rahmen des jährlich stattfindenden Intensivkurses ‚Zertifizierter Stiftungsberater' des Abbe-Instituts für Stiftungswesen an der Universität Jena wieder das Modul ‚Stiftungsmanagement'.

www.abbe-institut.de

Lehrtätigkeit an der Universität Leipzig

Am 26./27. September gestaltete Dr. Rupert Graf Strachwitz gemeinsam mit Dr. iur. Almuth Werner die ersten Unterrichtstage des erstmals dort stattfindenden zertifizierten Lehrgangs zum Stiftungsmanagement.

www.stiftungsmanagement.info

Lehrtätigkeit an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) und der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Berlin

Im gemeinsamen Masterstudiengang Nonprofit-Management und Public Governance (Mango) der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW) und der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) bot Dr. Eckhard Priller im Wintersemester 2015/16 sowie im Wintersemester 2016/17 das Seminar ‚Forschungsmethoden' an. Gemeinsam boten Dr. Rupert Graf Strachwitz und Dr. Eckhard Priller im Sommersemester 2016 das Seminar ‚Forschungsfragen der Zivilgesellschaft' an. Im Wintersemester 2015/2016 leitete Dr. Rupert Graf Strachwitz das Seminar ‚Fallbeispiele Stiftungsmanagement' gemeinsam mit Viola Breuer.

http://mango.htw-berlin.de

Lehrtätigkeit an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder)

Im Berichtsjahr nahm Dr. Rupert Graf Strachwitz auch einen Lehrauftrag an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) wahr. Am 8./9. Juli leitete er einen Kurs ‚Stiftungswesen' im Rahmen des Studiengangs Kulturmanagement.

www.europa-uni.de

Lehrtätigkeit an der Alice-Salomon-Hochschule / Evangelische Hochschule / Katholische Hochschule für Sozialwesen

In Kooperation mit den drei Berliner Hochschulen für Sozialarbeit (Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Evangelische Hochschule Berlin, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin) wird der akkreditierte Studiengang Master of Social Work – Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession MRMA) angeboten. Im Berichtsjahr bot Dr. Eckhard Priller im Rahmen des Studiengangs das Modul ‚Struktur und Dynamik des Dritten Sektors' an.

www.mrma-berlin.de

Betreuung von Abschlussarbeiten

Im Berichtsjahr wurden durch Dr. Rupert Graf Strachwitz vier Masterarbeiten (zwei an der Universität Münster sowie zwei an der HTW/HWR) (mit-)betreut. Dr. Eckhard Priller (mit-)betreute im Berichtsjahr eine Dissertation (Universität Münster) und fünf Masterarbeiten (drei an der Universität Münster, eine an der HTW/HWR sowie eine im Studiengang MRMA).

IV. TRANSNATIONAL GIVING

DAS PROGRAMM TRANSNATIONAL GIVING (TG)

TRANSNATIONAL GIVING
Spenden weltweit

In ihrem Transnational Giving (TG) Programm vergibt die Maecenata Stiftung mit Hilfe zweckgebundener Spenden weltweit Fördermittel an Organisationen. Ziel des Programms ist es, grenzüberschreitendes Spenden einfacher und transparenter zu gestalten. Die Stiftung begleitet auch deutsche gemeinnützige Körperschaften dabei, Spenden aus dem europäischen Ausland und aus den USA zu erhalten. Mit diesem Programm ergänzt und unterstützt die Stiftung den Arbeits- und Forschungsschwerpunkt ‚Internationale Zivilgesellschaft' des Maecenata Instituts und ihr zivilgesellschaftliches Aktionsprogramm ‚Europa Bottom-Up'.

Das erfreuliche Wachstum des Programms, aber auch die öffentlichen Debatten um Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorismusfinanzierung, führten in den vergangnen Jahren zu erhöhten Anforderungen in den Bereichen der Überprüfung der Fördermittelempfänger, der Berichterstattung an die Stiftung und der Berichtspflichten der Stiftung gegenüber Behörden. Am 17. Mai 2016 erhielt die Stiftung den erneuten Bescheid des zuständigen Finanzamts München über die Freistellung von der Körperschaftssteuer (= die Bestätigung der Gemeinnützigkeit mit dem Recht, steuerlich wirksame Zuwendungsbestätigungen auszustellen) mit der Auflage, dem Finanzamt ein komplettes Verzeichnis aller Empfängerorganisationen der Jahre 2012 bis 2014 mit Kontaktdaten, Höhe der Mittel und Angabe der satzungsgemäßen Ziele zu übersenden. Das Finanzamt erhielt dementsprechend einen 205 Seiten starken Tätigkeitsbericht.

Nicht zuletzt wegen des inzwischen erreichten Umfangs des Programms, gab die Stiftung im Herbst 2016 ein Rechtsgutachten zum TG-Programm beim Institut für Stiftungsrecht und das Recht der Non-Profit-Organisationen der Bucerius Law School in Hamburg in Auftrag. Im Ergebnis wurde die Rechtskonformität des Programms in Ansatz und Durchführung in allen Punkten bestätigt.

Des Weiteren beobachtet die Stiftung aufmerksam die Entwicklung des einschlägigen nationalen und europäischen Rechtsrahmens einschließlich neuer Verwaltungsanweisungen und gelegentlicher Urteile deutscher und europäischer Gerichte.

Im Berichtsjahr war die Weiterentwicklung des Programms in vielen Bereichen des Projektmanagements ein Arbeitsschwerpunkt. Ziel war die Verbesserung der technischen Infrastruktur durch die Implementierung eines neuen Spendenverwaltungsprogramms. Dadurch konnte auch die Kommunikation mit den Spenderinnen und Spendern sowie die Zusammenarbeit mit den TGE-Netzwerkpartnern und den Empfängerorganisationen im In- und Ausland verbessert werden. Die Online-Spendenfunktion wurde modernisiert; neben der Kreditkarte wurden PayPal, SEPA-Lastschrift und Sofortüberweisung als Zahlungsmethoden eingeführt. Die Website www.spenden.maecenata.eu wurde neu gestaltet. Weiter ausgebaut wurde auch das interne Prüf- und Kontrollsystem der Stiftung.

Ferner wurde die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern intensiviert, um ausländischen Organisationen den Erhalt von Spenden aus Deutschland zu erleichtern. Hervorzuheben ist die Zusammenarbeit mit der Fundraising-Plattform Betterplace.org. Die Stiftung prüft auch hier im Vorfeld die Eignung von Organisationen im Ausland und unterstützt diese bei der Umsetzung von Spendenprojekten über Betterplace.org. Dabei stellt die Stiftung sicher, dass die ausgewählten Organisationen den deutschen gemeinnützigkeitsrechtlichen Anforderungen genügen und dass die Spenden ausschließlich für die Verwirklichung des Satzungszwecks eingesetzt werden. Für alle Förderpartner des Transnational Giving Programms ist die Nutzung des Spendenportals damit möglich.

Verstärkt wurde auch die Umsetzung von internationalen ‚Corporate Giving'-Programmen. In enger Abstimmung mit den spendenden Unternehmen werden Fördermittel an Organisationen im In- und Ausland vergeben. Die Stiftung übernimmt die Eignungsprüfung der gewünschten Organisationen als Mittelempfänger und behält sich in jedem Einzelfall ein Vetorecht vor. Die langjährige Erfahrung und die bewährten und laufend weiter verbesserten Prüfstrukturen im Transnational Giving Programm, kommen den Unternehmen dabei zugute, den Anforderungen an eine sichere und transparente Ausgestaltung der Förderprogramme zu genügen.

Neben Unternehmen und privaten Spendern verlassen sich inzwischen auch Stiftungen und Behörden bei der Vergabe von Mitteln auf die im Transnational Giving Programm erworbene Prüfungs- und Durchführungserfahrung der Maecenata Stiftung. Erstmals wurde im Berichtsjahr ein ‚Donor Advised Fund' für ein großes deutsches Unternehmen eingerichtet. Dieser stellt ein Sondervermögen für bestimmte regionale und internationale CSR-Aktivitäten des Unternehmens bei der Maecenata Stiftung dar.

Das Netzwerk Transnational Giving Europe (TGE)

Das Netzwerk Transnational Giving Europe (TGE) wurde unter der Schirmherrschaft des European Foundation Centre (EFC) 1999 von vier europäischen Stiftungen ins Leben gerufen und umfasst heute 20 Partner, fast ausschließlich Stiftungen, in 19 europäischen Ländern. Maecenata ist seit 2001 der deutsche Partner im Netzwerk.

Das TGE-Netzwerk verfolgt das Ziel, transnationales bürgerschaftliches Engagement in Europa und der Welt zu fördern und zu erleichtern. Es versucht, in enger Partnerschaft mit dem Europäischen Stiftungszentrum (EFC), die Möglichkeiten des transnationalen Spendens in Europa zu verbessern.

Auch wenn heute nur noch ein kleiner Teil der Fördermaßnahmen gemeinsam mit einem Netzwerkpartner abgewickelt wird, ist die Partnerschaft unvermindert eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit.

Die Zusammenarbeit im Netzwerk war auch im Berichtsjahr sehr gut. Den Vorsitz des Netzwerks führte in diesem Jahr ‚Bcause' aus Bulgarien. Die Geschäftsführung obliegt seit Gründung des Netzwerks der King Baudouin Foundation, Brüssel. Das jährliche Netzwerktreffen fand am 20. und 21. Oktober 2016 in Sofia, Bulgarien statt.

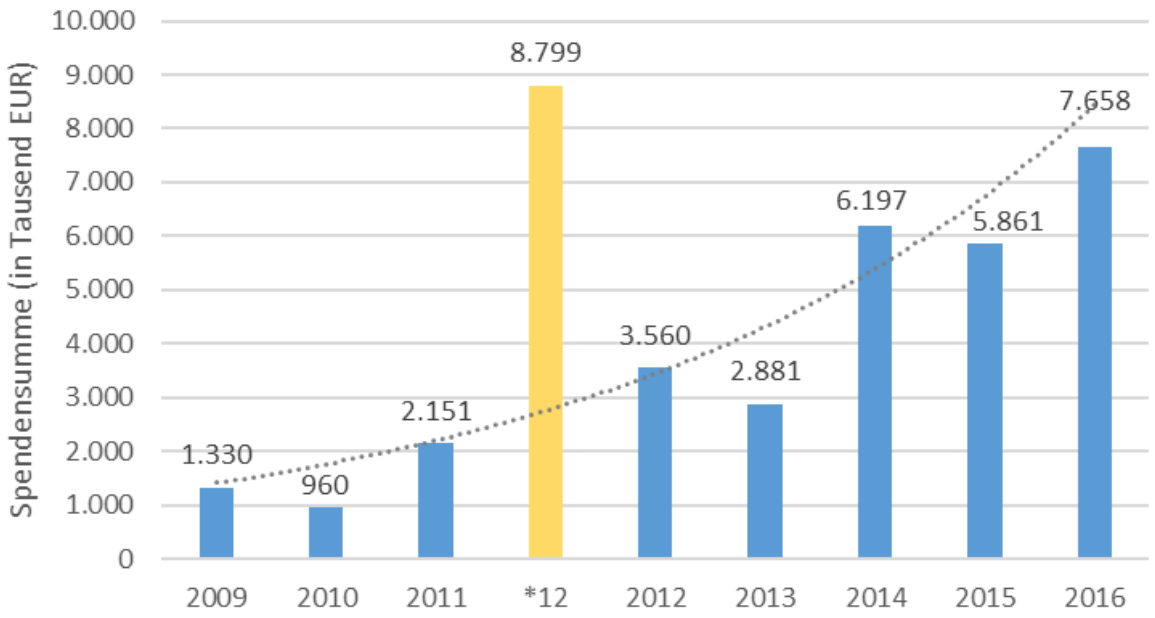
Die TGE-Partner

Belgien: King Baudouin Foundation
Bulgarien: Bcause
Deutschland: Maecenata Stiftung
Frankreich: Fondation de France
Großbritannien: Charities Aid Foundation
Irland: Community Foundation for Ireland
Italien: Vita Giving Europe Onlus
Kroatien: European Foundation for Philanthropy and Society Development
Luxemburg: Fondation de Luxembourg
Niederlande: Prins Bernhard Cultuurfonds
Österreich: Stiftung Philanthropie Österreich
Polen: Foundation for Poland
Portugal: Fundaçao Oriente
Rumänien: Odorheiu Secuiesc Community Fd.
Schweiz: Swiss Philanthropy Foundation
Slowakei: Carpathian Foundation Slovakia
Slowenien: SKUP – Skupnost Privatnih Zavodov
Spanien: Fundación Carlos de Amberes
Spanien: Fundación Empresa y Sociedad
Ungarn: Carpathian Foundation Hungary

Das Programm Transnational Giving (TG) 2016 im Überblick

Spenden

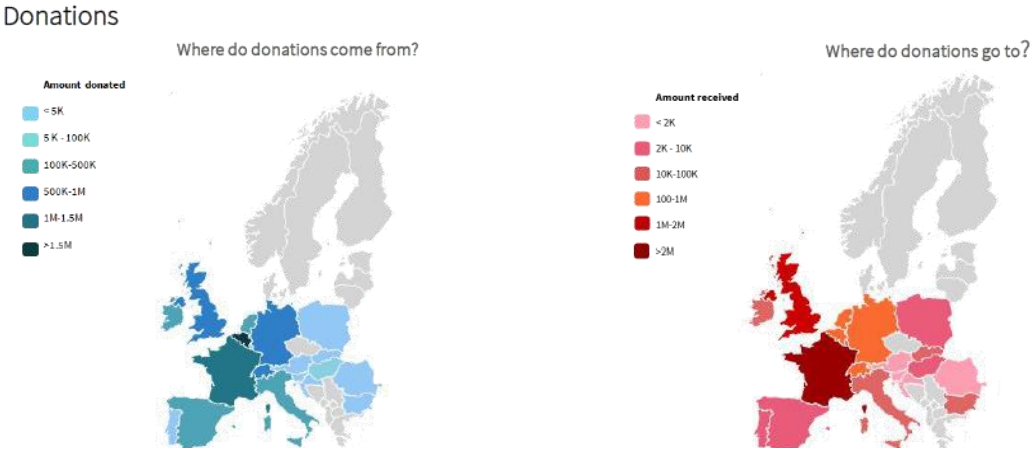
Die Summe der Spenden im Transnational Giving Programm der Maecenata Stiftung steigt im mittelfristigen Trend seit einigen Jahren an. Im Jahr 2016 konnten ein deutlicher Zuwachs im Spendeneingang verzeichnet werden, welcher sich insbesondere durch die Zunahme von Großspenden erklären lässt. In den vergangenen Jahren hat sich der Spendeneingang für Deutschland wie folgt entwickelt:



Insgesamt wurden mit einer Gesamtsumme von € 7.657.826,44 im Berichtsjahr 4.733 Einzelspenden von 1.697 Spendern über das Programm Transnational Giving abgewickelt.

Die 1.697 Spender setzen sich zu 93 % aus Privathaushalten und zu 7 % aus Unternehmen zusammen.

Der Spendenfluss im TGE-Netzwerk stellt sich grafisch wie folgt dar:



* Grafiken aus dem aktuellen Jahresbericht (TGE-Annual Report 2016) des Netzwerks Transnational Giving Europe

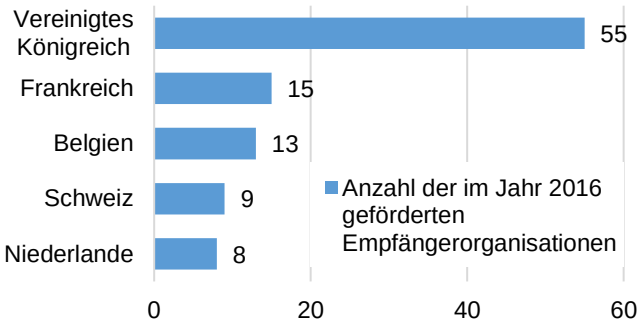
Weitere Ausführungen sind im Jahresbericht unter www.transnationalgiving.eu zu finden.

Förderprojekte

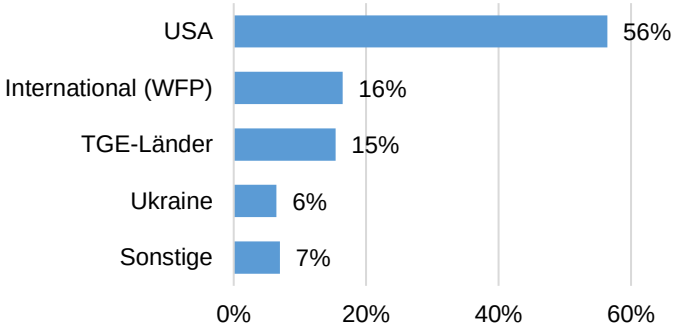
Im Berichtsjahr wurden 224 Empfängerorganisationen in 29 Ländern gefördert. 192 neue Empfängerorganisationen wurden in das Transnational Giving Programm der Maecenata Stiftung aufgenommen.

Der Trend zur Internationalisierung der Spendenziele hat weiter zugenommen. Nur ca. 15% der Zuwendungen waren für Projekte in Ländern mit TGE-Partner bestimmt, mit dem großen Rest wurden Projekte in Ländern ohne TGE-Partner gefördert. (siehe Grafik unten).

Top 5 der TGE-Länder nach Anzahl der von der Maecenata Stiftung geförderten Empfängerorganisationen, 2016



Verteilung der Fördermittel aus Deutschland, 2016



Zu den Drittländern außerhalb des TGE Netzwerks, in denen Empfängerorganisationen gefördert wurden, gehörten im Berichtsjahr unter anderem Ecuador, Ghana, Indien, Israel, Kenia, Mexiko und die USA.

Hinzugekommen sind eine Vielzahl neuer Organisationen in mittel- und osteuropäischen Ländern wie Kroatien, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, der Ukraine oder auch Kasachstan in Zentralasien und Russland.

Die sektorale Verteilung der Zuwendungen wird dabei immer ausgeglichener. Standen 2015 in TGE-Partnerländern noch Bildungsmaßnahmen an Schulen und Universitäten mit knapp 89 % klar im Vordergrund, so wurden 2016 auch mehr soziale, kulturelle und künstlerische Projekte unterstützt (siehe Grafik).

Geförderte Zwecke aus Deutschland in TGE Ländern (Spendensumme), 2016

Aufstellung der im Berichtsjahr aktiven Empfängerorganisationen im Ausland

über 100.000 €

- Columbia University, USA
- **UN World Food Programme**
- Eagle Hill School, USA
- **The Byrd Hoffman Watermill Foundation, USA**
- University of Pennsylvania, USA
- CEAM, Schweiz

bis zu 100.000 €:

- Dawn Charitable Trust, UK
- Parrish Art Museum, USA
- Fondation Josée Wolter Hirtt, Luxemburg
- Grange Park Opera, UK
- Opéra Fuoco, Frankreich

bis zu 50.000 €

- Room to read, USA
- Fondation Campus Montréal, Frankreich
- MAKO, Russland
- APOPO HeroRats, Belgien
- Eldany Charity Foundation, Kasachstan
- Raja Daniele Marcovici Fondation, Frankreich
- Columbia UK Fund Limited, UK
- Workshop for Civic Initiatives Foundation, Bulgarien
- American University of Paris, Frankreich
- Operation Smile UK
- Manchester City FC City in the Community Foundation, UK
- Peres Center for Peace, Israel
- University of Chicago Foundation, UK
- Stichting Kasteel Middachten, Niederlande
- European Friends of Rainforest Alliance, Belgien
- Benevol Schweiz, Schweiz

UN World Food Programme (WFP)

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen ist die größte humanitäre Organisation der Welt und bekämpft den Hunger weltweit. Jedes Jahr unterstützt WFP mehr als 80 Millionen Menschen in rund 80 Ländern. In Krisensituationen und bei Naturkatastrophen leistet WFP rasche Nothilfe. WFP-Entwicklungsprogramme helfen zugleich, die Ursachen des Hungers langfristig zu beseitigen. In Deutschland arbeitet WFP seit Jahren vertrauensvoll mit der Maecenata Stiftung zusammen. Die im Berichtsjahr 2016 über das Programm Transnational Giving an WFP weitergeleiteten Spenden wurden insbesondere in der Syrienkrise, für notleidende Familien im Südsudan und WFP-Schulmahlzeitenprogramme eingesetzt, damit Kinder weltweit zur Schule gehen können, anstatt für ihr Essen arbeiten zu müssen.

The Byrd Hoffman Water Mill Foundation / The Watermill Center, U.S.A

Die Byrd Hoffman Water Mill Foundation bietet mit dem Watermill Center einen Begegnungsort für Künstler, um ein internationales Netzwerk zum interdisziplinären Austausch von Künstlerinnen und Künstlern und zur Dokumentation der Arbeit von Robert Wilson zu fördern. Die Förderung im Rahmen des Transnational Giving Programms kommt dem internationalen Sommerprogramm zugute, das rund 100 Künstlern eine 5-wöchige Ausbildung mit Robert Wilson ermöglicht. Zudem werden die Gelder zur Unterbringung von Künstlern und zur Finanzierung der Watermill Sammlung mit über 8.000 Kunstobjekten verwendet.

- **Center of CSR Development, Ukraine**
- Junior Achievement o.p.s., Tschechien
- Verein Regenbogental, Österreich
- Croatian Red Cross, Kroatien
- Caritas Austria, Österreich
- Red Cross Belgrade, Serbien
- Red Cross Slovenia, Slowenien
- RCO Friends – Donateurs Koninklijk Concertgebouw Orchestra, Niederlande
- The Giraffe Project, UK
- United Nations Children's Fund | UNICEF Ukraine, Ukraine
- SEE ICT, Serbien

Center of CSR Development, Ukraine

Das Center of CSR Development setzt sich für die Stärkung von Corporate Social Responsibility und die Entwicklung von Unternehmensengagement ein. Die Förderung ging dabei in das Projekt „STEM: profession of the future". Es hat die Steigerung der Attraktivität der Ausbildungsbereiche Physik, Chemie und ICT, einen Wettbewerb unter Schulen, sowie spezielle Veranstaltungen für Mädchen zur Förderung der Zukunft von Wissenschaftsberufen und Tätigkeiten im Ingenieurswesen zum Ziel.

bis zu 10.000 €

- Fondation FIDEK FdF, Frankreich
- **AIESEC Polen**
- Fundacja Media 3.0, Polen
- Fundacja im. Leslawa A. Pagi | Leslaw A. Paga Foundation, Polen
- The Spot o.z., Slowakei
- Institute for intergenerational cooperation, Ypsilon, Slowenien
- Enfants du Mekong, Frankreich
- Imperial College UK
- University of Surrey, UK
- IT pro Society Association (Infotér), Ungarn
- Fondation Ardian, Frankreich
- Junior Achievement Slovensko, Slowakei
- Child`s Dream Association, Schweiz
- Eyes Open Stiftung, Schweiz
- Mentors 4 Starters Foundation, Polen
- **Sol y Vida, Ecuador**
- Akcees Education, Rumänien
- Kállósemjéni Diákokért és Ifjakért Egyesület, Ungarn
- ICM, Frankreich
- The FAWCO Foundation, USA

AIESEC, Polen

AIESEC ist eine Austausch- und Entwicklungsplattform für junge Akademiker, die sich für globale Themen interessieren und ihr Führungspotential stärken und ausbauen möchten. Die Förderung kam in diesem Jahr vorrangig dem internationalen AIESEC Kongress in Polen zugute. Dieser Kongress findet jährlich statt, um angehende Führungskräfte mit international agierenden Managern aus verschiedenen Branchen zusammen zu bringen. Ziel ist es dabei Themen von globaler Bedeutung zu behandeln und die Rolle der Jugend zu stärken.

Fundacion Sol y Vida, Ecuador

Sol y Vida unterstützt die Behandlung krebskranker Kinder aus ärmlichen Familien in Ecuador. Ziel ist es, ihnen Zugang zu moderner Medizin zu ermöglichen, um so die Heilungschancen zu erhöhen. Die Förderungen im Berichtsjahr halfen bei der Bereitstellung von Lebensmitteln, Nahrungsergänzungsmitteln, Medikamenten und bei den Fahrtkostenzuschüssen für die Ehrenamtlichen. Zudem wurde nach einem schweren Erdbeben ein wichtiger Tomograph im Krankenhaus in Portoviejo in Manabí repariert.

- Digital Green, USA
- Keyboard Charitable Trust, UK
- Pointing out the Great Way Foundation, Niederlande
- Budai Szerb Ortodox Egyházmegye „Kloster Graboc“, Ungarn
- Fondation de l‘Université de Strasbourg, Frankreich
- Szenyorita Közhasznú Egyesület, Ungarn
- Antioch Community Trust, UK
- University of Pennsylvania Foundation, UK
- Ngoko, UK
- C. G. Jung Institut, Schweiz
- Rubenianum Fund, Belgien
- Swiss Philanthropy Foundation, Schweiz
- Digital National Alliance, Bulgarien
- AIESEC Ukraine
- **Asian Classics Input Project (ACIP), USA**
- Centre for Effective Altruisme, UK
- Fondation du Verbier Festival, Schweiz
- The Mothers At Risk Fund, Belgien
- Junior Achievement Bulgaria Foundation, Bulgarien
- Asociatia Cartea Daliei, Rumänien
- Sense and Sensibility Foundation, Tschechien
- Duke UK Trust Limited, UK
- Stichting Monsanto Tribunal, Niederlande
- **Akshaya Patra Foundation, UK**
- Turai Tanulókért Kiemelkedöen Közhasznú Alapítvány, Ungarn
- Luther Tyndale Memorial Church, UK
- SZETA Egri Alapítványa, Ungarn
- KOMA 08 Müvészeti Közhasznú Nonprofit Kft., Ungarn
- Intelligens Társadalomért Országos Szövetség, Ungarn
- Trinity Hall – Cambridge, UK

Asian Classics Input Project, USA

Das Asian Classics Input Project (ACIP) hat sich der Bewahrung des asiatischen kulturellen Erbes durch die Auffindung, Digitalisierung und kostenlose Verbreitung von tibetanischen und Sanskrit-Manuskripten verschrieben. Mit dem Projekt „Threads of Wisdom" werden, durch die aktive Einbeziehung bei der Buchcovererstellung, Flüchtlinge bei der Integration in das Arbeitsleben unterstützt. Durch die Spendengelder im Berichtsjahr konnte ACIP gemeinsam mit „Seeds for Peace“ Flüchtlinge für die Covererstellung von Büchern für die Nationalbibliothek in der Mongolei gewinnen und ihnen kostenlose Sprachkurse vermitteln, um ihnen eine Arbeitserlaubnis für Rumänien zu ermöglichen. Weitere ähnliche Projekte in Hamburg und Istanbul sind geplant.

Akshaya Patra Foundation, UK

Die Akshaya Patra Foundation stellt mit ihrem ‚Food For Education Programme‘ nach eigenen Angaben in über 13.000 Schulen in 11 Staaten Indiens, nährstoffreiche Schulmahlzeiten zur Verfügung und versorgt so über 1,6 Millionen Kinder mit der nötigen Nahrungsgrundlage und einem Anreiz, regelmäßig zur Schule zu gehen und sich auf das Lernen zu konzentrieren. Die Spenden werden dabei für Material- und Personalkosten, sowie in die Erweiterung und Qualitätssicherung von bisher 9 festen Küchen und 2 dezentral angelegten Küchen verwendet. Das Ziel ist 5 Millionen Kindern bis 2020 eine Schulmahlzeit zu ermöglichen, und so der Unterernährung und der Armut in dem Land entgegen zu wirken.

- WeForest, Belgien
- Traumfänger Stiftung, Schweiz
- Czech University of Life Sciences, Tschechien
- **Planète Urgence, Frankreich**
- Non Violent Peace Force, Belgien
- Reid Memorial Church of Scotland, UK
- Bethlen Gábor Szakképző Iskoláért Alapítvány, Ungarn
- AROP, Frankreich
- University of California Trust, UK
- **Silliman University, Philippinen**
- Fettes Foundation, UK
  Fondation KFC, Frankreich
- Friends of Barefoot College Geneva, Schweiz
- Udruga za darovitost DAR, Kroatien
- Zaklada Znanje na djelu, Kroatien
- LÉKORICE, z.s., Tschechien
- Igazgyöngy Alapítvány |
  Red Pearl Foundation, Ungarn
- Raleigh International, UK
- Emmanuel College, UK
- London Business School, UK
- **Human Wave, Indien**
- I.D.F. Widows&Orphans Org., Israel
- St. Catherine`s College, Oxford, UK
- Youth Initiatives, UK
- Warwick University, UK
- Somerville College, UK
- Helfen ohne Grenzen, Italien
- Darwin College Cambridge, UK
- Fond Pai Lennart Schmidt, Belgien
- Via Viridis Zöld Út Egyesület, Ungarn
- Koinonia, UK
- Fonds Memorial Concorde, Frankreich

Planète Urgence, Frankreich

Planète Urgence setzt sich, durch technische und finanzielle Unterstützung für lokale Gemeinschaften und den Umweltschutz in Indonesien, Haiti, Madagaskar und Mali ein. Dabei werden zwei Projekte verfolgt. Das ‚STVA - Short Term Volunteer Assignment', das dem Wissensaustausch unter Freiwilligen eine Plattform bietet und das ‚Environment and Development'-Programm, durch welches lokale Organisationen in ländlichen Umgebungen direkt in ihrem Bestreben, die Umwelt zu schonen und nachhaltige Projekte zu verwirklichen, unterstützt werden.

Silliman University, Philippinen

Die Silliman University ist die renommierteste Bildungseinrichtung auf den Philippinen für Kinder und Jugendliche. Aufbauend auf christlichen Werten bietet sie den Schülern verschiedene Spezialisierungsstränge in der Oberschule, um sich entsprechend ihrer eigenen Stärken und Vorlieben frei zu orientieren. Die Förderung in 2016 kam den Stipendien der Universität zugute.

Human Wave, Indien

Human Wave setzt sich für eine nachhaltige, friedliche, pluralistische und partizipative Gesellschaft ein, in der jeder gleichberechtigt und selbstbestimmt leben kann. Diese Philosophie verfolgen sie mittels der Förderung der sozio-kulturellen Verständigung in der lokalen Gemeinschaft und durch diverse Unterstützungs-, medizinische Vorsorge-, sowie Bildungsangebote für bedürftige Kinder und Frauen in Westbengalen, Indien.

bis zu 1.000 €

- Audrey Jacobs Foundation, Schweiz
- College of Europe, Belgien
- Cornell University Foundation, UK
- King´s College, Cambridge, UK
- Amantani, UK
- University of Sheffield, UK
- Foundation for Social Change and Inclusion, Bulgarien
- Lady Margaret Hall College (Oxford), UK
- George Watson's Family Foundation, UK
- **MOI DEB Primary School Bungoma, Kenia**
- European Outreach Trust, UK
- Ketaketi Melamchighyang School Project Nepal, Belgien
- UCB Societal Responsibility Fund, Belgien
- Pro Net North, Ghana
- **United Nations Watch, UN-Watch, Schweiz**
- REN-RO Alapítvány AZ Elesettekért, Ungarn
- The EORTC Charitable Trust AISBL, Belgien
- **Center for International Voluntary Service (CIVS), Kenia**
- University of St. Andrews, UK
- The Friends of Baale Mane Gopalapura, UK
- Mukwege Hospital Panzi Fund, Belgien
- Oxford University, UK
- endParalysis Foundation, Niederlande
- Keble College (Oxford), UK
- University of Glasgow Trust, UK
- St John's College, UK
- Leighton Park School, UK
- Cambridge Foundation, UK
- Sens Foundation Europe, UK
- Black Jaguar Foundation, Niederlande
- Princeton Charitable Foundation, UK
- Stichting African Parks Foundation, Niederlande
- Warm Heart Worldwide, USA
- Robinson College, UK
- Wadham College, UK
- The Stanford Trust, UK

MOI DEB Primary School, Kenia

Die Renovierung der Schule wird durch deutsche Spender realisiert, die über Betterplace ein Förderprojekt für diese kenianische Einrichtung betreuen. Im Berichtsjahr wurden Türen und Dächer der Schulgebäude erneuert sowie nötige kleinere Instandsetzungen durch die Förderungen re-

UN Watch, Schweiz

UN Watch ist eine Einrichtung zur kritischen Überwachung der Vereinten Nationen hinsichtlich der Einhaltung der Prinzipien der UN-Charta, insbesondere die Bewahrung und Förderung der Menschenrechte. Dies geschieht hauptsächlich durch öffentliche Meinungsbildung mittels Publikationen, der Organisation von Konferenzen und Einladung von Interessensvertretern aus der Zivilgesellschaft zu wichtigen UN-Meetings, sowie der Förderung der Jugend durch Bildungsmaßnahmen.

Center for International Voluntary Service (CIVS), Kenia

Center for International Voluntary Service (CIVS) unterstützt in Kenia Entwicklungsprogramme zur Förderung der lokalen Gemeinschaft und Armutsreduzierung. Dies erfolgt insbesondere durch ihren Freiwilligen-dienst, den sie in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern für unterschiedliche Bereiche anbieten. CIVS ist ein in Deutschland anerkannter Partner im Weltwärts Programm, das durch die Bundesregierung initiiert wird.

- Queens College, Cambridge, UK
- Philharmonie Luxembourg – Salle de Concert Grande-Duchesse Joséphine-Charlotte, Luxemburg
- Giving What We Can Trust, UK
- Lepra, UK
- Ecole Centrale Paris, Frankreich
- Clare College Cambridge, UK
- Stiching Philanthropy Connections, Niederlande
- ESSEC School, Frankreich
- **Chantiik Taj Tajinkutik, Mexiko**
- University of Edinburgh, UK Development Trust, UK
- Demoucelle Parkinson Charity, Belgien

Chantiik Taj Tajinkutik, Mexiko

(deutsch: Spielend lernen) unterstützt auf der Straße arbeitende indigene Kinder durch mehrmonatige Ausbildungskurse inkl. Stipendium. Dazu gehören unter anderem: Computer-, Englisch-, Alphabetisierungs- und Mathematikkurse, ein Selbstbewusstseinstraining, sowie eine Bäckerei. Die Bäckerei dient gleichzeitig der Einkommensgenerierung für die Kinder. Zusätzlich helfen Sie den Jugendlichen durch eine Jobvermittlung, um ihnen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Prinzipiell geht es darum, Jugendlichen nach ihren Fähigkeiten und Interessen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Interessant zu wissen:

Von den eingegangenen Spenden konnten im Berichtsjahr lediglich 0,0003 % keinem Projekt bzw. keiner Empfängerorganisation eindeutig zugeordnet werden. Dies ist der Fall, wenn Spenden ohne weitere Informationen über die gewünschte Empfängerorganisation und ohne Kontaktdaten der Spender eingehen, was eine Rückfrage ermöglichen würde. In den meisten Fällen können diese Spenden jedoch zu einem späteren Zeitpunkt, beispielsweise bei einer wiederholten Spende oder Nachfrage, doch noch zugeordnet und ihrem gewünschten Zweck zugeführt werden.

www.transnationalgiving.de

V. Europa Bottom-Up

In Folge der europäischen Krise wurde 2012 das Programm Europa Bottom-Up in das Tätigkeitsspektrum der Stiftung aufgenommen. Im Rahmen der Satzungsziele Völkerverständigung und Bildung zielt es darauf ab, den europäischen Gedanken durch die Stärkung einer europäischen Bürgergesellschaft zu fördern. Dies geschieht durch eine Reihe von Einzelprojekten, deren größtes das Projekt ‚Europa und das Mittelmeer' darstellt.

Unter dem Namen Europa Bottom-Up wird im Rahmen des Programms darüber hinaus eine elektronische Schriftenreihe herausgegeben. Im Mittelpunkt steht auch hier das Plädoyer für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Im Rahmen des Projekts **Europa und das Mittelmeer** fanden im Berichtsjahr vor allem die Vorbereitungsarbeiten für eine Tagung statt, die unter dem Titel **Remember for the Future – The Mediterranean As a Memory Space** vom 24. bis 27. April 2017 in Heraklion, Kreta stattfinden wird.

Die Tagung findet – wie schon die Tagung im April 2015 – in Zusammenarbeit mit dem Governance Center Middle East | North Africa der Humboldt-Viadrina Governance Platform statt, die wissenschaftliche Leitung hat wieder Prof. Dr. Udo Steinbach. Als weiterer Kooperationspartner fungiert die Provinzregierung von Kreta. Die Publikation der Ergebnisse und Beiträge in der Schriftenreihe Europa Bottom-Up ist für Mitte des Jahres 2017 geplant.

An der Berliner Europawoche beteiligte sich die Maecenata Stiftung im Berichtsjahr mit einer eigenen Veranstaltung. Unter dem Titel **A European Union without the United Kingdom? Possible Consequences of „Brexit"** diskutieren am 2. Mai Sir Graham Watson (Liberal Democrats), Jacqueline Hénard (Former Foreign Correspondent at Frankfurter Allgemeine Zeitung), Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit), Ernst Welteke (Former President of the German Federal Bank) unter der Moderation von Prof. Dr. Michael Wohlgemuth (Open Europe Berlin) und Dr. Rupert Graf Strachwitz (Deutsch-Britische Gesellschaft / Maecenata Stiftung) über mögliche Konsequenzen eines EU-Austritts Großbritanniens. Die Podiumsdiskussion fand in Kooperation mit der Deutsch-Britischen Gesellschaft, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Open Europe Berlin statt. Veranstaltungsort war die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Berlin-Mitte.

Ein kurzer Veranstaltungsbericht ist online erschienen: https://www.freiheit.org/europa-braucht-grossbritannien-als-starke-stimme-der-weltpolitik

Am 20. und 21. Oktober veranstaltete die Maecenata Stiftung gemeinsam mit u.a. dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Das Progressive Zentrum (DPZ) eine internationale Tagung mit dem Titel **Europe Bottom-Up – Civil Society as Political Culture?** im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt in Breslau. Welchen Beitrag kann Zivilgesellschaft zur Lösung der großen Herausforderungen in Europa und zur Zukunft der europäischen Idee leisten? Dies war die Leitfrage der Veranstaltung, die Gelegenheit zum Austausch mit Akteuren sowie Expertinnen und Experten der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik aus Polen, Deutschland und weiteren Ländern bot.

Der Tagungsbericht (und weitere Beiträge) ist als Europa Bottom-Up 15 erschienen und steht zum Download zur Verfügung:

http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/49241/2016_EBU_15_mit_urn.pdf?sequence=3

Der Tagungsbeitrag von Prof. Dr. Adam Chmielewski liegt als Maecenata Observatorium 12 vor und steht zum Download zur Verfügung:

http://www.maecenata.eu/images/MO-12.pdf

www.europa.maecenata.eu

Schriftenreihe EUROPA BOTTOM-UP

Seit 2013 gibt die Maecenata Stiftung die elektronische Schriftenreihe Europa Bottom-Up heraus, in der interdisziplinäre Arbeiten zu Europathemen – mit Schwerpunkt auf dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern – erscheinen. Die Reihe steht grundsätzlich externen Autorinnen und Autoren offen. Vortragstexte, Arbeits- und Zwischenergebnisse, kleinere Studien und Tagungsberichte werden ebenso aufgenommen wie studentische Hausarbeiten. Die gesamte Schriftenreihe ist durch die ISBN-Nummer 2197-6821 (die einzelnen Publikationen durch eine URN) bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert und auf diese Weise voll zitierfähig. Alle Ausgaben stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung.

www.ebu.maecenata.eu

Im Berichtsjahr sind drei Ausgaben (Nr. 14, 15, 16) erschienen (siehe S. 58).

VI. TOCQUEVILLE FORUM

Das seit 2012 in vielen Variationen verfolgte Projekt, gemeinsam mit anderen Einrichtungen, insbesondere Hochschulen, ein Zentrum für Zivilgesellschaft (oder Zivilgesellschaftsforschung) aufzubauen, ist in der geplanten Form gescheitert. Weder die großen Wissenschaftsorganisationen, noch Stiftungen, noch einschlägige Ministerien waren bereit, sich inhaltlich, organisatorisch oder finanziell auf eine Mitbeteiligung zu einigen.

Die Zivilgesellschaft, in Deutschland erst in den vergangenen Jahren als Arena mit gemeinsamen und unterscheidbaren Merkmalen erkannt, hat jedoch mehr denn je Unterstützungsbedarf. Es geht einerseits darum, wissenschaftliche Ergebnisse verbreiten zu helfen, andererseits zur Ermittlung von Bedarfen beizutragen und auf diese und andere Weisen die Zivilgesellschaft unter demokratietheoretischen Aspekten wirksam zu stärken.

Besonders dringend erscheint die Vernetzung unterschiedlicher Ansätze. Hier geht es vor allem um das Ermöglichen von Dialogen, beispielsweise zwischen zivilgesellschaftlicher Forschung und Praxis – aber auch zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft. Von ebenso großer Bedeutung ist der Zugang zu Informationen.

Die Maecenata Stiftung gründete daher zum 1. Mai 2016 das Tocqueville Forum als eigenständiges Programm innerhalb der Stiftung. Das Forum ist für Kooperationen oder eine gemeinsame Trägerschaft mit anderen Einrichtungen offen.

Folgende, bisher im Maecenata Institut angesiedelte Projekte wurden dem Forum zugeordnet:

- Zivilgesellschaft Info
- Maecenata Bibliothek
- Datenbank deutscher Stiftungen
- Forschungsdatenbank
- Fortbildung (Intensivseminare)

Das Tocqueville Forum erhält ein eigenes elektronisches Publikationsorgan, in das zunächst die Teile der bisherigen Maecenata Notizen eingebracht werden, die nicht über die Tätigkeit von Maecenata berichten:

- Publikation: Zivilgesellschaft Info

Darüber hinaus soll das Tocqueville Forum weitere Tätigkeiten entfalten: Es versteht sich als praxisorientierter Vernetzungsort und ist einer demokratietheoretischen Perspektive von Zivilgesellschaft verpflichtet, die alle Funktionsbereiche von Zivilgesellschaft einbezieht (Themenanwälte, Wächter, Dienstleister, Mittler, Selbsthilfe, Gemeinschaftsbildung und politische Mitgestaltung). Inklusion und Partizipation stehen im Mittelpunkt. Daher soll interessierten Laien wie Fachleuten nicht nur sein vielfältiges Informationsangebot frei zur Verfügung stehen. Es sollen Menschen zusammengebracht werden, die forschend, verwaltend und unterstützend als haupt- und ehrenamtliche Akteurinnen und Akteure mit der Zivilgesellschaft befasst sind. Als Expertinnen und Experten in ihrem jeweiligen Betätigungsfeld sollen sie hier auf Augenhöhe zu Wort kommen.

An der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik will das Tocqueville Forum

- im offenen Austausch bereichsübergreifend Bedarfe ermitteln,
- gemeinsam bereichs- und disziplinübergreifend praktische Lösungsvorschläge für aktuelle Probleme erarbeiten,
- einen Reflexionsraum für tatsächliche und potentielle Betätigungsfelder, Funktionsweisen und Dynamiken der Zivilgesellschaft bieten,
- Themen, die für die Entwicklung und innere Stärkung der Zivilgesellschaft wichtig sind, in den allgemeinen politischen, öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs hineintragen.

Unterschiedliche Projektformate sollen prozessorientiert, wo immer möglich mit Kooperationspartnern und auch auf europäischer und globaler Ebene erprobt werden. Erarbeitete Ergebnisse und Policy-Empfehlungen werden der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Nachdem die Aufbauarbeit, insbesondere für den Informationsdienst, die Entwicklung von Konzepten und neue Publikationsformate durch Drittmittel finanziert wurde und der Betrieb der Bibliothek (einschließlich der Kosten des Bibliothekars) auf drei Jahre von der Aventis Foundation unterstützt wird, können die übrigen Kosten im bisherigen Umfang aus Eigenmitteln (bzw. im Fall der Seminare durch Eigenerwirtschaftung) finanziert werden. Für alle zusätzlichen Aktivitäten müssen öffentliche und private Drittmittel eingeworben werden.

www.maecenata.eu/tocquevilleforum

ZIVILGESELLSCHAFT INFO

Seit September 2014 unterhält die Maecenata Stiftung den ursprünglich speziell an Journalistinnen und Journalisten gerichteten Mediendienst Zivilgesellschaft Info. Den Kern des Angebots bildet eine **Website**, auf der regelmäßig aktuelle Informationen, Neuigkeiten, Veranstaltungshinweise und Publikationen zu Forschung, Politik und Praxis von Zivilgesellschaft, Engagement, Philanthropie und Stiftungswesen veröffentlicht werden. Ziel des Projekts ist es, Vielfalt und Gemeinsamkeiten der Zivilgesellschaft zu beleuchten und deren Akteure öffentlich sichtbar(er) zu machen. Verbunden mit der Website ist ein Account beim **Kurznachrichtendienst Twitter**, wodurch Informationen rascher verbreitet werden können. Auch Verbindungen und Netzwerke mit anderen Organisationen und Partnern können auf diese Weise sichtbar gemacht und genutzt werden.

Zunächst als Angebot konzipiert und umgesetzt, das sich vornehmlich an den Bedürfnissen von Journalistinnen und Journalisten orientiert, hat sich das Projekt in den zwei Jahren seiner (Förder-)Laufzeit (2014 – 2016) und infolge eines **internen Evaluierungsprozesses** fortentwickelt – weg von einem (ausschließlichen) Mediendienst, hin zu einem allgemeineren Informationsdienst, der darauf abzielt, nicht nur Medienschaffende, sondern eine breitere Zielgruppe anzusprechen und über aktuelle Ereignisse, Veranstaltungen, Ausschreibungen, Publikationen u.a. aus der zivilgesellschaftlichen Forschung, Politik und Praxis zu informieren. Neben Medienschaffenden (weiterhin Teil der Zielgruppe) richtet sich das Angebot ebenso an Entscheidungsträgerinnen und -träger, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, zivilgesellschaftliche Praktikerinnen und Praktiker, Interessierte und die allgemeine Öffentlichkeit.

Zur Entscheidung für diese Neuausrichtung bzw. Öffnung des Angebots für eine größere Zielgruppe führten insbesondere die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Maecenata Stiftung gegenüber vielfach geäußerten Wünsche nach einem Informationsportal, das breit und aktuell über zivilgesellschaftliche Initiativen und Akteure berichtet und nicht ausschließlich auf Medienschaffende zugeschnitten ist. Ein Gespräch mit einer Redakteurin des Mediendienstes Integration, ursprünglich Vorbild und Orientierungspunkt für Zivilgesellschaft Info, führte zu ähnlichen Schlussfolgerungen, wodurch die Überlegungen zu einem Wandel des Angebots reiften.

Die Erfahrungen der Maecenata Stiftungen bestätigen, dass gerade die Bereitstellung von Grundwissen offenbar notwendig ist. Auch wenn die gegenwärtige Lage in Deutschland (d.h. das – auch in den Medien – deutlich sichtbare bürgerschaftliche Engagement für Geflüchtete) den Anschein erweckt, Zivilgesellschaft sei präsenter und „in aller Munde“: Fundiertes Wissen darüber ist außerhalb der Wissenschaft und „Szene“ nach wie vor Mangelware – nicht nur bei den meisten Bürgerinnen und Bürgern selbst, sondern auch bei einem Großteil der Medienschaffenden sowie den meisten politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern.

Entsprechend diesen Überlegungen ist ein Schwerpunkt des neuen Angebots, das seit dem **1. März 2016 verfügbar ist (Relaunch)**, neben der aktuellen Berichterstattung in unterschiedlichen Rubriken insbesondere offen zugängliches Hintergrundwissen zu den Themen Zivilgesellschaft, Bürgerschaftliches Engagement u.a., das kontinuierlich ergänzt werden soll.

Im Berichtsjahr wurden auf der Website insgesamt **1580 Beiträge** veröffentlicht.

Im Rahmen des Projekts erscheint der **Newsletter Zivilgesellschaft Info**, der dreimal jährlich über Neuigkeiten, Veranstaltungen, Ausschreibungen und Publikationen aus der zivilgesellschaftlichen Forschung, Politik und Praxis informiert. Ein kostenfreies Abonnement sowie alle bisherigen Ausgaben sind auf der Website erhältlich.

www.zg-info.maecenata.eu

Maecenata Bibliothek

Seit Oktober 2016 ist die Maecenata Bibliothek in Berlin wieder zugänglich. Die rund 15.000 Medieneinheiten umfassende Bibliothek ist im deutschsprachigen Raum die größte transdisziplinäre Fachbibliothek zu den Themen Zivilgesellschaft, Bürgerschaftliches Engagement, Philanthropie, Stiftungen, NGOs, Social Entrepreneurship sowie Management und Strategieentwicklung im Non-Profit-Bereich. Sie steht der Öffentlichkeit in Freihandaufstellung zur Verfügung.

Geleitet wird die Bibliothek wieder von Bibliothekar Bernhard Matzak, der sie bereits von 2002 bis 2014 betreut hat. Studierende und Forscherinnen und Forscher mit den Ressourcen der Bibliothek bei ihren Seminar-, Abschlussarbeiten und Forschungsvorhaben unterstützt. Daneben werden die in den vergangenen zwei Jahren angesammelten rund 1.800 Publikationen gesichtet, zusammen mit Neuzugängen katalogisiert und in den Bestand integriert. Ermöglicht wurde die Wiedereröffnung durch die Quelle Innovationsstiftung und die Aventis Foundation.

Über den >> Online-Katalog der Bibliothek (OPAC) ist der Bestand online recherchierbar und mit Links zu elektronischen Ressourcen angereichert. Ebenso ist der Bestand im Katalog des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV), im Regionalkatlog Berlin/Brandenburg des GBV sowie im Karlsruher Virtuellen Katalog (KVK) recherchierbar. Darüber hinaus ist die Bibliothek mit Hochschulen, Instituten, Forschungsstellen, Initiativen und Fachinformationseinrichtungen auf nationaler und internationaler Ebene vernetzt.

Am 31. Dezember 2016 umfasste die Bibliothek 13.615 Medieneinheiten im Bibliothekskatalog. Aufgrund von nicht katalogisierten Stücktiteln bei Serien (Zeitschriften, Jahresberichten) umfasst der Bestand insgesamt rund 15.000 Medieneinheiten.

www.maecenata.eu/bibliothek

Datenbank Deutscher Stiftungen

In der Datenbank deutscher Stiftungen, die seit 2012 in Kooperation mit der Fachzeitschrift Die Stiftung betrieben wird, sind Angaben zu 18.405 rechtsfähige Stiftungen (Stand: 31. Dezember 2016) verzeichnet. Seit 1989 werden Jahresberichte und Publikationen von Stiftungen, wissenschaftliche Arbeiten, in- und ausländische Stiftungsverzeichnisse, amtliche Mitteilungen von Stiftungsaufsichtsbehörden, Presseveröffentlichungen, an die Stiftungen versandte Fragebögen usw. mittels der Datenbank systematisch ausgewertet und archiviert. Die ehemals eigenständige Stipendiendatenbank wurde in die Stiftungsdatenbank integriert, so dass mit einer Suchanfrage beide Datenquellen abgefragt werden können. Die Datenbank ermöglicht kostenlose Recherchen zu deutschen Stiftungen über die Internetseite der Maecenata Stiftung und stellt somit eine Grundlage für Forschungsarbeiten zum deutschen Stiftungswesen dar. Aufwendigere Recherchen können gegen Gebühr bearbeitet werden.

www.stiftungsdatenbank.info

INTENSIVSEMINARE

Im Berichtsjahr bot die Maecenata Stiftung unter dem Dach des Tocqueville Forums drei ganztägige von Dr. Rupert Graf Strachwitz geleitete Intensivseminare zu den **Themen Stiftungswesen und Zivilgesellschaft** an. Im Fokus stand jeweils ein praxisorientierter systematischer Überblick über das Themengebiet. Angesprochen waren insbesondere jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Stiftungen, anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen und Behörden, Stifterinnen und Stifter, Studierende aller Fachrichtungen, Journalistinnen und Journalisten sowie Neugierige jeder Art. Neben der Vermittlung von Kenntnissen und Erfahrungen ging es in den Seminaren auch um die Klärung spezifischer Fragen der Teilnehmenden sowie um den Austausch unter ihnen.

Stiftungswesen

Das Intensivseminar Stiftungswesen wurde im Berichtsjahr am 18. Juli und am 12. Dezember durchgeführt. Es bot einen fundierten Einblick in Theorie und Praxis des Stiftungswesens. Thematisiert und diskutiert wurden Geschichte, Recht, Empirie, Stiftungspolitik und Governance sowie Gestaltungsmöglichkeiten, Funktionen und Ziele, Eigensinn und Wirkung des Stiftungswesens.

Zivilgesellschaft

Das Intensivseminar Zivilgesellschaft wurde im Berichtsjahr am 17. Oktober durchgeführt. Inhaltlich standen unter anderem Theorie und Geschichte der Zivilgesellschaft, Zahlen, das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Markt, Funktionen und Ziele, Eigensinn und Wirkung sowie der zivilgesellschaftliche Mehrwert im Fokus.

www.veranstaltungen.maecenata.eu

VII. MAECENATA VERLAG

Der 1994 gegründete Maecenata Verlag ist ein nicht rechtsfähiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb in Trägerschaft der Maecenata Stiftung (seit 2010). Die Themenschwerpunkte liegen in den Bereichen Zivilgesellschaft, Engagement, Philanthropie und Stiftungswesen. Durch eine Umstrukturierung im Jahr 2007 werden die wissenschaftlichen Publikationen des Instituts – mit Ausnahme des Stiftungsführers – nicht mehr im eigenen Verlag veröffentlicht.

Maecenata Stiftungsführer 2010. Berlin: Maecenata Institut (Hrsg.) 2010, Nachschlagewerk, 1.800 Seiten, 6. vollständig überarbeitete Auflage.

Die Publikation ist als PDF-Dokument zum Download, auf USB-Stick und als Campus- bzw. Bibliothekslizenz verfügbar.

Alle Publikationen (viele davon als E-Book) sind hier zu finden: **www.verlag.maecenata.eu**

Anfragen werden unter verlag@maecenata.eu entgegengenommen.

VIII. Die engsten Partner

Förderverein Zivilgesellschaftsforschung

Mit dem Institut verbunden ist der Förderverein Zivilgesellschaftsforschung e.V. (FVZF), der die folgenden maßgeblichen Fördergrundsätze und Ziele verfolgt:

- Die materielle und ideelle Förderung des Forschungscollegiums und die Sicherung seiner nationalen Reichweite (z.B. Übernahme der Reisekosten / Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Durchführung und Moderation der Treffen)
- Die Unterstützung weiterer Projekte des Instituts, z.B. Veranstaltungsreihen oder die Datenbank Zivilgesellschaftsforschung
- Die Vergabe weiterer zur Verfügung stehender Mittel an Projekte qualifizierter Organisationen der Zivilgesellschaftsforschung

Förderungen des FVZF im Berichtsjahr:

- Vier Treffen des Forschungscollegiums an folgenden Tagen: 18. März, 17. Juni, 18. Oktober und 16. Dezember. Die Kosten für deren Organisation (Catering, Fahrtkosten einiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Aufwandsentschädigung) übernahm der FVZF vollständig.

Im 10. Jahr seines Bestehens gehörten dem Förderverein 56 Mitglieder an. Neuerungen im Verein bringen personelle Wechsel im Vereinsvorstand mit sich: Nora Derbal und Dr. Holger Krimmer haben sich jeweils aus beruflichen Gründen aus der Vorstandsarbeit zurückgezogen; herzlich danken wir ihnen für ihr langjähriges Engagement für Verein und Forschung. Als neue Vorstandsmitglieder durfte der Förderverein in seiner Mitgliederversammlung am 16. Dezember 2016 folgende neue Vorstände begrüßen: Susan Tracht (Universität Siegen), die schon auf der Mitgliederversammlung 2015 in den Vorstand kooptiert worden war, Dr. Andrea Walter (Bertelsmann Stiftung) und Markus Edlefsen (Maecenata Institut), allesamt (ehemalige) Collegiatinnen und Collegiaten des Maecenata Forschungscollegiums. Auf der Mitgliederversammlung wurden allen Nominierungen einstimmig bestätigt.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung hielt Prof. Dr. Annette Zimmer (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) einen Vortrag zum Thema „Trends der Zivilgesellschaftsforschung“. Von bescheidenen Anfängen in den 1970er Jahren hat sich die Zivilgesellschaftsforschung in den letzten Dekaden zu einem respektablen Forschungszweig der Sozialwissenschaften und angrenzender Disziplinen entwickelt. Der Vortrag vermittelte einen fundierten Überblick über diese Entwicklung. Im Einzelnen wurde auf die frühen Anfänge eingegangen, die Ausdifferenzierung in den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen behandelt und aktuelle Trends bzw. Entwicklungen thematisiert sowie nicht zuletzt „black spots“ identifiziert, die bislang zu wenig von der Zivilgesellschaftsforschung in den Blick genommen wurden. Der Veranstaltungsbericht wird erscheinen in: Voluntaris – Zeitschrift für Freiwilligendienste 1/2017.

www.zivilgesellschaftsforschung.de

Quelle Innovationsstiftung

Die 2004 von der damaligen Quelle AG gegründete Quelle Innovationsstiftung ist seit 2013 mit der Maecenata Stiftung verbunden, weil satzungsgemäß die Organe der Maecenata Stiftung (Stiftungsrat und Vorstand) diese Funktion auch hier ausüben, ohne dass es hierzu einer gesonderten Bestellung bedarf. Zuvor waren nacheinander Anträge auf eine Änderung des Namens der Stiftung, die nach dem Konkurs des Unternehmens Quelle die Anbindung an ein anderes Unternehmen ermöglicht hätte, die Aufhebung der Stiftung nach Wegfall jährlicher Zuwendungen des Unternehmens wegen Unmöglichkeit, den Stiftungszweck weiter zu erfüllen und die Umwandlung in eine Verbrauchsstiftung nach jahrelangen Verhandlungen mit der zuständigen Stiftungsaufsichtsbehörde in München und dem vorgesetzten Ministerium abgelehnt worden. Zurück blieb eine öffentliche Stiftung bürgerlichen Rechts mit einem Kapital von 100.000 EUR, welche infolge des Verfalls der Renditen auf liquide Anlagen nicht in der Lage war, die Kosten der Verwaltung durch eine gewerbliche Stiftungsverwaltung zu tragen, geschweige denn, ihren Satzungszweck zu erfüllen. Da wegen der langjährigen Bemühungen, eine neue Perspektive für die Stiftung zu entwickeln, auch keine nennenswerten Aktivitäten im Sinne der Verfolgung der gemeinnützigen Zwecke (Erziehung, Volks- und Berufsbildung) entfaltet worden waren, drohte überdies der Entzug der Steuerbegünstigung durch das zuständige Finanzamt.

Im Herbst 2015 wurde der Stiftung mitgeteilt, dass die Aufsichtsbehörde ihre Haltung geändert habe und nunmehr bereit sei, einem Antrag auf Umwandlung der Stiftung in eine Verbrauchsstiftung stattzugeben. Der Stiftungsrat fasste daher auf seiner Sitzung in München am 21. September 2015 einen entsprechenden Grundsatzbeschluss.

Die Tätigkeit der Stiftung konzentrierte sich im Berichtsjahr auf die Förderung der Zusammenarbeit der Maecenata Stiftung mit der Humboldt-Viadrina Governance Platform gGmbH (HVGP), deren Gesellschafter sie 2014 im Rahmen eines *Mission Investment* geworden war. Aus dem Stiftungskapital waren 2014 dafür 35.000 EUR freigegeben worden. Hiervon wurden jedoch nur 12.500 EUR = 50% des anteiligen haftenden Kapitals in Anspruch genommen. Infolge der günstigen Geschäftsentwicklung der HVGP gGmbH wurden im Berichtsjahr weder die verbleibenden 50% des Kapitals noch das zugesagte Gesellschafterdarlehen in Anspruch genommen.

Mit den vom Stiftungsrat der Quelle Innovationsstiftung bewilligten Mittel in Höhe von 5.000 EUR wurde im Berichtsjahr die Maecenata Bibliothek (siehe S. 84) gefördert.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

MAECENATA STIFTUNG

Adalbertstraße 108
D-80798 München

Tel.: +49-89-2154 6507
E-Mail: mst@maecenata.eu
Website: www.maecenata.eu

Hauptstadtbüro
Rungestraße 17
D-10179 Berlin-Mitte

Tel.: +49-30-28 38 79 09
Fax: +49-30-28 38 79 10
E-Mail: mst@maecenata.eu

VORSTAND

Dr. Rupert Graf Strachwitz

Dr. Felix Weber

REDAKTION

Fides Sachs, M.A.

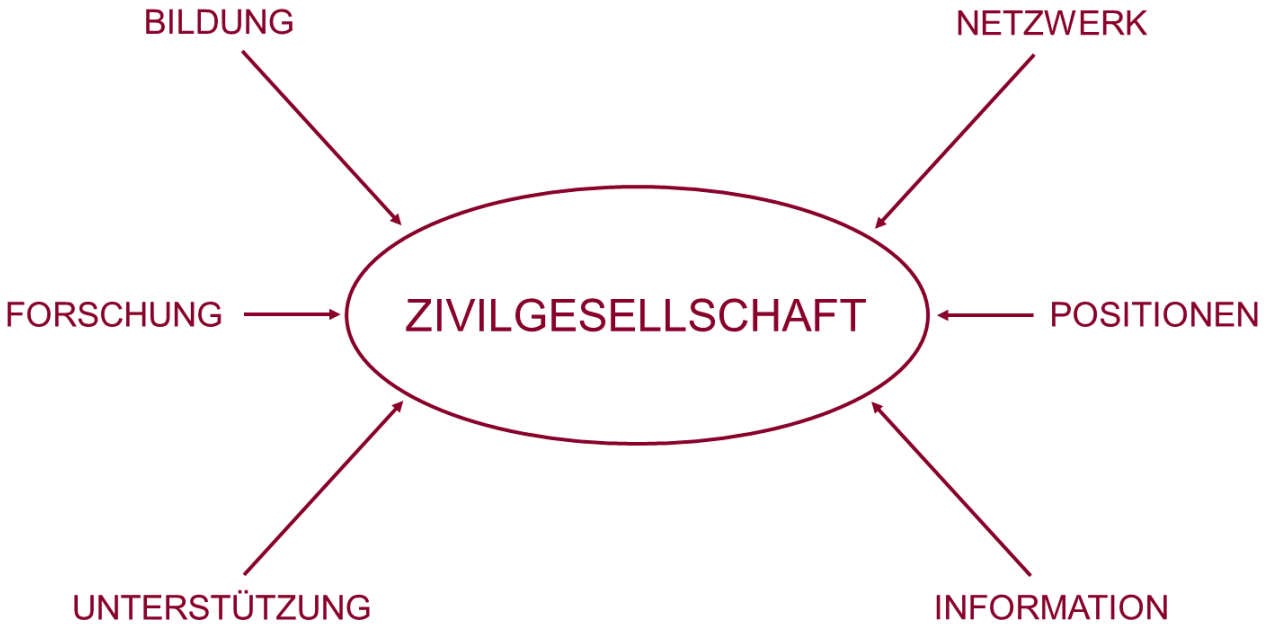
Christian Schreier, M.A.

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Alle Rechte vorbehalten!

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

München/Berlin: Juni 2017

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt die Maecenata Stiftung keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

MAECENATA STIFTUNG